

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für Finanzen und Haushalt;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der Ministerpräsident, zuständig für Finanzen und Haushalt, wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

**DEKRETVORENTWURF ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT DER VERWALTUNGSBEHÖRDEN
IM BEREICH DER BESTEUERUNG**

INHALTSANGABE

Bei dem Dekretentwurf handelt es sich um eine Maßnahme zur Umsetzung der Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Aufhebung der Richtlinie 77/799/EWG, so wie zuletzt durch die Richtlinie (EU) 2021/514 des Rates vom 22. März 2021 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung abgeändert.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln	4
Vorentwurf	12
Anhang	51

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Dieses Dekret dient der Konsolidierung und Neufassung der Bestimmungen des Dekrets vom 5. Mai 2014 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung. Das Dekret vom 5. Mai 2014 diente der teilweisen Umsetzung der *Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Aufhebung der Richtlinie 77/799/EWG*, die bereits mehrmals abgeändert worden ist. Für die entsprechenden Hintergründe wird auf die einschlägigen Parlamentsdokumente verwiesen. (*Parlamentsdokumente*, PDG, 2013-2014, Nr. 215/1)

Über die Konsolidierung hinaus werden Abänderungen zur teilweisen Umsetzung der Richtlinien (EU) 2018/822 des Rates vom 25. Mai 2018 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich des verpflichtenden automatischen Informationsaustauschs im Bereich der Besteuerung über meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltungen und (EU) 2021/514 des Rates vom 22. März 2021 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung vorgenommen.

Die grundsätzliche Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft ergibt sich aus Artikel 170 §2 der Verfassung, der wie folgt lautet:

„§2 - Eine Steuer zugunsten der Gemeinschaft oder der Region darf nur durch ein Dekret oder durch eine in Artikel 134 erwähnte Regel eingeführt werden.

Hinsichtlich der in Absatz 1 erwähnten Besteuerungen bestimmt das Gesetz die Ausnahmen, deren Notwendigkeit erwiesen ist.“

Die Tatsache, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft derzeit keine Steuern im deutschen Sprachgebiet erhebt, ist in diesem Zusammenhang nicht ausschlaggebend.

Allerdings fallen große Teile der Umsetzung der Ursprungsrichtlinie sowie der abändernden Richtlinien nicht in den Kompetenzbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft. So bleibt der Föderalstaat für die Regelung von Finanzinstituten zuständig und somit für die in der Richtlinie vorgesehenen Melde- und Sorgfaltspflichten für Informationen über Finanzkonten. (Artikel 6 §1 VI. Absatz 5 Nummer 2 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen)

Bei der Ausarbeitung des Dekretentwurfs hat ein Abgleich mit den Umsetzungsmaßnahmen der oben genannten Richtlinien durch die Flämische Gemeinschaft bzw. durch die Französische Gemeinschaft stattgefunden.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Bei dieser Vorschrift handelt es sich um die sogenannte „Europaklausel“, die auf die abgeänderte Richtlinie 2011/16 hinweist, die durch das vorliegende Dekret umgesetzt werden soll. Sie setzt insbesondere Artikel 29 (1) Absatz 4 der Richtlinie 2011/16 um.

Artikel 2

Dieser Artikel übernimmt Artikel 2 des Dekrets vom 5. Mai 2014 und beschreibt den Gegenstand des Dekretentwurfs. Regeln und Verfahren werden festgelegt, nach denen die Deutschsprachige Gemeinschaft einerseits und die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten der Europäischen Union andererseits untereinander im Hinblick auf den Austausch von Informationen zusammenarbeiten, die für die Anwendung und Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts der Mitgliedstaaten über die in Artikel 3 genannten Steuern voraussichtlich erheblich sind.

Der Dekretentwurf legt ferner Bestimmungen für den Austausch der Informationen auf elektronischem Weg fest. §1 entspricht Artikel 1 (1) und (2) der Richtlinie 2011/16. §2 entspricht Artikel 1 (3) der Richtlinie 2011/16.

Artikel 3

Dieser Artikel übernimmt Artikel 3 des Dekrets vom 5. Mai 2014 und entspricht Artikel 2 der Richtlinie 2011/16. Er beschreibt den Anwendungsbereich des Dekretentwurfs, der sich auf Steuern aller Art erstreckt, auch wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft derzeit keine Steuern erhebt.

Artikel 4

Der §1 dieser Vorschrift enthält Begriffsbestimmungen und übernimmt Artikel 4 des Dekrets vom 5. Mai 2014, wobei die Auflistung zur Umsetzung der Richtlinien 2018/822 und 2021/514 ergänzt worden ist. Dabei handelt es sich um Legaldefinitionen von Begriffen, die im Dekretentwurf verwendet werden. Die Bestimmung setzt teilweise Artikel 3 der Richtlinie 2011/16, so wie durch die Richtlinien 2014/107, 2015/2376, 2018/822 und 2021/514 abgeändert, um.

Artikel 5

Dieser Artikel entspricht Anhang IV der Richtlinie 2011/16, der durch die Richtlinie 2018/822 eingeführt worden ist. Hier werden die Kennzeichen zum „Main Benefit“ Test beschrieben.

Artikel 6

Dieser Artikel übernimmt Artikel 5 des Dekrets vom 5. Mai 2014 und entspricht Artikel 4 (6) der Richtlinie 2011/16. Er behandelt das sogenannte Zentrale Verbindungsbüro. Es handelt sich um die als solche benannte Stelle, die für die Verbindungen zu den anderen Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden hauptverantwortlich zuständig ist.

Artikel 7

Dieser Artikel übernimmt Artikel 6 des Dekrets vom 5. Mai 2014 und entspricht Artikel 4 (7) der Richtlinie 2011/16. Er beschreibt die Vorgehensweise im Fall der Nichtzuständigkeit der Verbindungsstelle oder des in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zuständigen Bediensteten. In solchen Fällen wird Kontakt mit dem zentralen Verbindungsbüro und der ersuchenden Behörde aufgenommen.

Artikel 8

Dieser Artikel übernimmt Artikel 7 des Dekrets vom 5. Mai 2014 und entspricht Artikel 5 und 6 (2) und (4) der Richtlinie 2011/16. Das Verfahren für den Informationsaustausch auf

Ersuchen der zuständigen Behörde der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird festgelegt. In Bezug auf einen spezifischen Fall kann die zuständige Behörde einer ausländischen Behörde alle Informationen, die sie besitzt oder die sie im Anschluss an behördliche Ermittlungen erhalten hat, übermitteln.

Entsprechend der Richtlinie 2021/514 wurde das Wort „bestimmt“ gestrichen.

Artikel 9

Dieser Artikel übernimmt Artikel 8 des Dekrets vom 5. Mai 2014 und entspricht Artikel 5 und 6 (1) bis (4) der Richtlinie 2011/16. Er befasst sich mit dem Informationsaustausch auf Ersuchen einer ausländischen Behörde. Grundsätzlich gilt, dass auf Ersuchen einer ausländischen Behörde die zuständige Behörde in Bezug auf einen spezifischen Fall alle Informationen übermittelt, die sie besitzt oder die sie im Anschluss an behördliche Ermittlungen, die durchgeführt wurden, um diese Informationen zu bekommen, erhalten hat.

Entsprechend der Richtlinie 2021/514 wurde das Wort „bestimmt“ gestrichen.

Artikel 10

Diese Bestimmung ist neu und entspricht Artikel 5a der Richtlinie 2011/16, sowie durch die Richtlinie 2021/514 eingeführt. Hier wird die Begrifflichkeit der voraussichtlichen Erheblichkeit klargestellt.

Artikel 11

Diese Vorschrift übernimmt Artikel 9 des Dekrets vom 5. Mai 2014 und entspricht Artikel 7 der Richtlinie 2011/16. Sie beschreibt die Bearbeitung des Ersuchens. Dabei ist die Geschwindigkeit der Beantwortung wichtig. Daher ist die Nutzung der elektronischen Wege von erheblicher Bedeutung. Es geht auch darum, eine effiziente Zusammenarbeit mit der ersuchenden Behörde zu schaffen.

Abänderungen des ursprünglichen Artikels 9 wurden zur Umsetzung der Richtlinie 2021/514 vorgenommen. So wurde die Frist für eine Reaktion auf drei Monate gekürzt und das Verfahren im Falle einer unmöglichen Reaktion innerhalb der angegebenen Frist in den §1 übernommen, so dass der ursprüngliche §4 aufgehoben und der ursprüngliche §5 zu §4 wurde.

Artikel 12

Diese Bestimmung übernimmt Artikel 10 des Dekrets vom 5. Mai 2014 und entspricht Artikel 8 der Richtlinie 2011/16 betreffend die Einzelheiten des Informationsaustausches. Der Umfang und die Voraussetzungen des verpflichtenden automatischen Informationsaustauschs werden beschrieben. Mindestens einmal jährlich muss die zuständige Behörde allen ausländischen Behörden gewisse Informationen übermitteln, die über ansässige Personen des anderen Mitgliedstaates verfügbar sind.

Die Auflistung wurde durch die Richtlinie 2021/514 um Lizenzgebühren erweitert.

Artikel 13

Diese Bestimmung übernimmt Artikel 10.1 des Dekrets vom 5. Mai 2014 und entspricht Artikel 8a der Richtlinie 2011/16. Der Umfang und die Voraussetzungen des verpflichtenden automatischen Informationsaustauschs über grenzüberschreitende Vorbescheide

werden beschrieben. Er dient der Umsetzung der Richtlinie 2015/2376, die ihrerseits einen neuen Artikel 8a in die Richtlinie 2011/16 einfügt.

Es handelt sich allerdings nur um eine teilweise Umsetzung von Artikel 8a der Richtlinie 2011/16, da die Vorabverständigungen über die Verrechnungspreisgestaltung mit Drittländern nicht in den Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft fallen.

Artikel 10.1 §4 Nr. 1 und §5 Nr. 2 wurden zur Umsetzung der Richtlinie 2021/514 abgeändert.

Artikel 14

Dieser Artikel ist neu und entspricht Artikel 8ab der Richtlinie 2011/16, der durch die Richtlinie 2018/822 eingeführt wurde. Der Umfang und die Voraussetzungen des verpflichtenden automatischen Informationsaustauschs über meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltungen werden hier geschildert.

Artikel 15

Dieser Artikel ist neu und entspricht Anhang V Abschnitt I der Richtlinie 2011/16, der durch die Richtlinie 2021/514 eingefügt wurde. Die Begriffsbestimmungen im Zusammenhang mit den von Plattformbetreibern gemeldeten Informationen werden hier aufgelistet.

Artikel 16

Dieser Artikel ist neu und entspricht Artikel 8ac der Richtlinie 2011/16 sowie Anhang V Abschnitt IV, so wie sie durch die Richtlinie 2021/514 eingefügt wurden. Hier werden die Verfahren zur Erfüllung der Sorgfalts- und Meldepflichten für Plattformbetreiber beschrieben.

Artikel 17

Dieser Artikel ist neu und entspricht Anhang V Abschnitt II der Richtlinie 2011/16, der durch die Richtlinie 2021/514 hinzugefügt wurde. Hier wird das Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten für die Plattformbetreiber bei dem automatischen Informationsaustausch beschrieben.

Artikel 18

Dieser Artikel ist neu und entspricht Anhang V Abschnitt III der Richtlinie 2011/16, der durch die Richtlinie 2021/514 hinzugefügt wurde. Der Zeitpunkt und die Modalitäten einer Meldung durch einen Plattformbetreiber werden hier beschrieben.

Artikel 19

Die Absätze 1 und 2 dieser Bestimmung übernehmen Artikel 11 Absätze 1 und 2 des Dekrets vom 5. Mai 2014 und entsprechen Artikel 9 der Richtlinie 2011/16. Der Umfang und die Voraussetzungen des spontanen Informationsaustauschs werden beschrieben. Allgemein gilt: Die zuständige Behörde kann den zuständigen Behörden der anderen Mitgliedstaaten im Weg des spontanen Informationsaustauschs alle Informationen, von denen sie Kenntnis hat und die für die zuständigen Behörden der anderen Mitgliedstaaten von Nutzen sein können, übermitteln. Aber auch andere Informationen, die ebenfalls in der Vorschrift aufgelistet sind, können im Rahmen des spontanen Informationsaustauschs übermittelt werden.

Absatz 3 entspricht Artikel 11 Absatz 3 des Dekrets vom 5. Mai 2014 und setzt Artikel 10 (1) der Richtlinie 2011/16 um.

Artikel 20

Diese Bestimmung übernimmt Artikel 12 des Dekrets vom 5. Mai 2014 und entspricht Artikel 10 (2) der Richtlinie 2011/16. Hier geht es um die Empfangsbestätigung bei spontanen Informationsaustauschen: Die zuständige Behörde hat den Empfang der ihr übermittelten Informationen unverzüglich zu bestätigen.

Artikel 21 und 22

Diese Bestimmungen übernehmen Artikel 13 und 14 des Dekrets vom 5. Mai 2014 und entsprechen Artikel 11 der Richtlinie 2011/16, wobei Absatz 1 dieser Bestimmung durch die Richtlinie 2021/514 vollständig ersetzt worden ist. Diese Vorschriften befassen sich mit der Anwesenheit in den Amtsräumen von Behörden und der Teilnahme an behördlichen Ermittlungen. Dabei handelt es sich um Formen der Zusammenarbeit, die je nach Fall in der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder aber im Ausland stattfinden. Der Umfang und die Bedingungen des Informationsaustauschs sind parallel in beiden Fällen, werden aber der Klarheit halber in zwei getrennten Vorschriften aufgegliedert.

Artikel 23

Dieser Artikel übernimmt Artikel 15 des Dekrets vom 5. Mai 2014 und entspricht Artikel 12 der Richtlinie 2011/16. Diese Vorschrift hat die gleichzeitigen Prüfungen, eine weitere Form der Zusammenarbeit, zum Gegenstand. Die Deutschsprachige Gemeinschaft und ein oder mehrere Mitgliedstaat(en) können vereinbaren, jeweils in ihrem Hoheitsgebiet gleichzeitige Prüfungen einer oder mehrerer Personen durchzuführen, um die dabei erlangten Informationen auszutauschen.

Zur Umsetzung der Richtlinie 2021/514 wird nun in §2 Absatz 2 eine Frist von 60 Tagen für die Bestätigung einer gleichzeitigen Prüfung vorgesehen.

Artikel 24

Diese Bestimmung ist neu und entspricht Artikel 12a der Richtlinie 2011/16, der durch die Richtlinie 2021/514 eingeführt wurde. Hier werden gemeinsam durchgeführte Prüfungen beschrieben.

Artikel 25 und 26

Beide Vorschriften entsprechen Artikel 13 der Richtlinie 2011/16. Artikel 25 übernimmt Artikel 16 des Dekrets vom 5. Mai 2014 und Artikel 26 übernimmt Artikel 17 desselben Dekrets. Sie befassen sich mit der Frage des Zustellungsersuchens. Je nach Fall ergeht es aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder aber aus dem Ausland. Dabei kann die zuständige Behörde eine ausländische Behörde ersuchen, dem Adressaten alle Akte und Entscheidungen von Verwaltungsbehörden der zuständigen Behörde zuzustellen, die mit der Anwendung der Rechtsvorschriften über die Steuern in dessen Hoheitsgebiet zusammenhängen. Die zuständige Behörde stellt nur dann ein Zustellungsersuchen, wenn sie nicht in der Lage ist, die Zustellung nach Maßgabe der Rechtsvorschriften der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Zustellung der betreffenden Akte vorzunehmen, oder wenn die Zustellung unverhältnismäßige Schwierigkeiten aufwerfen würde.

Artikel 27 und 28

Beide Bestimmungen entsprechen Artikel 14 der Richtlinie 2011/16. Artikel 27 übernimmt Artikel 18 des Dekrets vom 5. Mai 2014 und Artikel 28 übernimmt Artikel 19 desselben Dekrets. Sie behandeln die Frage der Rückmeldungen, eine letzte Form der Zusammenarbeit. Übermittelt eine Behörde Informationen, kann sie die Behörde, die die Informationen erhält, um eine Rückmeldung dazu bitten. Auch hier wird unterschieden, ob es sich um eine Anfrage aus dem Ausland oder aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft handelt.

Artikel 29 und 30

Beide Bestimmungen entsprechen Artikel 16 der Richtlinie 2011/16. Sie übernehmen Artikel 20 und 21 des Dekrets vom 5. Mai 2014, wobei Abänderungen zur Umsetzung der Richtlinie 2011/514 vorgenommen wurden. Sie haben die Weitergabe und die Verwendung von Informationen und Schriftstücken zum Gegenstand. Es handelt sich dabei um wichtige Bedingungen für die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden. Die Informationen dürfen grundsätzlich nur für die in Artikel 29 §2 Absatz 1 genannten Zwecke verwendet werden. Unter Umständen, die in diesen Artikeln im Einzelnen präzisiert sind, können die erhaltenen Informationen und Schriftstücke für andere als in Artikel 29 §2 Absatz 1 genannte Zwecke verwendet werden.

Artikel 31

Dieser Artikel übernimmt Artikel 22 des Dekrets vom 5. Mai 2014 und entspricht Artikel 17 (1) der Richtlinie 2011/16. Gemäß dieser Vorschrift hat sich die zuständige Behörde darum zu bemühen, die Informationen aus allen üblichen Informationsquellen auszuschöpfen, ehe sie die in Artikel 8 genannten Informationen ersucht.

Artikel 32

Diese Bestimmung übernimmt Artikel 23 des Dekrets vom 5. Mai 2014 und entspricht Artikel 17 (2) bis (5) der Richtlinie 2011/16. Unter Umständen, die in diesem Artikel festgehalten sind, kann die zuständige Behörde Ermittlungen oder die Übermittlung von Informationen (Auskunftersuchen) ablehnen.

Artikel 33

Diese Vorschrift übernimmt Artikel 24 des Dekrets vom 5. Mai 2014 und entspricht Artikel 18 der Richtlinie 2011/16. Die zuständige Behörde trifft die ihr zur Beschaffung von Informationen zur Verfügung stehenden Maßnahmen, um sich die erbetenen Informationen zu verschaffen, auch wenn sie solche Informationen möglicherweise nicht für eigene Steuerzwecke benötigt.

Artikel 34

Die Vorschrift übernimmt Artikel 25 des Dekrets vom 5. Mai 2014 und entspricht Artikel 19 der Richtlinie 2011/16. Hier wird die Ausdehnung einer umfassenderen Zusammenarbeit, die mit einem Drittland eingegangen wird, beschrieben.

Artikel 35

Dieser Artikel sieht die Nutzung von Standardformblättern, die von der Europäischen Kommission festgelegt werden, und elektronischer Formate vor. Er übernimmt Artikel 26

des Dekrets vom 5. Mai 2014 und entspricht Artikel 20 (1) bis (4) der Richtlinie 2011/16. Entsprechend der Richtlinie 2021/514 wurden Abänderungen vorgenommen.

Artikel 36

Diese Bestimmung übernimmt Artikel 27 des Dekrets vom 5. Mai 2014 und entspricht, soweit die Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft betroffen sind, Artikel 21 der Richtlinie 2011/16. Sie enthält praktische Regelungen in Verbindung mit der Nutzung von Standardformblättern. Danach hat die Informationsübermittlung soweit möglich auf elektronischem Weg mit Hilfe des von der Europäischen Kommission geschaffenen CCN-Netzes zu erfolgen.

Artikel 37

Diese Bestimmung übernimmt Artikel 28 des Dekrets vom 5. Mai 2014 und entspricht Artikel 24 der Richtlinie 2011/16. Sie ermöglicht, dass aus einem Drittland erhaltene Informationen mit Einverständnis dieses Drittlands auch ausländischen (europäischen) Behörden übermittelt werden.

Artikel 38

Diese Bestimmung hält die Vertraulichkeit bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten fest.

Artikel 39

Diese Bestimmung ist neu und entspricht Artikel 25 (1) Satz 1 und (3) der Richtlinie 2011/16. Der Grundsatz der Einhaltung der Datenschutz-Grundverordnung wird festgelegt. Als für die Verarbeitung Verantwortliche im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung werden gemäß der Richtlinie 2021/514 die Intermediäre, die meldenden Plattformbetreiber und die zuständige Behörde bezeichnet. Die meldenden Finanzinstitute wurden nicht übernommen, da die Deutschsprachige Gemeinschaft hierfür nicht zuständig ist.

Artikel 40

Dieser Artikel ist neu und legt in §1 die Datenkategorien fest, die von der Verarbeitung gemäß diesem Dekret betroffen sind. Im §2 wird der Zweck dieser Datenverarbeitung erklärt.

In §3 werden entsprechend Artikel 25 der Richtlinie 2011/16 strenge Voraussetzungen für den Zugriff durch einen Dritten auf personenbezogenen Daten vorgesehen. §4 legt Pflichten für Intermediäre und Plattformbetreiber in diesem Zusammenhang fest.

Artikel 41

Diese neue Bestimmung entspricht Artikel 25 (5) der Richtlinie 2011/16 und legt die Dauer der Verarbeitung von personenbezogenen Daten fest.

Artikel 42

Diese Bestimmung ist neu und entspricht Artikel 25 (1) Satz 2 der Richtlinie 2011/16. Es wird eine Einschränkung des Anwendungsbereichs der Datenschutz-Grundverordnung vorgesehen betreffend das Recht auf Information in Bezug auf die Verarbeitung von Daten für die Zwecke des öffentlichen Interesses.

Artikel 43

Diese Bestimmung ist neu und entspricht ebenfalls Artikel 25 (1) Satz 2 der Richtlinie 2011/16. Es ist eine Einschränkung des Anwendungsbereichs der Datenschutz-Grundverordnung vorgesehen betreffend das Recht auf Zugang zu den sie betreffenden personenbezogenen Daten für die Zwecke des öffentlichen Interesses.

Artikel 44

Diese neue Bestimmung betrifft eventuelle Sicherheitsmaßnahmen in Verbindung mit dem Schutz von personenbezogenen Daten, die von der Regierung ergriffen werden können.

Artikel 45

Diese Bestimmung ist neu und entspricht Artikel 25a der Richtlinie 2011/16, sowie durch die Richtlinie 2018/822 eingefügt und die Richtlinie 2021/514 abgeändert. Es werden Sanktionen vorgesehen für den Fall eines Verstoßes durch ein Intermediär gegen die Informationsverpflichtung nach Artikel 14 §13. Diese Bestimmung orientiert sich nach Artikel 10 des Dekrets der Französischen Gemeinschaft vom 12. Januar 2017 zur Umsetzung der Richtlinie 2011/16.

Artikel 46

Mit dieser Bestimmung soll das Dekret vom 5. Mai 2014 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung aufgehoben werden.

Artikel 47

Diese Bestimmung legt das Inkrafttreten des Dekretentwurfs fest.

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Oliver Paasch
Ministerpräsident

Digital unterschrieben von
Oliver Paasch Ministerpräsident
Datum: 2023.06.08 10:01:01
+02'00'

VORENTWURF

Dekretvorentwurf über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung

KAPITEL 1 - ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 - Europaklausel

Dieses Dekret dient der Umsetzung der Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Aufhebung der Richtlinie 77/799/EWG, so wie abgeändert durch:

- die Richtlinie 2014/107/EU des Rates vom 9. Dezember 2014 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich der Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung;
- die Richtlinie (EU) 2015/2376 des Rates vom 8. Dezember 2015 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich der Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung;
- die Richtlinie (EU) 2016/881 des Rates vom 25. Mai 2016 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich der Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung;
- die Richtlinie (EU) 2016/2258 des Rates vom 6. Dezember 2016 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich des Zugangs von Steuerbehörden zu Informationen zur Bekämpfung der Geldwäsche;
- die Richtlinie (EU) 2018/822 des Rates vom 25. Mai 2018 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich des verpflichtenden automatischen Informationsaustauschs im Bereich der Besteuerung über meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltungen;
- die Richtlinie (EU) 2020/876 des Rates vom 24. Juni 2020 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU, um der dringenden Notwendigkeit einer Verlängerung bestimmter Fristen für die Vorlage und den Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung infolge der COVID-19-Pandemie Rechnung zu tragen;
- die Richtlinie (EU) 2021/514 des Rates vom 22. März 2021 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung.

Art. 2 - Gegenstand

§1 - Dieses Dekret legt die Regeln und Verfahren fest, gemäß denen die Deutschsprachige Gemeinschaft einerseits und die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten der Europäischen Union andererseits untereinander im Hinblick auf den Austausch von Informationen zusammenarbeiten, die für die Anwendung und Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts der Mitgliedstaaten über die in Artikel 3 genannten Steuern voraussichtlich erheblich sind.

Dieses Dekret legt ferner Bestimmungen für den Austausch der Informationen gemäß Absatz 1 auf elektronischem Weg fest.

§2 - Dieses Dekret berührt nicht die Anwendung der Vorschriften über die gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen. Es berührt auch nicht die Erfüllung der Verpflichtungen, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf eine umfassendere Zusammenarbeit der Verwaltungen aus anderen Rechtsinstrumenten, einschließlich bi- oder multilateralen Abkommen, erwachsen.

Art. 3 - Anwendungsbereich

Dieses Dekret gilt für Steuern aller Art, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder für die Deutschsprachige Gemeinschaft erhoben werden und für Steuern aller Art, die von einem oder für einen Mitgliedstaat bzw. von oder für gebiets- oder verwaltungsmäßige Gliederungseinheiten eines Mitgliedstaats, einschließlich der lokalen Behörden, erhoben werden.

In keinem Fall sind die Steuern im Sinne von Absatz 1 dahingehend auszulegen, dass sie Folgendes einschließen:

1. Gebühren, wie sie für von Behörden ausgestellte Bescheinigungen und andere Dokumente erhoben werden oder
2. vertragliche Gebühren, wie etwa Zahlungen an öffentliche Versorgungsbetriebe.

Dieses Dekret gilt für die in Absatz 1 genannten Steuern, die in dem Gebiet erhoben werden, auf das die Verträge gemäß Artikel 52 des Vertrags über die Europäische Union und Artikel 355 des Vertrags über die Funktionsweise der Europäischen Union Anwendung finden.

Art. 4 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung dieses Dekrets versteht man unter:

1. Mitgliedstaat: wenn nicht ausdrücklich anders angegeben, einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union als das Königreich Belgien;
2. zuständige Behörde: die als solche von Belgien benannte Behörde. Das zentrale Verbindungsbüro, eine Verbindungsstelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder ein zuständiger Bediensteter der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die gemäß diesem Dekret tätig werden, gelten bei Bevollmächtigung ebenfalls als zuständige Behörde;
3. zentrales Verbindungsbüro: die als solche benannte Stelle, die für die Verbindungen zu den anderen Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden hauptverantwortlich zuständig ist;
4. Verbindungsstelle: jede andere Stelle als das zentrale Verbindungsbüro, die als solche benannt worden ist, um nach Maßgabe dieses Dekrets Informationen direkt auszutauschen;
5. zuständiger Bedienstete: jeden Bediensteten, der zum direkten Informationsaustausch nach Maßgabe dieses Dekrets befugt ist;
6. ausländische Behörde: das zentrale Verbindungsbüro, die Verbindungsstellen oder die zuständigen Bediensteten, die aufgrund einer Ermächtigung durch eine ausländische zuständige Behörde zum unmittelbaren Informationsaustausch mit der zuständigen Behörde oder zu anderen Formen der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Sinne dieses Dekrets berechtigt sind;
7. ersuchende Behörde: das zentrale Verbindungsbüro, eine Verbindungsstelle oder jeden zuständigen Bediensteten eines Mitgliedstaats, der im Namen der zuständigen Behörde ein Amtshilfeersuchen stellt;
8. ersuchte Behörde: das zentrale Verbindungsbüro, eine Verbindungsstelle oder jeden zuständigen Bediensteten eines Mitgliedstaats, der im Namen der zuständigen Behörde ein Amtshilfeersuchen entgegennimmt;
9. behördliche Ermittlungen: alle von der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder den Mitgliedstaaten in Ausübung ihrer Aufgaben vorgenommenen Kontrollen, Nachprüfungen und anderen Handlungen mit dem Ziel, die ordnungsgemäße Anwendung der Steuervorschriften sicherzustellen;
10. Austausch von Informationen auf Ersuchen: den Austausch von Informationen auf der Grundlage eines Ersuchens, das der ersuchende Mitgliedstaat an den ersuchten Mitgliedstaat in einem bestimmten Fall stellt;

11. automatischer Austausch:

a) für die Zwecke des Artikels 12 Absätze 1 und 2 sowie der Artikel 13 bis 16 die systematische Übermittlung zuvor festgelegter Informationen an einen Mitgliedstaat ohne dessen vorheriges Ersuchen in regelmäßigen, im Voraus bestimmten Abständen. Für die Zwecke des Artikels 12 Absätze 1 und 2 sind verfügbare Informationen solche, die in den Steuerakten des die Informationen übermittelnden Mitgliedstaats enthalten sind und die im Einklang mit den Verfahren für die Erhebung und Verarbeitung von Informationen des betreffenden Mitgliedstaats abgerufen werden können;

b) für die Zwecke anderer Bestimmungen dieses Dekrets als Artikel 12 Absätze 1 und 2 sowie Artikel 13 bis 16 die systematische Übermittlung zuvor festgelegter Informationen gemäß Buchstabe a);

12. spontaner Austausch: die nicht systematische Übermittlung von Informationen zu jeder Zeit an einen anderen Mitgliedstaat ohne dessen vorheriges Ersuchen;

13. Person:

a) eine natürliche Person;

b) eine juristische Person;

c) sofern diese Möglichkeit nach den geltenden Rechtsvorschriften besteht, eine Personenvereinigung, der die Rechtsfähigkeit zuerkannt wurde, die aber nicht über die Rechtsstellung einer juristischen Person verfügt, oder

d) alle anderen Rechtsvereinbarungen gleich welcher Art und Form, mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die Vermögensgegenstände besitzen oder verwalten, welche einschließlich der daraus erzielten Einkünfte einer der von diesem Dekret erfassten Steuern unterliegen;

14. auf elektronischem Weg: die Verwendung elektronischer Anlagen zur Verarbeitung, einschließlich der Datenkomprimierung, und zum Speichern von Daten und unter Einsatz von Draht, Funk, optischer Technologien oder anderer elektromagnetischer Verfahren;

15. grenzüberschreitender Vorbescheid: eine Vereinbarung, eine Mitteilung oder ein anderes Instrument oder eine andere Maßnahme mit ähnlicher Wirkung, auch wenn sie bzw. es im Zuge einer Steuerprüfung erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert wird, sofern sie bzw. es die folgenden Voraussetzungen erfüllt:

a) Sie bzw. es wird von bzw. im Namen der Regierung oder der Steuerbehörde eines Mitgliedstaats oder einer gebiets- oder verwaltungsmäßigen Gliederungseinheit eines Mitgliedstaats, einschließlich der lokalen Behörden, erteilt, geändert oder erneuert, unabhängig davon, ob sie bzw. es tatsächlich verwendet wird,

b) sie bzw. es wird für eine bestimmte Person oder eine Gruppe von Personen erteilt, geändert oder erneuert, und diese Person oder Gruppe von Personen kann sich darauf berufen,

c) sie bzw. es betrifft die Auslegung oder Anwendung einer Rechts- oder Verwaltungsvorschrift zur Handhabung oder Durchsetzung der Steuergesetze eines Mitgliedstaats oder seiner gebiets- oder verwaltungsmäßigen Gliederungseinheiten, einschließlich der lokalen Behörden,

d) sie bzw. es bezieht sich auf eine grenzüberschreitende Transaktion oder auf die Frage, ob durch die Tätigkeiten, denen eine Person in einem anderen Rechtsraum nachgeht, eine Betriebsstätte gegründet wird oder nicht, und

e) sie bzw. es wird vor den Transaktionen oder den Tätigkeiten in dem anderen Rechtsraum, die möglicherweise als Gründung einer Betriebsstätte zu betrachten sind, oder vor Abgabe der Steuererklärung für den Zeitraum, in dem die Transaktion bzw. die Transaktionen oder Tätigkeiten erfolgten, erteilt.

Die grenzüberschreitende Transaktion kann u. a. Investitionen, die Bereitstellung von Waren, Dienstleistungen oder Kapital oder den Einsatz materieller oder immaterieller Güter umfassen, wobei der Empfänger des grenzüberschreitenden Vorbescheids nicht unmittelbar beteiligt sein muss;

16. grenzüberschreitende Transaktion: für die Zwecke der Nummer 15 eine Transaktion oder Reihe von Transaktionen, bei der

a) nicht alle an der Transaktion oder Reihe von Transaktionen beteiligten Parteien in dem den grenzüberschreitenden Vorbescheid erteilenden, ändernden oder erneuernden Mitgliedstaat steuerlich ansässig sind,

b) eine der an der Transaktion oder Reihe von Transaktionen beteiligten Parteien gleichzeitig in mehreren Rechtsräumen steuerlich ansässig ist,

c) eine der an der Transaktion oder Reihe von Transaktionen beteiligten Parteien über eine Betriebsstätte Geschäftstätigkeiten in einem anderen Rechtsraum nachgeht und die Transaktion oder Reihe von Transaktionen Teil der Geschäftstätigkeiten der Betriebsstätte ist oder deren gesamte Geschäftstätigkeiten ausmachen. Bei einer grenzüberschreitenden Transaktion oder Reihe von grenzüberschreitenden Transaktionen kann es sich auch um Vorkehrungen handeln, die von einer Person in Bezug auf Geschäftstätigkeiten in einem anderen Rechtsraum getroffen werden, denen sie über eine Betriebsstätte nachgeht, oder

d) es sich um eine Transaktion oder Reihe von Transaktionen handelt, die grenzübergreifende Auswirkungen haben;

17. CCN-Netz: die gemeinsame Plattform auf der Grundlage des Gemeinsamen Kommunikationsnetzes (*common communication network* - CCN), die von der Europäischen Union für jegliche elektronische Datenübertragung zwischen den zuständigen Behörden im Bereich Zoll und Steuern entwickelt wurde;

18. grenzüberschreitende Gestaltungen: eine Gestaltung, die entweder mehr als einen Mitgliedstaat oder einen Mitgliedstaat und ein Drittland betrifft, wobei mindestens eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist:

a) Nicht alle an der Gestaltung Beteiligten sind im selben Hoheitsgebiet steuerlich ansässig;

b) einer oder mehrere der an der Gestaltung Beteiligten ist/sind gleichzeitig in mehreren Hoheitsgebieten steuerlich ansässig;

c) einer oder mehrere der an der Gestaltung Beteiligten übt/üben in einem anderen Hoheitsgebiet über eine dort gelegene Betriebsstätte eine Geschäftstätigkeit aus, und die Gestaltung stellt teilweise oder ganz die durch die Betriebsstätte ausgeübte Geschäftstätigkeit dar;

d) einer oder mehrere der an der Gestaltung Beteiligten übt/üben in einem anderen Hoheitsgebiet eine Tätigkeit aus, ohne dort steuerlich ansässig zu sein oder eine Betriebsstätte zu begründen;

e) eine solche Gestaltung hat möglicherweise Auswirkungen auf den automatischen Informationsaustausch oder die Identifizierung der wirtschaftlichen Eigentümer.

Für die Zwecke der Nummern 18 bis 25 und der Artikel 5 und 14 kann es sich bei einer Gestaltung auch um eine Reihe von Gestaltungen handeln. Eine Gestaltung kann mehr als einen Schritt oder Teil umfassen;

19. meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung: jede grenzüberschreitende Gestaltung, die mindestens eines der in Artikel 5 aufgeführten Kennzeichen aufweist;

20. Kennzeichen: ein Merkmal oder eine Eigenschaft einer grenzüberschreitenden Gestaltung gemäß Artikel 5, das bzw. die auf ein potenzielles Risiko der Steuervermeidung hindeutet;

21. Intermediär: jede Person, die eine meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung konzipiert, vermarktet, organisiert oder zur Umsetzung bereitstellt oder die die Umsetzung einer solchen Gestaltung verwaltet.

Dieser Ausdruck bezeichnet auch jede Person, die, unter Berücksichtigung der relevanten Fakten und Umstände und auf der Grundlage der verfügbaren Informationen sowie des einschlägigen Fachwissens und Verständnisses, die für die Erbringung solcher Dienstleistungen erforderlich sind, weiß oder vernünftigerweise wissen müsste, dass sie unmittelbar oder über andere Personen Hilfe, Unterstützung oder Beratung im Hinblick auf Konzeption, Vermarktung, Organisation, Bereitstellung zur Umsetzung oder Verwaltung der Umsetzung einer meldepflichtigen grenzüberschreitenden Gestaltung geleistet hat. Jede Person hat das Recht, Beweise zu erbringen, wonach sie nicht wusste oder vernünftigerweise nicht wissen konnte, dass sie an einer meldepflichtigen grenzüberschreitenden Gestaltung beteiligt war.

Die betreffende Person kann zu diesem Zweck alle relevanten Fakten und Umstände sowie verfügbaren Informationen und ihr einschlägiges Fachwissen und Verständnis geltend machen.

Damit eine Person als Intermediär fungieren kann, muss sie mindestens eine der folgenden zusätzlichen Bedingungen erfüllen:

- a) Sie ist in einem Mitgliedstaat steuerlich ansässig;
- b) sie hat eine Betriebsstätte in einem Mitgliedstaat, durch die die Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Gestaltung erbracht werden;
- c) sie ist nach dem Recht eines Mitgliedstaats eingetragen oder unterliegt dem Recht eines Mitgliedstaats;
- d) sie ist in einem Mitgliedstaat Mitglied in einer Organisation für juristische, steuerliche oder beratende Dienstleistungen;

22. relevanter Steuerpflichtiger: jede Person, der eine meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung zur Umsetzung bereitgestellt wird oder die bereit ist, eine meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung umzusetzen, oder die den ersten Schritt einer solchen Gestaltung umgesetzt hat;

23. verbundenes Unternehmen: für die Zwecke des Artikels 14 eine Person, die mit einer anderen Person auf mindestens eine der folgenden Arten verbunden ist:

- a) Eine Person ist an der Geschäftsleitung einer anderen Person insofern beteiligt, als sie erheblichen Einfluss auf diese ausüben kann;
- b) eine Person ist über eine Holdinggesellschaft, die über mehr als 25 % der Stimmrechte verfügt, an der Kontrolle einer anderen Person beteiligt;
- c) eine Person ist über ein Eigentumsrecht, das unmittelbar oder mittelbar mehr als 25 % des Kapitals beträgt, am Kapital einer anderen Person beteiligt;
- d) eine Person hat Anspruch auf mindestens 25 % der Gewinne einer anderen Person.

Falls mehr als eine Person gemäß den Buchstaben a) bis d) an der Geschäftsleitung, der Kontrolle, dem Kapital oder den Gewinnen derselben Person beteiligt ist, gelten alle betroffenen Personen als verbundene Unternehmen.

Falls dieselben Personen gemäß den Buchstaben a) bis d) an der Geschäftsleitung, der Kontrolle, dem Kapital oder den Gewinnen von mehr als einer Person beteiligt sind, gelten alle betroffenen Personen als verbundene Unternehmen.

Für die Zwecke dieser Nummer wird eine Person, die in Bezug auf die Stimmrechte oder die Kapitalbeteiligung an einem Unternehmen gemeinsam mit einer anderen Person handelt, so behandelt, als würde sie eine Beteiligung an allen Stimmrechten oder dem gesamten Kapital dieses Unternehmens halten, die bzw. das von der anderen Person gehalten werden/wird.

Bei mittelbaren Beteiligungen wird die Erfüllung der Anforderungen gemäß Buchstabe c) durch Multiplikation der Beteiligungsquoten an den nachgeordneten Unternehmen ermittelt. Eine Person mit einer Stimmrechtsbeteiligung von mehr als 50 % gilt als Halter von 100 % der Stimmrechte.

Eine natürliche Person, ihr Ehepartner und ihre Verwandte in aufsteigender oder absteigender gerader Linie werden als eine einzige Person behandelt;

24. marktfähige Gestaltung: eine grenzüberschreitende Gestaltung, die konzipiert wird, vermarktet wird, umsetzungsbereit ist oder zur Umsetzung bereitgestellt wird, ohne dass sie individuell angepasst werden muss;

25. maßgeschneiderte Gestaltung: jede grenzüberschreitende Gestaltung, bei der es sich nicht um eine marktfähige Gestaltung handelt;

26. gemeinsame Prüfung: behördliche Ermittlungen, die gemeinsam von den zuständigen Behörden von zwei oder mehr Mitgliedstaaten und in Bezug auf eine oder mehrere Personen von gemeinsamem oder ergänzendem Interesse für die zuständigen Behörden dieser Mitgliedstaaten durchgeführt werden;

27. Verletzung des Datenschutzes: eine Sicherheitsverletzung, die infolge vorsätzlicher rechtswidriger Handlungen, einer Fahrlässigkeit oder eines Unfalls zur Vernichtung, zum Verlust oder zur Veränderung von Informationen oder zu einem Vorfall des

unangemessenen oder unbefugten Zugangs zu bzw. der unangemessenen oder unbefugten Offenlegung oder Nutzung von Informationen, unter anderem von übermittelten, gespeicherten oder auf sonstige Weise verarbeiteten personenbezogenen Daten, führt. Eine Verletzung des Datenschutzes kann die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität der Daten betreffen;

28. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG.

Art. 5 - Kennzeichen einer grenzüberschreitenden Gestaltung

§1 - Die Kennzeichen einer grenzüberschreitenden Gestaltung sind in fünf Kategorien aufgeteilt:

1. Kategorie A: die in §2 erwähnten allgemeinen Kennzeichen;
2. Kategorie B: die in §3 erwähnten spezifischen Kennzeichen;
3. Kategorie C: die in §4 erwähnten spezifischen Kennzeichen im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Transaktionen;
4. Kategorie D: die in §5 erwähnten spezifischen Kennzeichen hinsichtlich des automatischen Informationsaustauschs und der wirtschaftlichen Eigentümer
5. Kategorie E: die in §6 erwähnten Kennzeichen hinsichtlich der Verrechnungspreisgestaltung.

Allgemeine Kennzeichen gemäß der in §2 erwähnten Kategorie A und spezifische Kennzeichen gemäß der in §3 erwähnten Kategorie B und gemäß der in §4 Nummer 1 Buchstaben b) Ziffer i), c) und d) erwähnten Kategorie C können nur berücksichtigt werden, wenn sie das Kriterium des „Main benefit“-Tests erfüllen.

Dieser Test gilt als erfüllt, wenn festgestellt werden kann, dass der Hauptvorteil oder einer der Hauptvorteile, den eine Person unter Berücksichtigung aller relevanten Fakten und Umstände vernünftigerweise von einer Gestaltung erwarten kann, die Erlangung eines Steuervorteils ist.

Bezüglich der Kennzeichen gemäß der in §4 Nummer 1 erwähnten Kategorie C kann die Erfüllung der in der in §4 Nummer 1 Buchstaben b) Ziffer i), c) und d) dargelegten Bedingungen nicht allein der Grund für die Feststellung sein, dass eine Gestaltung das Kriterium des „Main benefit“-Tests erfüllt.

§2 - Als allgemeine Kennzeichen der Kategorie A in Verbindung mit dem „Main benefit“-Test gelten:

1. eine Gestaltung, bei dem der relevante Steuerpflichtige oder ein an der Gestaltung Beteiligter sich verpflichtet, eine Vertraulichkeitsklausel einzuhalten, der zufolge sie gegenüber anderen Intermediären oder den Steuerbehörden nicht offenlegen dürfen, auf welche Weise aufgrund der Gestaltung ein Steuervorteil erlangt wird;
2. eine Gestaltung, bei der der Intermediär Anspruch auf eine Vergütung (bzw. Zinsen, Vergütung der Finanzkosten und sonstiger Kosten) für die Gestaltung hat und diese Vergütung in Bezug auf Folgendes festgesetzt wird:
 - a) Betrag des aufgrund der Gestaltung erlangten Steuervorteils oder
 - b) ob durch die Gestaltung tatsächlich ein Steuervorteil erlangt wird. Dies wäre mit der Verpflichtung des Intermediärs verbunden, die Vergütungen ganz oder teilweise zurückzuerstatten, falls der mit der Gestaltung beabsichtigte Steuervorteil nicht ganz oder teilweise erzielt wird;
3. eine Gestaltung, deren Dokumentation und/oder Struktur im Wesentlichen standardisiert ist und für mehr als einen relevanten Steuerpflichtigen verfügbar ist, ohne dass sie für

die Umsetzung wesentlich individuell angepasst werden muss.

§3 - Als spezifische Kennzeichen der Kategorie B in Verbindung mit dem „Main benefit“-Test gelten:

1. eine Gestaltung, bei der ein an der Gestaltung Beteiligter künstlich Schritte unternimmt, um ein verlustbringendes Unternehmen zu erwerben, die Haupttätigkeit dieses Unternehmens zu beenden und dessen Verluste dafür zu nutzen, seine Steuerbelastung zu verringern, einschließlich der Übertragung dieser Verluste in ein anderes Hoheitsgebiet oder der rascheren Nutzung dieser Verluste;
2. eine Gestaltung, die sich so auswirkt, dass Einkünfte in Vermögen, Schenkungen oder andere niedriger besteuerte oder steuerbefreite Arten von Einkünften umgewandelt werden;
3. eine Gestaltung, die zirkuläre Transaktionen nutzt, die zu einem „Round tripping“ von Vermögen führen, und zwar durch die Einbeziehung zwischengeschalteter Unternehmen ohne primäre wirtschaftliche Funktion oder von Transaktionen, die sich gegenseitig aufheben oder ausgleichen oder die ähnliche Merkmale aufweisen.

§4 - Als spezifische Kennzeichen der Kategorie C im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Transaktionen gelten:

1. eine Gestaltung, die abzugsfähige grenzüberschreitende Zahlungen zwischen zwei oder mehr verbundenen Unternehmen umfasst und bei der mindestens eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist:
 - a) der Empfänger ist steuerlich in keinem Hoheitsgebiet ansässig;
 - b) der Empfänger ist zwar steuerlich in einem Hoheitsgebiet ansässig, dieses Hoheitsgebiet
 - i) erhebt aber keine Körperschaftsteuer oder hat einen Körperschaftsteuersatz von null oder nahe null oder
 - ii) wird in der Liste der Drittländer geführt, die von den Mitgliedstaaten gemeinsam oder im Rahmen der OECD als nicht-kooperierende Länder eingestuft wurden;
 - c) die Zahlung ist im Hoheitsgebiet, in dem der Empfänger steuerlich ansässig ist, vollständig von der Steuer befreit;
 - d) die Zahlung kommt im Hoheitsgebiet, in dem der Empfänger steuerlich ansässig ist, in den Genuss von einem präferentiellen Steuerregime;
2. in mehr als einem Hoheitsgebiet werden Abzüge für die Abschreibung desselben Vermögenswertes beantragt;
3. in mehr als einem Hoheitsgebiet wird eine Befreiung von der Doppelbesteuerung für dieselben Einkünfte oder dasselbe Vermögen beantragt;
4. es liegt eine Gestaltung vor, die die Übertragung von Vermögenswerten vorsieht und bei der es einen wesentlichen Unterschied hinsichtlich des in diesen beteiligten Hoheitsgebieten für den Vermögenswert anzusetzenden Wertes gibt.

§5 - Als spezifische Kennzeichen der Kategorie D hinsichtlich des automatischen Informationsaustauschs und der wirtschaftlichen Eigentümer gelten:

1. eine Gestaltung, die zu einer Aushöhlung der Meldepflicht gemäß den Rechtsvorschriften zur Umsetzung des Unionsrechts oder gemäß gleichwertigem Abkommen über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten, einschließlich Abkommen mit Drittländern, führen kann oder sich das Fehlen derartiger Rechtsvorschriften oder Abkommen zunutze macht. Derartige Gestaltungen umfassen zumindest Folgendes:
 - a) die Nutzung eines Kontos, Produkts oder einer Anlage, das/die kein Finanzkonto ist oder vorgeblich kein Finanzkonto ist, jedoch Merkmale aufweist, die im Wesentlichen denen eines Finanzkontos entsprechen;
 - b) die Übertragung eines Finanzkontos oder von Vermögenswerten in ein Hoheitsgebiet oder die Einbeziehung von Hoheitsgebieten, die nicht an den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten mit dem Staat, in dem der relevante Steuerpflichtige ansässig

ist, gebunden sind;

c) die Neueinstufung von Einkünften und Vermögen als Produkte oder Zahlungen, die nicht dem automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten unterliegen;

d) die Übertragung oder Umwandlung eines Finanzinstituts oder eines Finanzkontos oder der darin enthaltenen Vermögenswerte in ein Finanzinstitut oder ein Finanzkonto oder in Vermögenswerte, die nicht der Meldepflicht im Rahmen des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten unterliegen;

e) die Einbeziehung von Rechtspersonen, Gestaltungen oder Strukturen, die die Meldung eines/einer oder mehrerer Kontoinhaber(s) oder beherrschende(n) Person(en) im Rahmen des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten ausschließen oder vorgeben auszuschließen;

f) Gestaltungen, die die Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten aushöhlen oder Schwächen in diesen Verfahren ausnutzen, die Finanzinstitute zur Erfüllung ihrer Meldepflichten bezüglich Informationen über Finanzkonten anwenden, einschließlich der Einbeziehung von Hoheitsgebieten mit ungeeigneten oder schwachen Regelungen für die Durchsetzung von Vorschriften gegen Geldwäsche oder mit schwachen Transparenzanforderungen für juristische Personen oder Rechtsvereinbarungen.

2. eine Gestaltung mit einer intransparenten Kette an rechtlichen oder wirtschaftlichen Eigentümern durch die Einbeziehung von Personen, Rechtsvereinbarungen oder Strukturen,

a) die keine wesentliche wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, die mit angemessener Ausstattung sowie angemessenen personellen Ressourcen, Vermögenswerten und Räumlichkeiten einhergeht, und

b) die in anderen Hoheitsgebieten eingetragen, ansässig oder niedergelassen sind bzw. verwaltet oder kontrolliert werden als dem Hoheitsgebiet, in dem ein oder mehrere der wirtschaftlichen Eigentümer der von diesen Personen, Rechtsvereinbarungen oder Strukturen gehaltenen Vermögenswerte ansässig ist/sind, und

c) sofern die wirtschaftlichen Eigentümer dieser Personen, Rechtsvereinbarungen oder Strukturen gemäß Artikel 4 Nummer 27 des Gesetzes vom 18. September 2017 zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und zur Beschränkung der Nutzung von Bargeld nicht identifizierbar gemacht werden.

§6 - Als spezifische Kennzeichen hinsichtlich der Verrechnungspreisgestaltung der Kategorie E gelten:

1. eine Gestaltung, die unilaterale Safe-Harbor-Regeln nutzt;

2. eine Gestaltung mit Übertragung von schwer zu bewertenden immateriellen Werten. Der Begriff „schwer zu bewertende immaterielle Werte“ umfasst immaterielle Werte oder Rechte an immateriellen Werten, für die zum Zeitpunkt ihrer Übertragung zwischen verbundenen Unternehmen

a) keine ausreichend verlässlichen Vergleichswerte vorliegen und

b) zum Zeitpunkt der Transaktion die Prognosen voraussichtlicher Cashflows oder die vom übertragenen immateriellen Wert erwarteten abzuleitenden Einkünfte oder die der Bewertung des immateriellen Werts zugrunde gelegten Annahmen höchst unsicher sind, weshalb der letztendliche Erfolg des immateriellen Werts zum Zeitpunkt der Übertragung nur schwer absehbar ist;

3. eine Gestaltung, bei der eine gruppeninterne grenzüberschreitende Übertragung von Funktionen und/oder Risiken und/oder Vermögenswerten stattfindet, wenn der erwartete jährliche Gewinn vor Zinsen und Steuern (EBIT) des/der Übertragenden über einen Zeitraum von drei Jahren nach der Übertragung weniger als 50 % des jährlichen EBIT des/der Übertragenden über einen Zeitraum von drei Jahren nach der Übertragung weniger als 50 % des jährlichen EBIT des/der Übertragenden beträgt, der erwartet worden wäre, wenn die Übertragung nicht stattgefunden hätte.

Art. 6 - Unterrichtung des zentralen Verbindungsbüros

Wenn eine Verbindungsstelle oder ein zuständiger Bediensteter gemäß den Bestimmungen dieses Dekrets ein Ersuchen oder eine Antwort auf ein Ersuchen um Zusammenarbeit übermittelt bzw. entgegennimmt, unterrichtet sie/er das zentrale Verbindungsbüro.

Art. 7 - Weiterleitung an das zentrale Verbindungsbüro

Erhält eine Verbindungsstelle oder ein zuständiger Bediensteter ein Ersuchen um Zusammenarbeit, das eine Tätigkeit außerhalb des ihr/ihm zugewiesenen Zuständigkeitsbereichs, der ihr/ihm gemäß den Rechtsvorschriften oder innenpolitischen Grundsätzen der Deutschsprachigen Gemeinschaft zugewiesen ist, erfordert, übermittelt sie/er dieses Ersuchen unverzüglich dem zentralen Verbindungsbüro und teilt dies der ersuchenden Behörde mit. In einem solchen Fall beginnt die Frist gemäß Artikel 11 am Tag nach der Weiterleitung des Ersuchens um Zusammenarbeit an das zentrale Verbindungsbüro.

KAPITEL 2 - INFORMATIONSAUSTAUSCH

Abschnitt 1 - Informationsaustausch auf Ersuchen

Art. 8 - Zuständige Behörde

In Bezug auf einen spezifischen Fall kann die zuständige Behörde eine ausländische Behörde um die Übermittlung aller in Artikel 2 §1 Absatz 1 genannten Informationen ersuchen, die sie besitzt oder die sie im Anschluss an behördliche Ermittlungen erhalten hat.

Das in Absatz 1 genannte Ersuchen kann ein begründetes Ersuchen um eine behördliche Ermittlung enthalten. Die zuständige Behörde kann die ersuchte Behörde darum bitten, ihr die Urschriften zu übermitteln.

Art. 9 - Ausländische Behörde

Auf Ersuchen einer ausländischen Behörde übermittelt die zuständige Behörde in Bezug auf einen spezifischen Fall alle in Artikel 2 §1 Absatz 1 genannten Informationen, die sie besitzt oder die sie im Anschluss an behördliche Ermittlungen, die durchgeführt wurden, um diese Informationen zu bekommen, erhalten hat.

Die zuständige Behörde trifft Vorkehrungen dafür, dass alle behördlichen Ermittlungen durchgeführt werden, die zur Beschaffung der in Artikel 2 §1 Absatz 1 genannten Informationen notwendig sind.

Das in Absatz 1 genannte Ersuchen kann ein begründetes Ersuchen um eine behördliche Ermittlung enthalten. Ist die zuständige Behörde der Auffassung, dass keine behördlichen Ermittlungen erforderlich sind, teilt sie der ersuchenden Behörde unverzüglich die Gründe hierfür mit.

Zur Beschaffung der erbetenen Informationen oder zur Durchführung der erbetenen behördlichen Ermittlungen geht die zuständige Behörde nach denselben Verfahren vor, die sie anwenden würde, wenn sie von sich aus oder auf Ersuchen einer anderen belgischen Behörde handeln würde.

Die zuständige Behörde übermittelt Urschriften, sofern die ersuchende Behörde eigens darum bittet und die geltenden Rechtsvorschriften der Deutschsprachigen Gemeinschaft dem nicht entgegenstehen.

Art. 10 - Voraussichtliche Erheblichkeit

§1 - Für die Zwecke eines Ersuchens gemäß Artikel 8 und 9 sind die erbetenen Informationen voraussichtlich erheblich, wenn die ersuchende Behörde zum Zeitpunkt des Ersuchens der Ansicht ist, dass ihrem nationalen Recht zufolge die realistische Möglichkeit besteht, dass die erbetenen Informationen für die Steuerangelegenheiten eines oder mehrerer anhand des Namens oder anderer Kriterien identifizierter Steuerpflichtiger erheblich und für die Zwecke der Ermittlung gerechtfertigt sein werden.

§2 - Zum Nachweis der voraussichtlichen Erheblichkeit der erbetenen Informationen übermittelt die ersuchende Behörde der zuständigen Behörde mindestens die folgenden Informationen:

1. der steuerliche Zweck, zu dem die Informationen beantragt werden, und
2. eine Spezifizierung der für Verwaltungszwecke oder die Durchsetzung des nationalen Rechts erforderlichen Informationen.

§3 - Bezieht sich das Ersuchen gemäß Artikel 8 und 9 auf eine Gruppe von Steuerpflichtigen, die nicht einzeln identifiziert werden können, übermittelt die ersuchende Behörde der zuständigen Behörde mindestens die folgenden Informationen:

1. eine ausführliche Beschreibung der Gruppe,
2. eine Erläuterung des anwendbaren Rechts und des Sachverhalts, der Anlass zu der Vermutung gibt, dass die Steuerpflichtigen dieser Gruppe das anwendbare Recht nicht eingehalten haben,
3. eine Erläuterung, wie die erbetenen Informationen dazu beitragen würden, die Einhaltung des anwendbaren Rechts durch die Steuerpflichtigen der Gruppe festzustellen, und
4. sofern relevant, Sachverhalt und Umstände in Bezug auf die Beteiligung eines Dritten, der aktiv zur potenziellen Nichteinhaltung des anwendbaren Rechts durch die Steuerpflichtigen der Gruppe beigetragen hat.

Art. 11 - Bearbeitung des Ersuchens

§1 - Die zuständige Behörde stellt die in Artikel 9 Absatz 1 genannten Informationen möglichst rasch, spätestens jedoch drei Monate nach dem Datum des Eingangs des Ersuchens zur Verfügung. Ist die zuständige Behörde jedoch nicht in der Lage, auf ein Ersuchen fristgerecht zu antworten, so unterrichtet sie die ersuchende Behörde unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von drei Monaten nach Erhalt des Ersuchens, über die Gründe, die einer fristgerechten Antwort entgegenstehen, sowie über den Zeitpunkt, an dem sie dem Ersuchen voraussichtlich nachkommen kann. Die diesbezügliche Frist beträgt höchstens sechs Monate ab dem Tag des Eingangs des Ersuchens. Ist die zuständige Behörde jedoch bereits im Besitz dieser Informationen, werden sie innerhalb von zwei Monaten ab jenem Datum zur Verfügung gestellt.

In bestimmten besonders gelagerten Fällen können zwischen der zuständigen und der ersuchenden Behörde andere als die in Absatz 1 vorgesehenen Fristen vereinbart werden.

§2 - Die zuständige Behörde bestätigt der ersuchenden Behörde unverzüglich, spätestens jedoch sieben Arbeitstage nach Erhalt des Ersuchens, möglichst auf elektronischem Weg den Erhalt dieses Ersuchens.

§3 - Die zuständige Behörde unterrichtet die ersuchende Behörde innerhalb eines Monats nach Erhalt des Ersuchens über eventuell bestehende Mängel in dem Ersuchen und gegebenenfalls erforderliche zusätzliche Hintergrundinformationen. In diesem Fall beginnt die Frist gemäß §1 am Tag nach dem Eingang der von der zuständigen Behörde angeforderten zusätzlichen Informationen.

§4 - Ist die zuständige Behörde nicht im Besitz der erbetenen Informationen und nicht in der Lage, dem Informationsersuchen nachzukommen, oder lehnt sie es aus den in Artikel 32 genannten Gründen ab, ihm nachzukommen, teilt sie der ersuchenden Behörde unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb eines Monats nach Erhalt des Ersuchens, die Gründe dafür mit.

Abschnitt 2 - Verpflichtender automatischer Informationsaustausch

Unterabschnitt 1 - Allgemeine Bestimmungen

Art. 12 - Umfang und Voraussetzungen

Die zuständige Behörde übermittelt im Wege des automatischen Austauschs den ausländischen Behörden alle Informationen, die über ansässige Personen des anderen Mitgliedstaats in Bezug auf die folgenden bestimmten Arten von Einkünften und Vermögen, wie sie jeweils im Sinne des belgischen Rechts zu verstehen sind, verfügbar sind:

1. Entlohnung der Arbeitnehmer;
2. Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen;
3. Lebensversicherungsprodukte, die nicht von anderen Rechtsakten der Union über den Austausch von Informationen oder vergleichbare Maßnahmen erfasst sind;
4. Ruhegehälter;
5. Eigentum an unbeweglichem Vermögen und Einkünfte daraus;
6. Lizenzgebühren.

Für am oder nach dem 1. Januar 2024 beginnende Besteuerungszeiträume bemüht sich die zuständige Behörde, die für ansässige Personen ausgestellte Steueridentifikationsnummer in die Übermittlung der in Absatz 1 genannten Informationen aufzunehmen.

Die Übermittlung der Informationen erfolgt mindestens einmal jährlich, innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Information verfügbar wurde.

Art. 13 - Grenzüberschreitende Vorbescheide

§1 - Die zuständige Behörde, die nach dem 31. Dezember 2016 einen grenzüberschreitenden Vorbescheid erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert hat, übermittelt im Wege des automatischen Austauschs den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission die Informationen darüber, mit der Einschränkung, die für die Fälle nach §6 gemäß den geltenden nach Artikel 36 angenommenen praktischen Regelungen gilt.

§2 - Ferner übermittelt die zuständige Behörde den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission, unter Berücksichtigung der Einschränkung nach §6, gemäß den geltenden nach Artikel 36 angenommenen praktischen Regelungen Informationen über grenzüberschreitende Vorbescheide, die innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren vor dem 1. Januar 2017 erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert wurden.

Falls diese grenzüberschreitenden Vorbescheide in der Zeit zwischen dem 1. Januar 2012 und dem 31. Dezember 2013 erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert wurden, erfolgt diese Informationsübermittlung unter der Voraussetzung, dass sie am 1. Januar 2014 noch gültig waren.

Falls diese grenzüberschreitenden Vorbescheide in der Zeit zwischen dem 1. Januar 2014 und dem 31. Dezember 2016 erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert wurden, erfolgt diese Informationsübermittlung unabhängig davon, ob sie noch gültig sind oder nicht.

Dieser Paragraph gilt nicht für Informationen über grenzüberschreitende Vorbescheide, die vor dem 1. April 2016 für eine bestimmte Person oder für eine Gruppe von Personen erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert wurden, ausgenommen diejenigen, die hauptsächlich Finanz- und Investitionstätigkeiten ausüben, mit einem im Sinne von Artikel 2 Nummer 5 der Richtlinie 2013/34/EU gruppenweiten Jahresnettoumsatzerlös von weniger als 40.000.000 Euro in dem Geschäftsjahr, das vor dem Zeitpunkt liegt, zu dem der grenzüberschreitende Vorbescheid erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert wird.

§3 - Die §§1 und 2 gelten nicht in Fällen, in denen ein grenzüberschreitender Vorbescheid ausschließlich die Steuerangelegenheiten einer oder mehrerer natürlicher Personen betrifft.

§4 - Der Informationsaustausch erfolgt:

1. in Bezug auf die gemäß §1 ausgetauschten Informationen unverzüglich nach Erteilen bzw. Treffen, Änderung oder Erneuerung der grenzüberschreitenden Vorbescheide und spätestens drei Monate nach Ablauf des Kalenderhalbjahrs, in dem die grenzüberschreitenden Vorbescheide erteilt bzw. getroffen, geändert oder erneuert wurden;

2. in Bezug auf die gemäß §2 ausgetauschten Informationen vor dem 1. Januar 2018.

§5 - Die von der zuständigen Behörde gemäß den §§1 und 2 zu übermittelnden Informationen enthalten insbesondere Folgendes:

1. Angaben zu der Person, mit Ausnahme von natürlichen Personen, und gegebenenfalls zu der Gruppe von Personen, der sie angehört;

2. eine Zusammenfassung des Inhalts des grenzüberschreitenden Vorbescheids, einschließlich einer Beschreibung der relevanten Geschäftstätigkeiten oder Transaktionen oder Reihen von Transaktionen und aller anderen Informationen, die der zuständigen Behörde bei der Bewertung eines potenziellen Steuerrisikos behilflich sein könnten, ohne zur Preisgabe eines Handels-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnisses oder eines Geschäftsverfahrens oder zur Preisgabe von Informationen zu führen, die die öffentliche Ordnung verletzen würde;

3. das jeweilige Datum der Erteilung bzw. des Treffens, der Änderung oder der Erneuerung des grenzüberschreitenden Vorbescheids;

4. den Tag des Beginns der Geltungsdauer des grenzüberschreitenden Vorbescheids, falls angegeben;

5. den Tag des Ablaufs der Geltungsdauer des grenzüberschreitenden Vorbescheids, falls angegeben;

6. die Art des grenzüberschreitenden Vorbescheids;

7. den Betrag der Transaktion oder Reihe von Transaktionen des grenzüberschreitenden Vorbescheids, sofern dieser Betrag im grenzüberschreitenden Vorbescheid angegeben ist;

8. gegebenenfalls Angaben zu den anderen Mitgliedstaaten, die wahrscheinlich von dem grenzüberschreitenden Vorbescheid betroffen sind;

9. gegebenenfalls Identifizierungsangaben zu allen Personen, mit Ausnahme von natürlichen Personen, in den anderen Mitgliedstaaten, die wahrscheinlich von dem grenzüberschreitenden Vorbescheid betroffen sind, sowie Angaben dazu, zu welchen Mitgliedstaaten die betreffenden Personen in Beziehung stehen;

10. Angaben dazu, ob die übermittelten Informationen auf dem grenzüberschreitenden Vorbescheid selbst beruhen.

§6 - Die in §5 Nummern 1, 2 und 9 genannten Informationen werden der Europäischen Kommission nicht übermittelt.

§7 - Die Regierung kann die Regeln für die Mitteilung des Empfangs von in §5 Nummer 10 genannten Informationen durch die zuständige Behörde festlegen.

§8 - Die zuständige Behörde kann gemäß Artikel 8 Absatz 1 um Übermittlung zusätzlicher Informationen, einschließlich des vollständigen Wortlauts des grenzüberschreitenden Vorbescheids, ersuchen.

Art. 14 - Meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltungen

§1 - Die Intermediäre legen die ihnen bekannten, in ihrem Besitz oder unter ihrer Kontrolle befindlichen Informationen über meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltungen bei den zuständigen Steuerbehörden vor, und zwar innerhalb von 30 Tagen beginnend

1. an dem Tag, nach dem die meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung zur Umsetzung bereitgestellt wird, oder
2. an dem Tag, nach dem die meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung umsetzungsbereit ist, oder
3. wenn der erste Schritt der Umsetzung der meldepflichtigen grenzüberschreitenden Gestaltung gemacht wurde, je nachdem, was früher eintritt.

Ungeachtet des Absatzes 1 legen auch die in Artikel 4 Nummer 21 Absatz 2 genannten Intermediäre die Informationen innerhalb von 30 Tagen vor, beginnend an dem Tag, nach dem sie unmittelbar oder über andere Personen Hilfe, Unterstützung oder Beratung geleistet haben.

§2 - Im Falle von marktfähigen Gestaltungen legt der Intermediär alle drei Monate einen regelmäßigen Bericht mit einer Aktualisierung vor, der neue meldepflichtige Informationen gemäß §13 Nummern 1, 4, 7 und 8 enthält, die seit der Vorlage des letzten Berichts verfügbar geworden sind.

§3 - Ist der Intermediär verpflichtet, den zuständigen Behörden von mehr als einem Mitgliedstaat Informationen über meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltungen vorzulegen, so sind die betreffenden Informationen nur in dem Mitgliedstaat vorzulegen, der in der nachstehenden Liste zuerst erscheint:

1. der Mitgliedstaat, in dem der Intermediär steuerlich ansässig ist;
2. der Mitgliedstaat, in dem der Intermediär eine Betriebsstätte hat, durch die die Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Gestaltung erbracht werden;
3. der Mitgliedstaat, nach dessen Recht der Intermediär eingetragen ist oder dessen Recht er unterliegt;
4. der Mitgliedstaat, in dem der Intermediär Mitglied einer Organisation für juristische, steuerliche oder beratende Dienstleistungen ist.

§4 - Besteht gemäß §3 eine Verpflichtung zur Mehrfachmeldung, ist der Intermediär von der Vorlage der Informationen befreit, wenn er nachweisen kann, dass dieselben Informationen bereits in einem anderen Mitgliedstaat vorgelegt wurden.

§5 - Die Intermediäre sind von der Pflicht befreit, Informationen über eine meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung vorzulegen, wenn mit der Meldepflicht gegen die Verschwiegenheitspflicht verstoßen würde, deren Verletzung strafrechtlich geahndet wird. In solchen Fällen unterrichten die Intermediäre andere Intermediäre oder, falls es keine solchen gibt, den relevanten Steuerpflichtigen unverzüglich über ihre Meldepflichten gemäß §6.

Eine Verschwiegenheitspflicht nach diesem Paragraphen kann nicht geltend gemacht werden in Bezug auf die Meldepflicht für marktfähige Gestaltungen, die von einer regelmäßigen Berichterstattung gemäß §2 betroffen sind.

§6 - Für den Fall, dass kein Intermediär existiert oder der Intermediär den relevanten Steuerpflichtigen oder einen anderen Intermediär über die Anwendung einer Befreiung gemäß §5 unterrichtet, obliegt die Pflicht zur Vorlage von Informationen über eine meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung dem anderen unterrichteten Intermediär oder, falls kein solcher existiert, dem relevanten Steuerpflichtigen.

§7 - Der relevante Steuerpflichtige, dem die Meldepflicht obliegt, legt die Informationen innerhalb von 30 Tagen vor, beginnend an dem Tag, nach dem ihm die meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung zur Umsetzung bereitgestellt wird oder es zur Umsetzung durch den relevanten Steuerpflichtigen bereit ist oder wenn der erste Schritt dessen Umsetzung im Zusammenhang mit dem relevanten Steuerpflichtigen gemacht wurde, je nachdem, was früher eintritt.

Ist der relevante Steuerpflichtige verpflichtet, den zuständigen Behörden von mehr als einem Mitgliedstaat Informationen über meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltungen vorzulegen, so sind die betreffenden Informationen nur den zuständigen Behörden in dem Mitgliedstaat vorzulegen, der in der nachstehenden Liste zuerst erscheint:

1. der Mitgliedstaat, in dem der relevante Steuerpflichtige steuerlich ansässig ist;
2. der Mitgliedstaat, in dem der relevante Steuerpflichtige eine Betriebsstätte hat, der durch die Gestaltung ein Vorteil entsteht;
3. der Mitgliedstaat, in dem der relevante Steuerpflichtige Einkünfte oder Gewinne erzielt, obwohl er in keinem Mitgliedstaat steuerlich ansässig ist oder eine Betriebsstätte hat;
4. der Mitgliedstaat, in dem der relevante Steuerpflichtige eine Tätigkeit ausübt, obwohl er in keinem Mitgliedstaat steuerlich ansässig ist oder eine Betriebsstätte hat.

§8 - Besteht gemäß §7 eine Verpflichtung zur Mehrfachmeldung, ist der relevante Steuerpflichtige von der Vorlage der Informationen befreit, wenn er im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften nachweisen kann, dass dieselben Informationen bereits in einem anderen Mitgliedstaat vorgelegt wurden.

§9 - Für den Fall, dass mehr als ein Intermediär existiert, obliegt die Verpflichtung zur Vorlage von Informationen über die meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung allen Intermediären, die an derselben meldepflichtigen grenzüberschreitenden Gestaltung beteiligt sind.

Ein Intermediär ist nur soweit von der Vorlage der Informationen befreit, als er nachweisen kann, dass dieselben Informationen gemäß §13 bereits durch einen anderen Intermediär vorgelegt wurden.

§10 - Für den Fall, dass die Meldepflicht dem relevanten Steuerpflichtigen obliegt und es mehr als einen relevanten Steuerpflichtigen gibt, ergreift jeder Mitgliedstaat die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass der relevante Steuerpflichtige, der die Informationen gemäß §6 vorzulegen hat, derjenige ist, der in der nachstehenden Liste zuerst erscheint:

1. der relevante Steuerpflichtige, der die meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung mit dem Intermediär vereinbart hat;
2. der relevante Steuerpflichtige, der die Umsetzung der Gestaltung verwaltet.

Ein relevanter Steuerpflichtiger ist nur soweit von der Vorlage der Informationen befreit, als er nachweisen kann, dass dieselben Informationen gemäß §13 bereits durch einen anderen relevanten Steuerpflichtigen vorgelegt wurden.

§11 - Die zuständige Behörde kann die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um alle relevanten Steuerpflichtigen zu verpflichten, der Steuerverwaltung die Informationen über ihre Nutzung der Gestaltung in jedem der Jahre, für die sie es nutzen, vorzulegen.

§12 - Die zuständige Behörde, an die die Informationen gemäß den §§1 bis 11 vorgelegt wurden, übermittelt den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten die in §13 aufgeführten Informationen im Wege eines automatischen Austauschs gemäß den praktischen Regelungen nach Artikel 36.

§13 - Die von der zuständigen Behörde eines Mitgliedstaats gemäß §12 zu übermittelnden Informationen umfassen soweit anwendbar Folgendes:

1. die Angaben zu den Intermediären und relevanten Steuerpflichtigen, einschließlich des Namens, des Geburtsdatums und -orts (bei natürlichen Personen), der Steueransässigkeit und der Steueridentifikationsnummer sowie gegebenenfalls der Personen, die als verbundene Unternehmen des relevanten Steuerpflichtigen gelten;
2. Einzelheiten zu den in Anhang IV der Richtlinie 2011/16/EU aufgeführten Kennzeichen, die bewirken, dass die grenzüberschreitende Gestaltung meldepflichtig ist;
3. eine Zusammenfassung des Inhalts der meldepflichtigen grenzüberschreitenden Gestaltung, soweit vorhanden einschließlich eines Verweises auf die Bezeichnung, unter der es allgemein bekannt ist, und einer abstrakt gehaltenen Beschreibung der relevanten Geschäftstätigkeiten oder Gestaltungen, die nicht zur Preisgabe eines Handels-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnisses oder eines Geschäftsverfahrens oder von Informationen führt, deren Preisgabe die öffentliche Ordnung verletzen würde;
4. das Datum, an dem der erste Schritt der Umsetzung der meldepflichtigen grenzüberschreitenden Gestaltung gemacht wurde oder gemacht werden wird;
5. Einzelheiten zu den nationalen Vorschriften, die die Grundlage der meldepflichtigen grenzüberschreitenden Gestaltung bilden;
6. den Wert der meldepflichtigen grenzüberschreitenden Gestaltung;
7. die Angabe des Mitgliedstaats des/der relevanten Steuerpflichtigen und aller anderen Mitgliedstaaten, die wahrscheinlich von der meldepflichtigen grenzüberschreitenden Gestaltung betroffen sind;
8. Angaben zu allen anderen Personen in einem Mitgliedstaat, die wahrscheinlich von der meldepflichtigen grenzüberschreitenden Gestaltung betroffen sind, einschließlich Angaben darüber, zu welchen Mitgliedstaaten sie in Beziehung stehen.

§14 - Die Tatsache, dass eine Steuerverwaltung nicht auf eine meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung reagiert, impliziert in keiner Weise die Anerkennung der Gültigkeit oder der steuerlichen Behandlung dieser Gestaltung.

§15 - Der automatische Informationsaustausch erfolgt innerhalb eines Monats nach Ablauf des Quartals, in dem die Informationen vorgelegt wurden.

Unterabschnitt 2 - Von Plattformbetreibern gemeldeten Informationen

Art. 15 - Besondere Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung dieses Unterabschnitts versteht man in Bezug auf meldende Plattformbetreiber unter:

1. Plattform: jegliche Software, einschließlich einer Website oder eines Teils davon und Anwendungen, einschließlich mobiler Anwendungen, die Nutzern zugänglich ist und die es Verkäufern ermöglicht, mit anderen Nutzern in Verbindung zu stehen, um direkt oder indirekt eine relevante Tätigkeit für diese Nutzer auszuüben. dazu gehören auch alle Vereinbarungen über die Erhebung und Zahlung einer mit einer relevanten Tätigkeit zusammenhängenden Vergütung. Der Ausdruck „Plattform“ schließt keine Software ein, die ohne weiteres Eingreifen in die Ausübung einer relevanten Tätigkeit ausschließlich folgendes erlaubt:

- a) die Verarbeitung von Zahlungen im Zusammenhang mit einer relevanten Tätigkeit;
- b) das Anbieten einer relevanten Tätigkeit oder Werbung für eine relevante Tätigkeit durch Nutzer;

- c) die Umleitung oder Weiterleitung von Nutzern auf eine Plattform;

2. Plattformbetreiber: einen Rechtsträger, der mit Verkäufern vereinbart, diesen Verkäufern eine Plattform ganz oder teilweise zur Verfügung zu stellen;

3. freigestellter Plattformbetreiber: einen Plattformbetreiber, der vorab und jährlich der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats, der gegenüber er gemäß den in Artikel 18 §1 Nummern 1 bis 3 festgelegten Vorschriften normalerweise meldepflichtig wäre, hinreichend nachweist, dass das gesamte Geschäftsmodell der Plattform so konzipiert ist, dass sie nicht über meldepflichtige Verkäufer verfügt;

4. meldender Plattformbetreiber: einen Plattformbetreiber, der kein freigestellter Plattformbetreiber ist und sich in einer der folgenden Situationen befindet:

- a) Er ist steuerlich in einem Mitgliedstaat ansässig oder, wenn der Plattformbetreiber in keinem Mitgliedstaat steuerlich ansässig ist, er erfüllt eine der folgenden Bedingungen:

- i) er ist nach dem Recht eines Mitgliedstaats eingetragen;
 - ii) er hat den Ort seiner Geschäftsleitung (einschließlich der tatsächlichen Geschäftsleitung) in einem Mitgliedstaat;

- iii) er hat eine Betriebsstätte in einem Mitgliedstaat und ist kein qualifizierter Plattformbetreiber eines Drittlands;

- b) Er ist weder in einem Mitgliedstaat steuerlich ansässig noch in einem Mitgliedstaat eingetragen oder wird in einem Mitgliedstaat verwaltet, noch hat er eine Betriebsstätte in einem Mitgliedstaat, sondern er ermöglicht die Ausübung einer relevanten Tätigkeit durch einen meldepflichtigen Verkäufer oder einer relevanten Tätigkeit im Zusammenhang mit der Vermietung von in einem Mitgliedstaat belegenem unbeweglichem Vermögen und ist kein qualifizierter Plattformbetreiber eines Drittlands;

5. qualifizierter Plattformbetreiber eines Drittlands: einen Plattformbetreiber, bei dem alle relevanten Tätigkeiten, die er ermöglicht, auch qualifizierte relevante Tätigkeiten sind, und der steuerlich in einem qualifizierten Drittland ansässig ist, oder, wenn ein Plattformbetreiber nicht in einem qualifizierten Drittland steuerlich ansässig ist, er eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt:

- a) er ist nach dem Recht eines qualifizierten Drittlands eingetragen oder

- b) er hat den Ort seiner Geschäftsleitung (einschließlich der tatsächlichen Geschäftsleitung) in einem qualifizierten Drittland;

6. qualifiziertes Drittland: ein Drittland, das über eine geltende wirksame qualifizierende Vereinbarung zwischen zuständigen Behörden mit den zuständigen Behörden aller Mitgliedstaaten verfügt, die in einer von dem Drittland veröffentlichten Liste als meldepflichtige Länder genannt sind;

7. wirksame qualifizierende Vereinbarung zwischen zuständigen Behörden: eine Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden eines Mitgliedstaats und eines Drittlands, die den automatischen Austausch von Informationen vorschreibt, die den in Artikel 18 §2 angegebenen Informationen gleichwertig sind, wie dies in einem Durchführungsrechtsakt der Europäische Kommission bestätigt wird;

8. relevante Tätigkeit: eine gegen Vergütung ausgeführte Tätigkeit, bei der es sich um eine der folgenden Tätigkeiten handelt:

- a) die Vermietung von unbeweglichem Vermögen, einschließlich von Wohn- und Gewerbeimmobilien, sowie von jeglichem sonstigen unbeweglichen Vermögen und Parkplätzen;

- b) eine persönliche Dienstleistung;
- c) den Verkauf von Waren;
- d) die Vermietung jeglicher Verkehrsmittel.

Der Ausdruck „relevante Tätigkeit“ umfasst nicht die Tätigkeit eines Verkäufers, der als Angestellter des Plattformbetreibers oder eines verbundenen Rechtsträgers des Plattformbetreibers handelt;

9. qualifizierte relevante Tätigkeiten: alle relevanten Tätigkeiten, die gemäß einer wirksamen qualifizierenden Vereinbarung zwischen zuständigen Behörden unter den automatischen Austausch fallen;

10. Vergütung: jegliche Form von Entgelt, abzüglich aller vom meldenden Plattformbetreiber einbehaltenen oder erhobenen Gebühren, Provisionen oder Steuern, die einem Verkäufer im Zusammenhang mit der relevanten Tätigkeit gezahlt oder gutgeschrieben wird und deren Höhe dem Plattformbetreiber bekannt ist oder vernünftigerweise bekannt sein sollte;

11. persönliche Dienstleistung: eine Leistung, die zeitlich begrenzte oder aufgabenbezogene Arbeiten umfasst, die von einer oder mehreren natürlichen Personen ausgeführt werden, die entweder selbstständig oder im Namen eines Rechtsträgers handeln; diese Dienstleistung wird auf Wunsch eines Nutzers entweder online oder, nach Ermöglichung über eine Plattform, physisch und offline durchgeführt.

Für die Anwendung dieses Unterabschnitts versteht man in Bezug auf meldepflichtige Verkäufer unter:

1. Verkäufer: einen Nutzer einer Plattform, entweder eine natürliche Person oder ein Rechtsträger, die/der jederzeit während des Meldezeitraums auf der Plattform registriert ist und die relevante Tätigkeit ausübt;

2. aktiver Verkäufer: jeden Verkäufer, der entweder während des Meldezeitraums eine relevante Tätigkeit leistet, oder dem im Zusammenhang mit einer relevanten Tätigkeit während des Meldezeitraums eine Vergütung gezahlt oder gutgeschrieben wird;

3. meldepflichtiger Verkäufer: jeden aktiven Verkäufer, bei dem es sich nicht um einen freigestellten Verkäufer handelt, der in einem Mitgliedstaat ansässig ist oder der ein in einem Mitgliedstaat belegenes unbewegliches Vermögen vermietet hat;

4. freigestellter Verkäufer: jeden Verkäufer,

a) bei dem es sich um einen staatlichen Rechtsträger handelt;

b) bei dem es sich um einen Rechtsträger handelt, dessen Aktien regelmäßig an einer anerkannten Wertpapierbörse gehandelt werden oder bei dem es sich um einen verbundenen Rechtsträger eines Rechtsträgers handelt, dessen Aktien regelmäßig an einer anerkannten Wertpapierbörse gehandelt werden;

c) bei dem es sich um einen Rechtsträger handelt, für den der Plattformbetreiber mehr als 2.000 relevante Tätigkeiten durch Vermietung von unbeweglichem Vermögen im Zusammenhang mit einer inserierten Immobilieneinheit während des Meldezeitraums ermöglicht hat, oder

d) für den der Plattformbetreiber weniger als 30 relevante Tätigkeiten durch den Verkauf von Waren ermöglicht hat und für den der Gesamtbetrag der gezahlten oder gutgeschriebenen Vergütung während des Meldezeitraums 2.000 EUR nicht überstieg.

Für die Anwendung dieses Unterabschnitts versteht man unter:

1. Rechtsträger: eine juristische Person oder ein Rechtsgebilde wie zum Beispiel eine Kapitalgesellschaft, eine Personengesellschaft, ein Trust oder eine Stiftung. Ein Rechtsträger ist ein verbundener Rechtsträger eines anderen Rechtsträgers, wenn einer der beiden Rechtsträger den anderen beherrscht oder die beiden Rechtsträger der gleichen Beherrschung unterliegen. Für diesen Zweck umfasst Beherrschung unmittelbares oder mittelbares Eigentum an mehr als 50 % der Stimmrechte und des Wertes eines Rechtsträgers. Bei einer mittelbaren Beteiligung wird die Erfüllung der Anforderung, dass mehr als 50 % des Eigentumsrechts am Kapital des anderen Rechtsträgers gehalten werden, durch

Multiplikation der Beteiligungsquoten an den nachgeordneten Unternehmen ermittelt. Eine Person mit einer Stimmrechtsbeteiligung von mehr als 50 % gilt als Halter von 100 % der Stimmrechte;

2. staatlicher Rechtsträger: die Regierung eines Mitgliedstaats oder anderen Staates, eine Gebietskörperschaft eines Mitgliedstaats oder anderen Staates (wobei es sich unter anderem um einen Gliedstaat, eine Provinz, einen Landkreis oder eine Gemeinde handeln kann) oder eine Behörde oder Einrichtung, die sich im Alleineigentum eines Mitgliedstaats oder anderen Staates oder einer oder mehrerer Gebietskörperschaften befindet (jeweils ein „staatlicher Rechtsträger“);

3. Steueridentifikationsnummer: die von einem Mitgliedstaat ausgestellte Identifikationsnummer eines Steuerpflichtigen (oder die funktionale Entsprechung, wenn keine Steueridentifikationsnummer vorhanden ist);

4. Mehrwertsteuer-Identifikationsnummer: die eindeutige Nummer zur Identifizierung eines Steuerpflichtigen oder einer nichtsteuerpflichtigen juristischen Person, der/die zu Mehrwertsteuerzwecken registriert ist;

5. Hauptanschrift: die Anschrift des Hauptwohnsitzes eines Verkäufers, wenn dieser eine natürliche Person ist, sowie die Anschrift des eingetragenen Sitzes eines Verkäufers, wenn dieser ein Rechtsträger ist;

6. Meldezeitraum: das Kalenderjahr, für das die Meldung gemäß Artikel 18 abgeschlossen wird;

7. inserierte Immobilieneinheit: alle unbeweglichen Vermögen, die sich an derselben Postanschrift befinden, im Eigentum desselben Eigentümers stehen und von demselben Verkäufer auf einer Plattform zur Miete angeboten werden;

8. Kennung des Finanzkontos: die eindeutige, dem Plattformbetreiber zur Verfügung stehende Kennnummer oder Referenz des Bankkontos oder eines ähnlichen Zahlungsdienstkontos, auf das die Vergütung gezahlt oder gutgeschrieben wird;

9. Waren: jeglichen körperlichen Gegenstand.

Art. 16 - Umfang und Voraussetzungen

§1 - Die meldenden Plattformbetreiber führen die in den Artikeln 17 und 18 festgelegten Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten durch und kommen den dort festgelegten Meldepflichten im Einklang mit Anhang V Abschnitt 4 der Richtlinie 2011/16/EU nach.

§2 - Gemäß den geltenden Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten und der Meldepflichten nach den Artikeln 17 und 18 tauscht die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats, in dem die Meldung gemäß §1 erfolgt ist, im Wege des automatischen Austauschs und innerhalb der Frist gemäß §3 in Bezug auf jeden meldepflichtigen Verkäufer mit der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats, in dem der meldepflichtige Verkäufer ansässig im Sinne des Artikel 17 §4 ist, und sofern der meldepflichtige Verkäufer Vermietungsdienstleistungen für unbewegliches Vermögen erbringt in jedem Fall mit der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats, in dem das unbewegliche Vermögen belegen ist, die folgenden Informationen aus:

1. Name, Anschrift, Steueridentifikationsnummer und gegebenenfalls die gemäß §4 erteilte individuelle Identifikationsnummer des meldenden Plattformbetreibers sowie die Geschäftsbezeichnung(en) der Plattform(en), über die der meldende Plattformbetreiber Meldung erstattet;

2. Vor- und Nachname des meldepflichtigen Verkäufers, wenn dieser eine natürliche Person ist, und eingetragener Name des meldepflichtigen Verkäufers, wenn dieser ein Rechtsträger ist;

3. die Hauptanschrift;

4. jede Steueridentifikationsnummer des meldepflichtigen Verkäufers unter Angabe des jeweiligen Mitgliedstaats, der diese ausgestellt hat, oder, falls keine

Steueridentifikationsnummer vorhanden ist, den Geburtsort des meldepflichtigen Verkäufers, wenn dieser eine natürliche Person ist;

5. die Handelsregisternummer des meldepflichtigen Verkäufers, wenn dieser ein Rechtsträger ist;

6. die Mehrwertsteuer-Identifikationsnummer des meldepflichtigen Verkäufers, falls vorhanden;

7. das Geburtsdatum des Verkäufers, wenn dieser eine natürliche Person ist;

8. die Kennung des Finanzkontos, auf dem die Einzahlung oder Gutschrift der Vergütung erfolgt, sofern der meldende Plattformbetreiber über diese Information verfügt und sofern die zuständige Behörde des Mitgliedstaats, in dem der meldepflichtige Verkäufer ansässig im Sinne des Artikels 17 §4 ist, den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten nicht mitgeteilt hat, dass sie die Kennung des Finanzkontos nicht für diesen Zweck zu verwenden beabsichtigt;

9. falls von der Bezeichnung des meldepflichtigen Verkäufers abweichend, zusätzlich zur Kennung des Finanzkontos den Namen des Inhabers des Finanzkontos, auf das die Vergütung eingezahlt oder auf dem sie gutgeschrieben wird, sofern der meldende Plattformbetreiber über diese Information verfügt, sowie alle sonstigen der Identifizierung dienenden finanziellen Informationen, über die der meldende Plattformbetreiber in Bezug auf diesen Kontoinhaber verfügt;

10. jeden Mitgliedstaat, in dem der meldepflichtige Verkäufer im Sinne des Artikels 17 §4 ansässig ist;

11. die in jedem Quartal des Meldezeitraums insgesamt gezahlte oder gutgeschriebene Vergütung und die Zahl der relevanten Tätigkeiten, für die sie gezahlt oder gutgeschrieben wurde;

12. jegliche Gebühren, Provisionen oder Steuern, die in jedem Quartal des Meldezeitraums vom meldenden Plattformbetreiber einbehalten oder berechnet werden.

Erbringt der meldepflichtige Verkäufer Vermietungsdienstleistungen für unbewegliches Vermögen, werden die folgenden zusätzlichen Informationen übermittelt:

1. Adresse für jede inserierte Immobilieneinheit, die gemäß den in Artikel 17 §5 beschriebenen Verfahren bestimmt wird, und, sofern verfügbar, die entsprechende Nummer des Grundbucheintrags oder eine gleichwertige Angabe nach dem nationalen Recht des Mitgliedstaats, in dem sie belegen ist;

2. die in jedem Quartal des Meldezeitraums insgesamt gezahlte oder gutgeschriebene Vergütung und die Zahl der relevanten Tätigkeiten, die in Bezug auf jede inserierte Immobilieneinheit erbracht wurden;

3. falls verfügbar, die Zahl der Tage, an denen jede inserierte Immobilieneinheit während des Meldezeitraums vermietet war, sowie die Art jeder inserierten Immobilieneinheit.

§3 - Die Übermittlung der Informationen gemäß §2 erfolgt unter Verwendung des elektronischen Standardformats nach Artikel 35 §4 binnen zwei Monaten nach dem Ende des Meldezeitraums, auf den sich die Meldepflichten des meldenden Plattformbetreibers beziehen. Die Informationen werden erstmals für Meldezeiträume ab dem 1. Januar 2023 übermittelt.

§4 - Ein meldender Plattformbetreiber im Sinne von Artikel 15 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe b) registriert sich bei der Aufnahme seiner Tätigkeit als Plattformbetreiber bei der zuständigen Behörde nach folgendem Verfahren:

1. Der meldende Plattformbetreiber teilt der zuständigen Behörde folgende Informationen mit:

a) Name;

b) Postanschrift;

c) elektronische Adressen einschließlich Webseiten;

d) jede Steueridentifikationsnummer, die dem meldenden Plattformbetreiber ausgestellt wurde;

e) eine Erklärung mit Informationen über die Identifizierung dieses meldenden Plattformbetreibers für Mehrwertsteuerzwecke in der Europäischen Union gemäß Titel XII Kapitel 6 Abschnitte 2 und 3 der Richtlinie 2006/112/EG;

f) die Mitgliedstaaten, in denen meldepflichtige Verkäufer im Sinne des Artikels 17 §4 ansässig sind.

2. Der meldende Plattformbetreiber teilt der zuständigen Behörde jegliche Änderung der nach Nummer 1 übermittelten Informationen mit.

3. Die zuständige Behörde weist dem meldenden Plattformbetreiber eine individuelle Identifikationsnummer zu und teilt diese den zuständigen Behörden aller Mitgliedstaaten elektronisch mit.

4. In folgenden Fällen ersucht die zuständige Behörde die Europäische Kommission, einen meldenden Plattformbetreiber aus dem zentralen Register zu löschen:

a) Der Plattformbetreiber teilt der zuständigen Behörde mit, dass er seine Tätigkeit als Plattformbetreiber nicht länger ausübt;

b) es liegt keine Mitteilung gemäß Nummer 1 vor, aber es besteht Grund zu der Annahme, dass die Tätigkeit eines Plattformbetreibers eingestellt wurde;

c) der Plattformbetreiber erfüllt nicht länger die in Artikel 15 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe b) festgelegten Bedingungen;

d) die zuständige Behörde hat die Registrierung gemäß Nummer 6 widerrufen.

5. Die zuständige Behörde unterrichtet die Europäische Kommission unverzüglich über jeden Plattformbetreiber im Sinne von Artikel 15 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe b), der seine Tätigkeit als Plattformbetreiber aufnimmt, ohne sich gemäß dieser Nummer registrieren zu lassen.

6. Kommt ein meldender Plattformbetreiber nach zwei Mahnungen durch die zuständige Behörde der Meldepflicht gemäß Artikel 18 §1 Absatz 3 nicht nach, so ergreift die zuständige Behörde unbeschadet des Artikels 45 die erforderlichen Maßnahmen, um die Registrierung des meldenden Plattformbetreibers gemäß dem vorliegenden Paragraphen zu widerrufen. Die Registrierung wird spätestens nach Ablauf von 90 Tagen, jedoch nicht vor Ablauf von 30 Tagen nach der zweiten Mahnung widerrufen

§5 - Gilt ein Plattformbetreiber als freigestellter Plattformbetreiber, so unterrichtet die zuständige Behörde des Mitgliedstaats, an den der Nachweis gemäß Artikel 15 Absatz 1 Nummer 3 erbracht wurde, die zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten entsprechend, auch über sämtlichen späteren Änderungen.

§6 - Die Regierung legt die Regeln und Verwaltungsverfahren zur wirksamen Erfüllung und Einhaltung der in den Artikeln 17 und 18 beschriebenen Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten und der Meldepflichten fest, unter anderem um Folgendes sicherzustellen:

1. Legt ein Verkäufer nach zwei auf das ursprüngliche Ersuchen des meldenden Plattformbetreibers folgenden Mahnungen die nach Artikel 17 erforderlichen Informationen nicht vor, schließt der meldende Plattformbetreiber, jedoch nicht vor Ablauf von 60 Tagen, das Konto des Verkäufers und hindert den Verkäufer daran, sich erneut bei der Plattform zu registrieren, oder er behält die Zahlung der Vergütung an den Verkäufer ein, solange der Verkäufer die verlangten Informationen nicht vorlegt.

2. Die meldenden Plattformbetreiber setzen die Erhebungs- und Überprüfungsanforderungen nach Artikel 17 in Bezug auf ihre Verkäufer durch.

3. Die meldenden Plattformbetreiber dokumentieren die zur Durchführung der in den Artikeln 17 und 18 aufgeführten Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten und der Meldepflichten unternommenen Schritte und herangezogenen Informationen. Diese Aufzeichnungen müssen für einen ausreichend langen Zeitraum und in jedem Fall während

mindestens fünf, jedoch höchstens zehn Jahren nach Ablauf des Meldezeitraums, auf den sie sich beziehen, verfügbar bleiben.

4. Alle erforderlichen Informationen werden der zuständigen Behörde gemeldet, damit diese ihrer Verpflichtung zur Übermittlung von Informationen gemäß §2 nachkommen kann. Falls erforderlich wird eine Berichtsaufforderung an meldende Plattformbetreiber gerichtet.

5. Die meldenden Plattformbetreiber halten die in den Artikeln 17 und 18 festgelegten Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten und Meldepflichten ein.

6. Eine Nachverfolgung mit den meldenden Plattformbetreibern findet für den Fall statt, dass die gemeldeten Informationen unvollständig oder fehlerhaft sind.

Art. 17 - Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten

§1 - Um festzustellen, ob ein Verkäufer, der ein Rechtsträger ist, im Sinne von Artikel 15 Absatz 2 Nummer 4 Buchstaben a) und b) als freigestellter Verkäufer einzustufen ist, kann sich ein meldender Plattformbetreiber auf öffentlich zugängliche Informationen oder eine Bestätigung des Verkäufers, der ein Rechtsträger ist, stützen.

Um festzustellen, ob ein Verkäufer im Sinne von Artikel 15 Absatz 2 Nummer 4 Buchstaben c) und d) als freigestellter Verkäufer einzustufen ist, kann sich ein meldender Plattformbetreiber auf seine verfügbaren Aufzeichnungen stützen.

§2 - Der meldende Plattformbetreiber erhebt für jeden Verkäufer, der eine natürliche Person, aber kein freigestellter Verkäufer ist, alle folgenden Informationen:

1. Vor- und Nachname;
2. die Hauptanschrift;
3. jede Steueridentifikationsnummer, die diesem Verkäufer ausgestellt wurde, unter Angabe des jeweiligen Mitgliedstaats, der diese ausgestellt hat, oder, falls keine Steueridentifikationsnummer vorhanden ist, den Geburtsort dieses Verkäufers;
4. die Mehrwertsteuer-Identifikationsnummer dieses Verkäufers, falls vorhanden;
5. das Geburtsdatum.

Der meldende Plattformbetreiber erhebt für jeden Verkäufer, der ein Rechtsträger, aber kein freigestellter Verkäufer ist, alle folgenden Informationen:

1. den eingetragenen Namen;
2. die Hauptanschrift;
3. jede diesem Verkäufer erteilte Steueridentifikationsnummer unter Angabe des jeweiligen Mitgliedstaats, der diese ausgestellt hat;
4. die Mehrwertsteuer-Identifikationsnummer dieses Verkäufers, falls vorhanden;
5. die Handelsregisternummer;
6. das Bestehen einer Betriebsstätte in der Europäischen Union, über die relevante Tätigkeiten ausgeübt werden, falls vorhanden, unter Angabe des jeweiligen Mitgliedstaats, in dem sich diese Betriebsstätte befindet.

Ungeachtet des Absatzes 1 Nummern 1 und 2 ist der meldende Plattformbetreiber nicht verpflichtet, die in Absatz 1 Nummern 1 bis 5 sowie in Absatz 2 Nummern 2 bis 6 genannten Informationen zu erheben, sofern dieser sich zur Feststellung der Identität und der steuerlichen Ansässigkeit des Verkäufers auf eine direkte Bestätigung der Identität und der Ansässigkeit des Verkäufers durch einen von einem Mitgliedstaat oder der Europäischen Union bereitgestellten Identifizierungsdienst stützt.

Ungeachtet des Absatzes 1 Nummer 3 und Absatz 2 Nummern 3 und 5 ist der meldende Plattformbetreiber in folgenden Fällen nicht verpflichtet, die Steueridentifikationsnummer bzw. die Handelsregisternummer zu erheben:

1. der Ansässigkeitsmitgliedstaat des Verkäufers stellt dem Verkäufer keine Steueridentifikationsnummer oder Handelsregisternummer aus;
2. der Ansässigkeitsmitgliedstaat des Verkäufers verlangt keine Erhebung der Steueridentifikationsnummer, die dem Verkäufer ausgestellt wurde.

§3 - Der meldende Plattformbetreiber stellt anhand aller ihm in seinen Aufzeichnungen zur Verfügung stehenden Informationen und Unterlagen sowie einer von einem Mitgliedstaat oder der Union zur Überprüfung der Gültigkeit der Steueridentifikationsnummer und/oder der Mehrwertsteuer-Identifikationsnummer kostenlos zur Verfügung gestellten elektronischen Schnittstelle fest, ob die gemäß §1, §2 Nummer 1 und Nummer 2 Buchstaben a) bis e) und §5 erhobenen Informationen verlässlich sind.

Ungeachtet von Nummer 1 kann der meldende Plattformbetreiber für den Abschluss der Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten nach §6 Absatz 2 anhand von Informationen und Unterlagen, die dem meldenden Plattformbetreiber in seinen elektronisch durchsuchbaren Aufzeichnungen zur Verfügung stehen, feststellen, ob die gemäß §1, §2 Absatz 1 und Absatz 2 Nummern 1 bis 5 und §5 erhobenen Informationen verlässlich sind.

In Anwendung von §6 Absatz 3 Nummer 2 und ungeachtet des §3 Absätze 1 und 2 fordert der meldende Plattformbetreiber in Fällen, in denen er Grund zu der Annahme hat, dass in den §§2 oder 5 genannte Informationselemente aufgrund von Informationen, die die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats in einem Ersuchen über einen bestimmten Verkäufer übermittelt hat, möglicherweise fehlerhaft sind, den Verkäufer auf, die als fehlerhaft erachteten Informationselemente zu berichtigen und verlässliche, aus einer unabhängigen Quelle stammende Belege, Daten oder Informationen vorzulegen, wie etwa:

1. ein gültiges, von der Regierung ausgestelltes Identifikationsdokument;
2. eine Bescheinigung neueren Datums der steuerlichen Ansässigkeit.

§4 - Ein meldender Plattformbetreiber betrachtet einen Verkäufer als in dem Mitgliedstaat ansässig, in dem dieser seine Hauptanschrift hat. Ist der Mitgliedstaat der Hauptanschrift des Verkäufers nicht der Mitgliedstaat, der die Steueridentifikationsnummer ausgestellt hat, so betrachtet der meldende Plattformbetreiber den Verkäufer als auch in dem Mitgliedstaat ansässig, in dem dessen Steueridentifikationsnummer ausgestellt wurde. Hat der Verkäufer Informationen über eine bestehende Betriebsstätte gemäß §2 Absatz 2 Nummer 6 übermittelt, so betrachtet der meldende Plattformbetreiber diesen Verkäufer auch als in dem entsprechenden vom Verkäufer genannten Mitgliedstaat als ansässig.

Ungeachtet des Absatzes 1 betrachtet ein meldender Plattformbetreiber einen Verkäufer als in jedem Mitgliedstaat ansässig, der durch einen von einem Mitgliedstaat oder der Europäischen Union bereitgestellten elektronischen Identifizierungsdienst gemäß §2 Absatz 3 bestätigt wurde.

§5 - Übt ein Verkäufer eine relevante Tätigkeit im Zusammenhang mit der Vermietung von unbeweglichem Vermögen aus, so erhebt der meldende Plattformbetreiber die Anschrift jeder inserierten Immobilieneinheit und, sofern vorhanden, die jeweilige Grundbuchnummer oder eine gleichwertige Angabe nach dem nationalen Recht des Mitgliedstaats, in dem sie belegen ist. Hat ein meldender Plattformbetreiber mehr als 2.000 relevante Tätigkeiten durch eine inserierte Immobilieneinheit für denselben Verkäufer, bei dem es sich um einen Rechtsträger handelt, ermöglicht, so erhebt der meldende Plattformbetreiber Belege, Daten oder Informationen darüber, dass die inserierte Immobilieneinheit im Eigentum desselben Eigentümers stehen.

§6 - Ein meldender Plattformbetreiber hat die in den §§1 bis 5 festgelegten Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten bis zum 31. Dezember des Meldezeitraums abzuschließen.

Ungeachtet des Absatzes 1 müssen für Verkäufer, die am 1. Januar 2023 oder zu dem Zeitpunkt, zu dem ein Rechtsträger zum meldenden Plattformbetreiber wird, bereits auf der Plattform registriert waren, die in den §§1 bis 5 festgelegten Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten bis zum 31. Dezember des zweiten Meldezeitraums für den meldenden Plattformbetreiber abgeschlossen sein.

Ungeachtet des Absatzes 1 kann sich ein meldender Plattformbetreiber auf die im Zusammenhang mit früheren Meldezeitraum durchgeführten Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten stützen, sofern

1. die nach §2 Absätze 1 und 2 erforderlichen Informationen über den Verkäufer in den letzten 36 Monaten entweder erhoben und überprüft oder bestätigt wurden und
2. der meldende Plattformbetreiber keinen Grund zu der Annahme hat, dass die gemäß den §§1, 2 und 5 erhobenen Informationen unglaubwürdig oder unzutreffend sind bzw. geworden sind.

§7 - Ein meldender Plattformbetreiber kann sich dafür entscheiden, die Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten entsprechend den §§1 bis 6 nur in Bezug auf aktive Verkäufer abzuschließen.

§8 - Ein meldender Plattformbetreiber kann sich bei der Erfüllung der in diesem Artikel festgelegten Sorgfaltspflichten auf einen dritten Dienstleister stützen; die Pflichten verbleiben jedoch in der Verantwortung des meldenden Plattformbetreibers.

Erfüllt ein Plattformbetreiber die Sorgfaltspflichten für einen meldenden Plattformbetreiber in Bezug auf dieselbe Plattform gemäß §8 Nummer 1, so führt dieser Plattformbetreiber die Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten gemäß den in diesem Artikel festgelegten Bestimmungen durch. Die Sorgfaltspflichten verbleiben jedoch in der Verantwortung des meldenden Plattformbetreibers.

Art. 18 - Meldepflichten

§1 - Zeitpunkt und Art der Meldung der in Artikel 16 erwähnten Informationen erfolgen gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Paragraphen.

Ein meldender Plattformbetreiber im Sinne von Artikel 15 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe a) meldet der zuständigen Behörde des gemäß Artikel 15 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe a) bestimmten Mitgliedstaates die in §2 genannten Informationen in Bezug auf den Meldezeitraum spätestens am 31. Januar des Jahres, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem der Verkäufer als meldepflichtiger Verkäufer identifiziert wird. Existiert mehr als ein meldender Plattformbetreiber, so ist jeder dieser meldenden Plattformbetreiber von der Meldung der Informationen befreit, wenn er im Einklang mit dem nationalen Recht nachweisen kann, dass dieselben Informationen von einem anderen meldenden Plattformbetreiber gemeldet wurden.

Erfüllt ein meldender Plattformbetreiber im Sinne von Artikel 15 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe a) eine der dort aufgeführten Bedingungen in mehr als einem Mitgliedstaat, so wählt er einen dieser Mitgliedstaaten, in dem er die in diesem Artikel festgelegten Meldepflichten erfüllen wird. Ein solcher meldender Plattformbetreiber unterrichtet alle zuständigen Behörden dieser Mitgliedstaaten über seine Wahl und meldet der zuständigen

Behörde des festgelegten Mitgliedstaats seiner Wahl die in §2 aufgeführten Informationen in Bezug auf den Meldezeitraum spätestens am 31. Januar des Jahres, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem der Verkäufer als meldepflichtiger Verkäufer identifiziert wird. Existiert mehr als ein meldender Plattformbetreiber, so ist jeder dieser meldenden Plattformbetreiber von der Meldung der Informationen befreit, wenn er im Einklang mit dem nationalen Recht nachweisen kann, dass dieselben Informationen von einem anderen meldenden Plattformbetreiber in einem anderen Mitgliedstaat gemeldet wurden.

Ein meldender Plattformbetreiber im Sinne von Artikel 15 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe b) meldet der zuständigen Behörde des gemäß Artikel 16 §4 Nummer 1 festgelegten Mitgliedstaats, in dem die Registrierung erfolgt ist, die in §2 aufgeführten Informationen in Bezug auf den Meldezeitraum spätestens am 31. Januar des Jahres, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem der Verkäufer als meldepflichtiger Verkäufer identifiziert wird.

Ungeachtet des Absatzes 4 ist ein meldender Plattformbetreiber im Sinne von Artikel 15 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe b) nicht verpflichtet, die in §2 genannten Informationen in Bezug auf qualifizierte relevante Tätigkeiten zu übermitteln, die unter eine wirksame qualifizierende Vereinbarung zwischen zuständigen Behörden fallen, die bereits den automatischen Austausch gleichwertiger Informationen mit einem Mitgliedstaat über in jenem Mitgliedstaat ansässige meldepflichtige Verkäufer vorsieht.

Ein meldender Plattformbetreiber übermittelt auch dem betreffenden meldepflichtigen Verkäufer die in §2 Nummern 2 und 3 genannten Informationen spätestens am 31. Januar des Jahres, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem der Verkäufer als meldepflichtiger Verkäufer identifiziert wird

Die Informationen über die in einer Fiat-Währung gezahlte oder gutgeschriebene Vergütung sind in der Währung zu melden, in der diese gezahlt oder gutgeschrieben wurde. Wurde die Vergütung in einer anderen Form als der Fiat-Währung gezahlt oder gutgeschrieben, so ist sie in der Landeswährung zu melden und in einer Weise umzurechnen oder zu bewerten, die vom meldenden Plattformbetreiber einheitlich festgelegt wird.

Die Informationen über die Vergütung und andere Beträge sind für das Quartal des Meldezeitraums zu melden, in dem die Vergütung gezahlt oder gutgeschrieben wurde.

§2 - Jeder meldende Plattformbetreiber hat folgende Informationen zu melden:

1. Name, Anschrift des Sitzes, Steueridentifikationsnummer und gegebenenfalls die gemäß Artikel 16 §4 Nummer 3 erteilte individuelle Identifikationsnummer des meldenden Plattformbetreibers sowie die Geschäftsbezeichnung(en) der Plattform(en), über die der meldende Plattformbetreiber Meldung erstattet;

2. für jeden meldepflichtigen Verkäufer, der eine relevante Tätigkeit ausgeübt hat, ausgenommen die Vermietung von unbeweglichem Vermögen:

a) die Informationselemente, die gemäß Artikel 17 §2 zu erheben sind;

b) die Kennung des Finanzkontos, sofern der meldende Plattformbetreiber über diese Information verfügt und die zuständige Behörde des Mitgliedstaats, in dem der meldepflichtige Verkäufer im Sinne von Artikel 17 §4 ansässig ist, nicht öffentlich bekannt gegeben hat, dass sie die Kennung des Finanzkontos nicht für diesen Zweck zu verwenden beabsichtigt;

c) falls von der Bezeichnung des meldepflichtigen Verkäufers abweichend, zusätzlich zur Kennung des Finanzkontos den Namen des Inhabers des Finanzkontos, auf das die Vergütung eingezahlt oder auf dem sie gutgeschrieben wird, sofern der meldende Plattformbetreiber über diese Information verfügt, sowie alle sonstigen der Identifizierung dienenden finanziellen Informationen, über die der meldende Plattformbetreiber in Bezug auf diesen Kontoinhaber verfügt;

d) jeden Mitgliedstaat, in dem der meldepflichtige Verkäufer für die Zwecke dieses Dekrets ansässig ist, wobei die Ansässigkeit gemäß Artikel 17 §4 bestimmt wird;

e) die in jedem Quartal des Meldezeitraums insgesamt gezahlte oder gutgeschriebene Vergütung und die Zahl der relevanten Tätigkeiten, für die sie gezahlt oder gutgeschrieben wurde;

f) jegliche Gebühren, Provisionen oder Steuern, die in jedem Quartal des Meldezeitraums vom meldenden Plattformbetreiber einbehalten oder berechnet werden.

3. für jeden meldepflichtigen Verkäufer, der eine relevante Tätigkeit ausgeübt hat, welche die Vermietung von unbeweglichem Vermögen beinhaltet:

a) die Informationselemente, die gemäß Artikel 17 §2 zu erheben sind;

b) die Kennung des Finanzkontos, sofern der meldende Plattformbetreiber über diese Information verfügt und die zuständige Behörde des Mitgliedstaats, in dem der meldepflichtige Verkäufer im Sinne von Artikel 17 §4 ansässig ist, nicht öffentlich bekannt gegeben hat, dass sie die Kennung des Finanzkontos nicht für diesen Zweck zu verwenden beabsichtigt;

c) falls von der Bezeichnung des meldepflichtigen Verkäufers abweichend, zusätzlich zur Kennung des Finanzkontos den Namen des Inhabers des Finanzkontos, auf das die Vergütung eingezahlt oder auf dem sie gutgeschrieben wird, sofern der meldende Plattformbetreiber über diese Information verfügt, sowie alle sonstigen der Identifizierung dienenden finanziellen Informationen, über die der meldende Plattformbetreiber in Bezug auf den Kontoinhaber verfügt;

d) jeden Mitgliedstaat, in dem der meldepflichtige Verkäufer für die Zwecke dieses Dekrets ansässig ist, wobei die Ansässigkeit gemäß Artikel 17 §4 bestimmt wird;

e) Anschrift für jede inserierte Immobilieneinheit, die gemäß den in Artikel 17 §5 beschriebenen Verfahren bestimmt wird, und, sofern vorhanden, die jeweilige Grundbuchnummer oder eine gleichwertige Angabe nach dem nationalen Recht des Mitgliedstaats, in dem sie belegen ist;

f) die in jedem Quartal des Meldezeitraums insgesamt gezahlte oder gutgeschriebene Vergütung und die Zahl der relevanten Tätigkeiten, die in Bezug auf jede inserierte Immobilieneinheit erbracht wurden;

g) jegliche Gebühren, Provisionen oder Steuern, die in jedem Quartal des Meldezeitraums vom meldenden Plattformbetreiber einbehalten oder berechnet werden;

h) falls verfügbar, die Zahl der Tage, an denen jede inserierte Immobilieneinheit während des Meldezeitraums vermietet war, sowie die Art jeder inserierten Immobilieneinheit.

Abschnitt 3 - Spontaner Informationsaustausch

Art. 19 - Umfang und Voraussetzungen

Die zuständige Behörde übermittelt jeder anderen betroffenen ausländischen zuständigen Behörde die in Artikel 2 §1 Absatz 1 genannten Informationen in folgenden Fällen:

1. die zuständige Behörde hat Gründe für die Vermutung einer Steuerverkürzung in dem anderen Mitgliedstaat;

2. ein Steuerpflichtiger erhält eine Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die eine Steuererhöhung oder eine Besteuerung in dem anderen Mitgliedstaat zur Folge haben würde;

3. Geschäftsbeziehungen zwischen einem Steuerpflichtigen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und einem Steuerpflichtigen eines anderen Mitgliedstaats werden über ein Land oder mehrere weitere Länder in einer Weise geleitet, die in einem der beiden oder in beiden Mitgliedstaaten zur Steuerersparnis führen kann;

4. die zuständige Behörde hat Gründe für die Vermutung einer Steuerersparnis durch künstliche Gewinnverlagerungen innerhalb eines Konzerns;

5. im Zusammenhang mit Informationen, die von der ausländischen zuständigen Behörde übermittelt worden sind, ist ein Sachverhalt ermittelt worden, der für die Steuerfestsetzung in dem anderen Mitgliedstaat erheblich sein könnte.

Die zuständige Behörde kann den ausländischen zuständigen Behörden im Wege des spontanen Informationsaustauschs alle Informationen, von denen sie Kenntnis hat und die für die ausländischen zuständigen Behörden von Nutzen sein können, übermitteln.

Die zuständige Behörde, für die die in Absatz 1 genannten Informationen verfügbar werden, übermittelt diese Informationen so schnell wie möglich jeder anderen betroffenen ausländischen zuständigen Behörde, spätestens jedoch einen Monat, nachdem sie verfügbar geworden sind.

Art. 20 - Empfangsbestätigung

Die zuständige Behörde, der Informationen nach Maßgabe des Artikels 19 übermittelt werden, bestätigt der ausländischen Behörde, die die Informationen übermittelt hat, unverzüglich, spätestens jedoch sieben Arbeitstage nach Eingang der Informationen, möglichst auf elektronischem Weg den Erhalt der Informationen.

KAPITEL 3 - SONSTIGE FORMEN DER VERWALTUNGSZUSAMMENARBEIT

Abschnitt 1 - Anwesenheit in den Amtsräumen von Behörden und Teilnahme an behördlichen Ermittlungen

Art. 21 - Zuständige Behörde

Zum Zweck des Informationsaustauschs gemäß Artikel 2 §1 Absatz 1 kann die zuständige Behörde eine ausländische Behörde darum ersuchen, dass von ersterer zuständige Bedienstete unter den von letzterer festgelegten Verfahrensregelungen:

1. in den Amtsräumen zugegen sein dürfen, in denen die Verwaltungsbehörden des ersuchten Mitgliedstaats ihre Tätigkeit ausüben;
2. bei den behördlichen Ermittlungen zugegen sein dürfen, die im Hoheitsgebiet des ersuchten Mitgliedstaats durchgeführt werden;
3. sofern angezeigt mittels elektronischer Kommunikationsmittel an den vom ersuchten Mitgliedstaat durchgeführten behördlichen Ermittlungen teilnehmen dürfen.

Die ersuchte Behörde beantwortet ein Ersuchen gemäß Absatz 1 binnen 60 Tagen nach Erhalt des Ersuchens, um entweder ihr Einverständnis zu bestätigen oder der ersuchenden Behörde ihre begründete Ablehnung mitzuteilen.

Art. 22 - Ausländische Behörde

§1 - Zum Zweck des Informationsaustauschs gemäß Artikel 2 §1 Absatz 1 kann eine ausländische Behörde die zuständige Behörde darum ersuchen, dass von ersterer zuständige Bedienstete unter den von letzterer festgelegten Verfahrensregelungen:

1. in den Amtsräumen zugegen sein dürfen, in denen die Verwaltungsbehörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft ihre Tätigkeit ausüben;
2. bei den behördlichen Ermittlungen zugegen sein dürfen, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchgeführt werden;
3. sofern angezeigt mittels elektronischer Kommunikationsmittel an den von der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchgeführten behördlichen Ermittlungen teilnehmen dürfen.

Die zuständige Behörde beantwortet ein Ersuchen gemäß Absatz 1 binnen 60 Tagen nach Erhalt des Ersuchens, um entweder ihr Einverständnis zu bestätigen oder der ausländischen Behörde ihre begründete Ablehnung mitzuteilen.

Sind die erbetenen Informationen in Unterlagen enthalten, zu denen die Bediensteten der zuständigen Behörde Zugang haben, so werden den Bediensteten der ausländischen Behörde Kopien dieser Unterlagen ausgehändigt.

§2 - Sind Bedienstete der ausländischen Behörde bei behördlichen Ermittlungen zugegen oder nehmen sie über elektronische Kommunikationsmittel an den behördlichen Ermittlungen teil, so dürfen sie nicht Einzelpersonen befragen und Aufzeichnungen prüfen.

§3 - Zuständige Bedienstete der ersuchenden Behörde müssen jederzeit eine schriftliche Vollmacht vorlegen können, aus der ihre Identität und dienstliche Stellung hervorgehen.

Abschnitt 2 - Prüfungen

Art. 23 - Gleichzeitige Prüfungen

§1 - Vereinbaren die Deutschsprachige Gemeinschaft und ein oder mehrere Mitgliedstaat(en), jeweils in ihrem Hoheitsgebiet gleichzeitige Prüfungen einer oder mehrerer Person(en) von gemeinsamem oder ergänzendem Interesse durchzuführen, um die dabei erlangten Informationen auszutauschen, findet §2 Anwendung.

§2 - Die zuständige Behörde bestimmt selbst, welche Personen sie für eine gleichzeitige Prüfung vorschlagen will. Sie unterrichtet die ausländischen Behörden der betroffenen Mitgliedstaaten über die Fälle, für die sie eine gleichzeitige Prüfung vorschlägt, und begründet ihre Wahl. Sie gibt an, in welchem Zeitraum derartige Prüfungen durchgeführt werden sollen.

Wird der zuständigen Behörde eine gleichzeitige Prüfung vorgeschlagen, entscheidet sie, ob sie daran teilnehmen will. Binnen 60 Tagen nach Erhalt des Vorschlags bestätigt sie der ausländischen Behörde, die eine gleichzeitige Prüfung vorgeschlagen hat, ihr Einverständnis oder teilt ihre begründete Ablehnung mit.

Die zuständige Behörde benennt einen für die Beaufsichtigung und die Koordinierung der Prüfung verantwortlichen Vertreter.

Art. 24 - Gemeinsame Prüfungen

§1 - Eine ausländische Behörde kann die zuständige Behörde ersuchen, eine gemeinsame Prüfung durchzuführen. Die zuständige Behörde beantwortet das Ersuchen um eine gemeinsame Prüfung innerhalb von 60 Tagen nach dessen Erhalt. Die zuständige Behörde kann das Ersuchen der ausländischen Behörde um eine gemeinsame Prüfung in begründeten Fällen ablehnen.

Die zuständige Behörde kann eine oder mehrere ausländische Behörden ersuchen, eine gemeinsame Prüfung durchzuführen.

§2 - Die in §1 erwähnten gemeinsamen Prüfungen werden von den ersuchenden und ersuchten zuständigen Behörden in zuvor vereinbarter und koordinierter Weise, einschließlich der Sprachenregelung, und im Einklang mit den Rechts- und Verfahrensvorschriften des

Mitgliedstaats, in dem die gemeinsamen Prüfungstätigkeiten stattfinden, durchgeführt. Finden die gemeinsamen Prüfungstätigkeiten auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft statt, benennt die zuständige Behörde einen Vertreter, der für die Beaufsichtigung und Koordinierung der gemeinsamen Prüfung zuständig ist.

Finden die gemeinsamen Prüfungstätigkeiten auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft statt, werden die Rechte und Pflichten der an der gemeinsamen Prüfung teilnehmenden Bediensteten der Mitgliedstaaten - sofern diese bei Tätigkeiten auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft zugegen sind - nach dem Recht der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgelegt. Die Bediensteten eines anderen Mitgliedstaats befolgen die Rechtsvorschriften der Deutschsprachigen Gemeinschaft, sie üben dabei jedoch keine Befugnisse aus, die über die Befugnisse hinausgehen würden, die ihnen nach dem Recht ihres Mitgliedstaats zustehen.

§3 - Unbeschadet des §2 gelten folgende Maßnahmen, wenn die gemeinsamen Prüfungstätigkeiten auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft stattfinden:

1. Bedienstete aus anderen Mitgliedstaaten, die an den gemeinsamen Prüfungstätigkeiten teilnehmen, können zusammen mit den Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft und unter Einhaltung der von der zuständigen Behörde festgelegten Verfahrensregelungen Einzelpersonen befragen und Aufzeichnungen prüfen;
2. die bei diesen gemeinsamen Prüfungstätigkeiten gesammelten Beweise können, auch hinsichtlich ihrer Zulässigkeit, unter den gleichen rechtlichen Bedingungen bewertet werden wie im Fall einer auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchgeführten Prüfung, an der nur die Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft teilnehmen; dies gilt auch während jeglichen Beschwerde-, Revisions- oder Einspruchsverfahren; und
3. der Betroffene verfügt über dieselben Rechte und hat dieselben Pflichten wie im Fall einer Prüfung, an der nur die Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft teilnehmen; dies gilt auch während jeglichen Beschwerde-, Revisions- oder Einspruchsverfahren.

§4 - Führen die zuständigen Behörden von zwei oder mehr Mitgliedstaaten eine gemeinsame Prüfung durch, so bemühen sie sich, sich auf den Sachverhalt und die Umstände, die für die gemeinsame Prüfung relevant sind, zu einigen und auf der Grundlage der Ergebnisse der gemeinsamen Prüfung zu einer Einigung über den steuerlichen Status der geprüften Person(en) zu gelangen. Die Feststellungen der gemeinsamen Prüfung sind in einem Prüfungsbericht darzulegen. Fragen, in denen sich die zuständigen Behörden einig sind, sind im Prüfungsbericht wiedergegeben und werden in den einschlägigen Instrumenten berücksichtigt, die von den zuständigen Behörden der teilnehmenden Mitgliedstaaten im Anschluss an diese gemeinsame Prüfung ausgestellt werden.

Vorbehaltlich des Absatzes 1 unterliegen Maßnahmen der zuständigen Behörde eines Mitgliedstaats oder seiner Bediensteten im Anschluss an eine gemeinsame Prüfung sowie alle weiteren Verfahren, die in jenem Mitgliedstaat stattfinden, wie etwa eine Entscheidung der Steuerbehörden sowie ein damit zusammenhängendes Einspruchs- oder Vergleichsverfahren, dem nationalen Recht jenes Mitgliedstaats.

§5 - Die geprüfte Person oder geprüften Personen werden über das Ergebnis der gemeinsamen Prüfung unterrichtet, wozu auch eine Kopie des Prüfungsberichts gehört, die innerhalb von 60 Tagen nach seiner Erstellung übermittelt wird.

Abschnitt 3 - Zustellung durch die Verwaltung

Art. 25 - Zuständige Behörde

Die zuständige Behörde kann eine ausländische Behörde ersuchen, dem Adressaten alle Akte und Entscheidungen von Verwaltungsbehörden der zuständigen Behörde zuzustellen, die mit der Anwendung der Rechtsvorschriften über die in Artikel 3 genannten Steuern in dessen Hoheitsgebiet zusammenhängen. Diese Zustellung erfolgt nach Maßgabe der Rechtsvorschriften für die Zustellung entsprechender Akte im ersuchten Mitgliedstaat.

Das Zustellungsersuchen enthält Angaben über den Gegenstand des zuzustellenden Akts oder der zuzustellenden Entscheidung sowie Namen und Anschrift des Adressaten und alle weiteren Informationen, die die Identifizierung des Adressaten erleichtern können.

Die zuständige Behörde stellt nur dann ein Zustellungsersuchen nach diesem Artikel, wenn sie nicht in der Lage ist, die Zustellung nach Maßgabe der Rechtsvorschriften der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Zustellung der betreffenden Akte vorzunehmen, oder wenn die Zustellung unverhältnismäßige Schwierigkeiten aufwerfen würde. Die zuständige Behörde kann einer Person im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats jedes Dokument per Einschreiben oder auf elektronischem Weg direkt zustellen.

Art. 26 - Ausländische Behörde

Auf Antrag einer ausländischen Behörde übermittelt die zuständige Behörde nach Maßgabe der Rechtsvorschriften der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Zustellung entsprechender Akte dem Adressaten alle Akte und Entscheidungen von Verwaltungsbehörden des ersuchenden Mitgliedstaats, die mit der Anwendung der Rechtsvorschriften über die in Artikel 3 genannten Steuern in dessen Hoheitsgebiet zusammenhängen.

Die zuständige Behörde teilt der ersuchenden Behörde unverzüglich mit, was aufgrund des Zustellungsersuchens veranlasst wurde, und insbesondere, an welchem Tag der Akt oder die Entscheidung dem Adressaten zugestellt wurde.

Abschnitt 4 - Rückmeldungen

Art. 27 - Zuständige Behörde

Übermittelt eine ausländische Behörde Informationen gemäß Artikel 8 oder 19, so kann sie die zuständige Behörde, die die Informationen erhält, um eine Rückmeldung dazu bitten. Wird um eine Rückmeldung gebeten, so übermittelt die zuständige Behörde, unbeschadet der geltenden Vorschriften zum Schutz des Steuergeheimnisses und zum Datenschutz der ausländischen Behörde die Rückmeldung sobald wie möglich und spätestens drei Monate nach Bekanntwerden des Ergebnisses der Verwendung der erbetenen Informationen.

Die zuständige Behörde übermittelt den anderen betroffenen Mitgliedstaaten einmal jährlich nach bilateral vereinbarten praktischen Regelungen eine Rückmeldung zum automatischen Informationsaustausch.

Art. 28 - Ausländische Behörde

Übermittelt die zuständige Behörde Informationen gemäß Artikel 9 oder 19, so kann sie die ausländische Behörde, die die Informationen erhält, um eine Rückmeldung dazu bitten.

KAPITEL 4 - BEDINGUNGEN FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT DER VERWALTUNGSBEHÖRDEN

Abschnitt 1 - Weitergabe von Informationen und Schriftstücken

Art. 29 - Zuständige Behörde

§1 - Die Informationen, über die die zuständige Behörde aufgrund dieses Dekrets verfügt, unterliegen der Geheimhaltungspflicht und genießen den Schutz, den Artikel 337 des Einkommenssteuergesetzbuches 1992 für vergleichbare Informationen gewährt.

§2 - Die Informationen können verwendet werden:

1. zur Bewertung, Anwendung und Durchsetzung des Rechts der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die in Artikel 3 genannten Steuern sowie die Mehrwertsteuer und andere indirekte Steuern;

2. zur Festsetzung und Beitreibung anderer Steuern und Abgaben gemäß Artikel 2 der Richtlinie 2010/24/EU oder zur Festsetzung und Einziehung von Pflichtbeiträgen zu Sozialversicherungen;

3. im Zusammenhang mit Gerichts- und Verwaltungsverfahren, die Sanktionen wegen Nichtbeachtung des Steuerrechts zur Folge haben können, und zwar unbeschadet der allgemeinen Regelungen und Vorschriften über die Rechte der Beklagten und Zeugen in solchen Verfahren.

Mit Zustimmung der ausländischen Behörde, die im Rahmen dieses Dekrets Informationen übermittelt, und nur insoweit, als dies nach dem Recht der Deutschsprachigen Gemeinschaft zulässig ist, können die erhaltenen Informationen und Schriftstücke für andere als in Absatz 1 genannte Zwecke verwendet werden. Die Informationen dürfen auch durch die zuständige Behörde verwendet werden, wenn sie in dem Mitgliedstaat der ausländischen Behörde für ähnliche Zwecke verwendet werden können.

Die ausländischen Behörden können der zuständigen Behörden eine Liste der anderen als in Absatz 1 genannten Zwecke, für die Informationen und Schriftstücke gemäß ihrem nationalen Recht verwendet werden dürfen, übermitteln. Die zuständige Behörde, die Informationen und Schriftstücke erhält, darf die erhaltenen Informationen und Schriftstücke für die von der ausländischen Behörde aufgelisteten Zwecke ohne die in Absatz 2 genannte Zustimmung verwenden.

§3 - Ist die zuständige Behörde der Ansicht, dass Informationen, die sie von der ausländischen Behörde erhalten hat, für die ausländische Behörde eines dritten Mitgliedstaats für die in §2 Absatz 1 genannten Zwecke von Nutzen sein könnten, kann sie diese Informationen der ausländischen zuständigen Behörde des dritten Mitgliedstaats unter der Voraussetzung weitergeben, dass diese Weitergabe im Einklang mit den in diesem Dekret festgelegten Regeln und Verfahren erfolgt. Sie teilt der ausländischen zuständigen Behörde des Mitgliedstaats, von dem die Informationen stammen, ihre Absicht mit, die Informationen einem dritten Mitgliedstaat weiterzugeben. Die ausländische zuständige Behörde des Mitgliedstaats, von dem die Informationen stammen, kann innerhalb von zehn Arbeitstagen nach Eingang der Mitteilung über die beabsichtigte Weitergabe mitteilen, dass sie dieser Weitergabe der Informationen nicht zustimmt.

§4 - Informationen, Berichte, Bescheinigungen und andere Schriftstücke oder beglaubigte Kopien von Schriftstücken oder Auszüge daraus, die die ersuchte Behörde erhalten und der zuständigen Behörde im Einklang mit diesem Dekret übermittelt hat, werden von der zuständigen Behörde in gleicher Weise als Beweismittel verwendet wie entsprechende Informationen, Berichte, Bescheinigungen und andere Schriftstücke einer anderen belgischen Behörde.

Art. 30 - Ausländische Behörde

Die zuständige Behörde kann der Verwendung der Informationen und Schriftstücke gemäß diesem Dekret in dem Mitgliedstaat, der sie empfängt, für andere als in Artikel 29 §2 Absatz 1 genannte Zwecke zustimmen. Diese Zustimmung wird erteilt, wenn die Informationen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft für ähnliche Zwecke verwendet werden können.

Teilt eine ausländische Behörde ihre Absicht mit, Informationen, die sie von der zuständigen Behörde erhalten hat, einem dritten Mitgliedstaat weiterzugeben, weil sie für diesen Mitgliedstaat für die in Artikel 29 §2 Absatz 1 genannten Zwecke von Nutzen sein könnten, kann die zuständige Behörde der Weitergabe der Informationen durch die ausländische Behörde an den dritten Mitgliedstaat zustimmen. Stimmt die zuständige Behörde der Weitergabe der Informationen nicht zu, teilt sie dies innerhalb von zehn Arbeitstagen nach Eingang der Mitteilung über die beabsichtigte Weitergabe mit.

Die zuständige Behörde kann ferner zustimmen, dass Informationen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die gemäß Absatz 2 durch eine ausländische Behörde an eine ausländische Behörde eines dritten Mitgliedstaates weitergegeben werden, im dritten Mitgliedstaat für andere als die in Artikel 29 §2 Absatz 1 genannten Zwecke verwendet werden können.

Abschnitt 2 - Beschränkungen, Ablehnungen und Pflichten

Art. 31 - Beschränkungen

Ehe die zuständige Behörde um die in Artikel 8 genannten Informationen ersucht, bemüht sie sich zunächst, die Informationen aus allen üblichen Informationsquellen auszuschöpfen, die sie unter den gegebenen Umständen zur Erlangung der erbetenen Informationen genutzt haben könnte, ohne die Erreichung ihres Ziels zu gefährden.

Art. 32 - Ablehnungen

Die zuständige Behörde ist nicht zu Ermittlungen oder zur Übermittlung von Informationen verpflichtet, wenn die Durchführung solcher Ermittlungen bzw. die Beschaffung der betreffenden Informationen für eigene Zwecke mit den Rechtsvorschriften der Deutschsprachigen Gemeinschaft unvereinbar wäre.

In folgenden Fällen kann die zuständige Behörde die Übermittlung von Informationen ablehnen:

1. wenn die ersuchende Behörde aus rechtlichen Gründen nicht zur Übermittlung entsprechender Informationen in der Lage ist;
2. wenn sie zur Preisgabe eines Handels-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnisses oder eines Geschäftsverfahrens führen würde;
3. wenn die Preisgabe der betreffenden Information die öffentliche Ordnung verletzen würde.

Die zuständige Behörde teilt der ersuchenden Behörde die Gründe mit, aus denen ein Auskunftersuchen abgelehnt wurde.

Art. 33 - Pflichten

Die zuständige Behörde trifft die ihr zur Beschaffung von Informationen zur Verfügung stehenden Maßnahmen, um sich die erbetenen Informationen zu verschaffen, auch wenn sie solche Informationen möglicherweise nicht für eigene Steuerzwecke benötigt. Diese

Verpflichtung gilt unbeschadet des Artikels 32 Absätze 1 und 2, der jedoch nicht so ausgelegt werden kann, dass sich die zuständige Behörde darauf berufen kann, um die Bereitstellung der Informationen allein deshalb abzulehnen, weil sie kein eigenes Interesse daran hat.

Artikel 32 Absätze 1 und 2 Nummern 2 und 3 ist in keinem Fall so auszulegen, dass die zuständige Behörde die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil die Informationen sich bei einer Bank, einem sonstigen Finanzinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder sich auf Eigentumsanteile an einer Person beziehen.

Ungeachtet des Absatzes 2 kann die zuständige Behörde die Übermittlung der erbetenen Informationen verweigern, wenn diese Informationen vor dem 1. Januar 2011 liegende Besteuerungszeiträume betreffen und wenn die Übermittlung dieser Informationen auf der Grundlage des Artikels 8 Absatz 1 der Richtlinie 77/799/EWG hätte verweigert werden können, falls vor dem 11. März 2011 um sie ersucht worden wäre.

Abschnitt 3 - Umfassendere Zusammenarbeit

Art. 34 - Ausdehnung

Geht die Deutschsprachige Gemeinschaft mit einem Drittland eine umfassendere Zusammenarbeit als in diesem Dekret vorgesehen ein, so kann sie es nicht ablehnen, mit anderen Mitgliedstaaten, die dies wünschen, eine solche umfassendere gegenseitige Zusammenarbeit einzugehen.

Abschnitt 4 - Standardformblätter, elektronische Formate und CCN-Netz

Art. 35 - Standardformblätter und elektronische Formate

§1 - Ersuchen um Informationen und behördliche Ermittlungen gemäß Artikel 8 sowie die entsprechenden Antworten, Empfangsbestätigungen, Ersuchen um zusätzliche Hintergrundinformationen und Mitteilungen über das Unvermögen zur oder die Ablehnung der Erfüllung des Ersuchens gemäß Artikel 11 werden soweit möglich mit Hilfe eines durch die Europäische Kommission angenommenen Standardformblatts übermittelt.

Dem Standardformblatt können Berichte, Bescheinigungen und andere Schriftstücke oder beglaubigte Kopien von Schriftstücken oder Auszüge daraus beigelegt werden.

§2 - Das Standardformblatt nach §1 beinhaltet zumindest die folgenden Informationen, die von der ersuchenden Behörde zu übermitteln sind:

1. die Bezeichnung der Person, der die Untersuchung oder Ermittlung gilt, und im Falle von Gruppenersuchen gemäß Artikel 10 §3 eine ausführliche Beschreibung der Gruppe;
2. der steuerliche Zweck, zu dem die Informationen beantragt werden.

Die ersuchende Behörde kann, soweit bekannt und im Einklang mit den Entwicklungen auf internationaler Ebene, Name und Anschrift jeder Person, von der angenommen wird, dass sie über die gewünschten Informationen verfügt, wie auch jede Angabe übermitteln, welche die Beschaffung von Informationen durch die ersuchte Behörde erleichtern könnte.

§3 - Der spontane Informationsaustausch und seine Bestätigung gemäß Artikel 19 und 20, Zustellungsersuchen gemäß Artikel 25 und 26, Rückmeldungen gemäß Artikel 27 und 28 sowie Übermittlungen gemäß Artikel 29 §2 Absätze 2 und 3 sowie §3 und Artikel 37

Absatz 2 erfolgen mit Hilfe des von der Europäischen Kommission angenommenen Standardformblatts.

§4 - Der automatische Informationsaustausch gemäß Artikel 12 und 16 erfolgt über ein von der Europäischen Kommission angenommenes elektronisches Standardformat.

Art. 36 - Praktische Regelungen

Die Informationsübermittlung im Rahmen dieses Dekrets erfolgt soweit möglich auf elektronischem Wege mit Hilfe des CCN-Netzes.

Die zuständige Behörde unterrichtet jede natürliche meldepflichtige Person über eine Sicherheitsverletzung in Bezug auf ihre Daten, wenn durch diese Verletzung eine Beeinträchtigung des Schutzes ihrer personenbezogenen Daten oder ihrer Privatsphäre zu erwarten ist.

Ersuchen um Zusammenarbeit, einschließlich Zustellungersuchen, und beigelegte Schriftstücke können in den Sprachen abgefasst werden, die zwischen der ersuchten und der ersuchenden Behörde vereinbart wurden. Solchen Ersuchen wird eine Übersetzung in eine der Amtssprachen Belgiens nur in besonderen Fällen beigelegt, wenn die ersuchte Behörde die Anforderung einer solchen Übersetzung begründet.

KAPITEL 5 - BEZIEHUNGEN ZU DRITTLÄNDERN

Art. 37 - Beziehungen zu Drittländern

Erhält die zuständige Behörde von einem Drittland Informationen, die für die Anwendung und Durchsetzung der Rechtsvorschriften der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die in Artikel 3 genannten Steuern voraussichtlich erheblich sind, kann diese Behörde diese Informationen, sofern dies aufgrund einer Vereinbarung mit dem betreffenden Drittland zulässig ist, den ausländischen Behörden, für die diese Informationen von Nutzen sein könnten, und allen ersuchenden Behörden zur Verfügung stellen.

Die zuständige Behörde kann, im Einklang mit den geltenden Vorschriften zum Datenschutz, die im Einklang mit diesem Dekret erhaltenen Informationen an ein Drittland weitergeben, sofern alle folgenden Bedingungen erfüllt sind:

1. Die ausländische zuständige Behörde des Mitgliedstaats, von dem die Informationen stammen, ist mit der Übermittlung einverstanden.
2. Das betroffene Drittland hat sich zu der Zusammenarbeit verpflichtet, die für den Nachweis der Unregelmäßigkeit oder der Rechtswidrigkeit von mutmaßlich gegen die Steuervorschriften verstoßenden oder ihnen zuwiderlaufenden Transaktionen erforderlich ist.

KAPITEL 6 - VERTRAULICHKEIT UND DATENSCHUTZ

Art. 38 - Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die zuständige Behörde und andere Personen, die an der Ausführung dieses Dekrets beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 39 - Verarbeitung personenbezogener Daten

§1 - Jeder Informationsaustausch gemäß diesem Dekret unterliegt der Datenschutz-Grundverordnung.

§2 - Die Intermediäre, die meldenden Plattformbetreiber und die zuständige Behörde sind für die erwähnte Verarbeitung personenbezogener Daten verantwortlich, wenn sie allein oder gemeinsam über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung personenbezogener Daten im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung entscheiden.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.

Art. 40 - Datenkategorien

§1 - Intermediäre, meldende Plattformbetreiber und die zuständige Behörde dürfen Daten folgender Kategorien gemäß Artikel 39 verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben, darunter die Nationalregisternummer, die Erkennungsnummer der Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit oder andere Identifizierungsnummern, wie etwa die Steuernummer;
2. Daten zur Haushaltszusammensetzung.

Die Regierung kann die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien präzisieren.

§2 - Im Rahmen von Artikel 14 ist der Verarbeitungszweck der Austausch dieser Daten zwischen den Mitgliedstaaten, um unter anderem den Steuerbehörden einen frühzeitigen Einblick in potenziell aggressive Steuerplanungen und die Erkennung von steuerlichen Risiken bestimmter Fälle zu ermöglichen sowie eine steuerrechtliche abschreckende Wirkung in Bezug auf die Nachlassplanung zu schaffen.

Im Rahmen der Bestimmungen dieses Dekrets mit Ausnahme von Artikel 14 ist der Verarbeitungszweck der Austausch dieser Daten zwischen den Mitgliedstaaten, unter anderem um gesetzlichen Aufgaben der Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die Erhebung, Ermittlungen, Kontrollen, Festsetzung, Beitreibung und Streitsachen im Zusammenhang mit der im Bereich der Steuern zu erfüllen. Dies erfolgt im öffentlichen Interesse mit den Zielen der Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerflucht, der Sicherung der Steuereinnahmen und der Förderung einer gerechten Besteuerung.

§3 - Die Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Bediensteten ordnungsgemäß ermächtigter Dritter greifen nur insoweit auf Akten, Daten und Anwendungen zu, als dieser Zugang angemessen, relevant und verhältnismäßig ist im Hinblick auf die Erfüllung der Aufgaben, die ihnen im Rahmen der in §2 genannten gesetzlichen Verarbeitungszwecke übertragen wurden.

§4 - Ungeachtet des Artikels 39 §1 sorgt jeder Intermediär oder jeder meldende Plattformbetreiber auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft dafür, dass:

1. jede betroffene Einzelperson davon in Kenntnis gesetzt wird, dass Informationen in Bezug auf ihre Person im Einklang mit diesem Dekret erhoben und weitergeleitet werden, und
2. alle Informationen, auf die sie seitens des Datenverantwortlichen Anspruch hat, so rechtzeitig zur Verfügung gestellt wird, dass sie ihre Datenschutzrechte wahrnehmen kann, und in jedem Fall, bevor die Information gemeldet wird.

Ungeachtet des Absatzes 1 Nummer 2 setzen die meldenden Plattformbetreiber meldepflichtige Verkäufer über die gemeldete Vergütung in Kenntnis.

Art. 41 - Dauer der Datenverarbeitung

Die in Artikel 40 erwähnten Daten werden unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, in einer Form aufbewahrt, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht, nicht länger, als es für die Zwecke, für die sie erhoben werden, erforderlich ist.

Die maximale Aufbewahrungsdauer überschreitet nicht ein Jahr nach der Verjährung aller Klagen, die in die Zuständigkeit des für die Verarbeitung Verantwortlichen fallen und gegebenenfalls nach der endgültigen Einstellung von verwaltungsrechtlichen, gerichtlichen und sonstigen Verfahren und Rechtsbehelfen außergerichtlichen Verfahren, die sich aus der Verarbeitung dieser Daten ergeben, sowie der vollständigen Zahlung sämtlicher der damit verbundenen Beträge.

Art. 42 - Einschränkung des Anwendungsbereichs - Recht auf Information

§1 - Abweichend von Artikel 39 §1 und Artikeln 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung kann das Recht auf Information in Bezug auf die Verarbeitung von personenbezogenen Daten verzögert, eingeschränkt oder ausgeschlossen werden, wenn es sich um Daten handelt, für die die Deutschsprachige Gemeinschaft der für die Verarbeitung Verantwortliche ist, und sofern Artikel 14 Absatz 5 Buchstabe d) der Datenschutz-Grundverordnung konkreten Fall nicht geltend gemacht werden kann.

Die in Absatz 1 genannten Verarbeitungen sind solche, deren Zweck die Vorbereitung, die Organisation, die Verwaltung und die Nachverfolgung von Ermittlungen ist, die von den zuständigen Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchgeführt werden, einschließlich der Verfahren zur eventuellen Verhängung einer administrativen Geldbuße oder einer Verwaltungsstrafe.

§2 - Diese Ausnahmen gelten für den Zeitraum, in dem die betreffende Person Gegenstand einer Kontrolle, einer Untersuchung oder von Handlungen zur Vorbereitung einer solchen durch die Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist, die im Rahmen der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben durchgeführt werden, sowie für den Zeitraum, in dem von diesen Bediensteten stammende Unterlagen verarbeitet werden, um die entsprechenden Verfolgungsmaßnahmen zu ergreifen.

Diese Ausnahmen gelten insoweit, als die Anwendung dieses Rechts den Erfordernissen der Kontrolle, der Untersuchung oder der vorbereitenden Handlungen beeinträchtigen oder das Geheimnis der strafrechtlichen Untersuchung oder die Sicherheit von Personen verletzen würde.

Die Dauer der in Absatz 2 genannten vorbereitenden Handlungen, während derer die Artikel 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung nicht anwendbar sind, darf nicht länger als ein Jahr ab dem Zeitpunkt des Eingangs eines Antrags auf Bereitstellung von Informationen gemäß den genannten Artikeln 13 und 14 betragen.

Die in §1 Absatz 1 genannte Einschränkung bezieht sich nicht auf Daten, die nicht Gegenstand der Untersuchung oder Kontrolle sind, die die Verweigerung oder Einschränkung der Information rechtfertigt.

§3 - Nach Erhalt eines Antrags auf Bereitstellung von Informationen gemäß in §2 Absatz 3 bestätigt der Datenschutzbeauftragte des für die Verarbeitung Verantwortlichen diesen Empfang.

Der Datenschutzbeauftragte des für die Verarbeitung Verantwortlichen unterrichtet die Person umgehend, auf jeden Fall aber innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags, in schriftlicher Form über jede Verweigerung oder Einschränkung der Informationen sowie über die Gründe für die Verweigerung oder Einschränkung. Diese Informationen über die Verweigerung oder Einschränkung können nicht erteilt werden, wenn ihre Mitteilung einen der in §1 Absatz 2 genannten Verarbeitungszwecke beeinträchtigt könnte. Erforderlichenfalls kann diese Frist um zwei Monate verlängert werden, je nach Komplexität und Anzahl der Anträge. Der für die Verarbeitung Verantwortliche informiert die betroffene Person über diese Verlängerung und ihre Gründe innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags.

Der Datenschutzbeauftragte des für die Verarbeitung Verantwortlichen informiert die Person über die Möglichkeiten, bei der Datenschutzbehörde eine Beschwerde einzureichen und einen gerichtlichen Rechtsbehelf einzulegen.

Der Datenschutzbeauftragte des für die Verarbeitung Verantwortlichen hält die sachlichen oder rechtlichen Gründe fest, auf die sich die Entscheidung stützt. Diese Informationen werden der Datenschutzbehörde zur Verfügung gestellt.

Wenn die Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft von der in §1 Absatz 1 erwähnten Ausnahme Gebrauch gemacht haben, und mit Ausnahme der in den Absätzen 6 und 7 genannten Fälle, wird die Ausnahme unmittelbar nach Abschluss der Kontrolle oder der Untersuchung aufgehoben. Der Datenschutzbeauftragte des für die Verarbeitung Verantwortlichen setzt die betroffene Person unverzüglich davon in Kenntnis.

Wenn eine Akte an die Justizbehörden weitergeleitet wird, werden die Rechte der betroffenen Person erst nach Genehmigung durch die Justizbehörden oder nach Abschluss des Gerichtsverfahrens und gegebenenfalls, nachdem die zuständige Stelle eine Entscheidung getroffen hat, wiederhergestellt. Jedoch werden die Informationen, die bei der Erfüllung der von den Justizbehörden vorgeschriebenen Pflichten erhoben wurden, nur mit ausdrücklicher Genehmigung derselben mitgeteilt.

Wenn eine Akte an einen anderen Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder an die Stelle, die für die Entscheidung über die Ergebnisse der Untersuchung zuständig ist, weitergeleitet wird, werden die Rechte der betroffenen Person erst dann wiederhergestellt, wenn dieser Bedienstete oder die zuständige Stelle über das Ergebnis der Untersuchung entschieden hat.

Art. 43 - Einschränkung des Anwendungsbereichs - Recht auf Zugang

§1 - Abweichend von Artikel 39 §1 und Artikel 15 der Datenschutz-Grundverordnung kann das Recht auf Zugang zu personenbezogenen Daten verzögert oder ganz oder teilweise eingeschränkt werden, wenn es um die Verarbeitung personenbezogener Daten geht, für die die Deutschsprachige Gemeinschaft der für die Verarbeitung Verantwortliche ist.

Die in Absatz 1 genannten Verarbeitungen sind solche, deren Zweck die Vorbereitung, die Organisation, die Verwaltung und die Nachverfolgung von Ermittlungen ist, die von den zuständigen Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchgeführt werden, einschließlich der Verfahren zur möglichen Verhängung einer administrativen Geldbuße oder einer Verwaltungsstrafe.

§2 - Diese Ausnahmen gelten für den Zeitraum, in dem die betreffende Person Gegenstand einer Kontrolle, einer Untersuchung oder von Handlungen zur Vorbereitung einer solchen durch die Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist, die im Rahmen der

Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben durchgeführt werden, sowie für den Zeitraum, in dem von diesen Bediensteten stammende Unterlagen verarbeitet werden, um die entsprechenden Verfolgungsmaßnahmen zu ergreifen.

Diese Ausnahmen gelten insoweit, als die Anwendung dieses Rechts den Erfordernissen der Kontrolle, der Untersuchung oder der vorbereitenden Handlungen beeinträchtigen oder das Geheimnis der strafrechtlichen Untersuchung oder die Sicherheit von Personen verletzen würde.

Die Dauer der in Absatz 2 genannten vorbereitenden Handlungen, während derer Artikel 15 der Datenschutz-Grundverordnung nicht anwendbar ist, darf nicht länger als ein Jahr ab dem Zeitpunkt des Eingangs eines Antrags gemäß dem genannten Artikel 15 betragen.

Die in §1 Absatz 1 genannte Einschränkung bezieht sich nicht auf Daten, die nicht Gegenstand der Untersuchung oder Kontrolle sind, die die Verweigerung oder Einschränkung des Zugangs rechtfertigt.

§3 - Nach Erhalt eines Antrags auf Auskunft gemäß in §2 Absatz 3 bestätigt der Datenschutzbeauftragte des für die Verarbeitung Verantwortlichen diesen Empfang.

Der Datenschutzbeauftragte des für die Verarbeitung Verantwortlichen unterrichtet die Person umgehend, auf jeden Fall aber innerhalb eines Monats nach Eingang der Anfrage, in schriftlicher Form über jede Verweigerung oder Einschränkung ihres Rechts auf Zugang zu den sie betreffenden Daten sowie über die Gründe für die Verweigerung oder Einschränkung. Diese Informationen über die Verweigerung oder Einschränkung können nicht erteilt werden, wenn ihre Mitteilung einen der in §1 Absatz 2 genannten Verarbeitungszwecke beeinträchtigen könnte. Erforderlichenfalls kann diese Frist um zwei Monate verlängert werden, je nach Komplexität und Anzahl der Anträge. Der für die Verarbeitung Verantwortliche informiert die betroffene Person über diese Verlängerung und ihre Gründe innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags.

Der Datenschutzbeauftragte des für die Verarbeitung Verantwortlichen informiert die Person über die Möglichkeiten, bei der Datenschutzbehörde eine Beschwerde einzureichen und einen gerichtlichen Rechtsbehelf einzulegen.

Der Datenschutzbeauftragte des für die Verarbeitung Verantwortlichen hält die sachlichen oder rechtlichen Gründe fest, auf die sich die Entscheidung stützt. Diese Informationen werden der Datenschutzbehörde zur Verfügung gestellt.

Wenn die Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft von der in §1 Absatz 1 erwähnten Ausnahme Gebrauch gemacht haben, und mit Ausnahme der in den Absätzen 6 und 7 genannten Fälle, wird die Ausnahme unmittelbar nach Abschluss der Kontrolle oder der Untersuchung aufgehoben. Der Datenschutzbeauftragte des für die Verarbeitung Verantwortlichen setzt die betroffene Person unverzüglich davon in Kenntnis.

Wenn eine Akte an die Justizbehörden weitergeleitet wird, werden die Rechte der betroffenen Person erst nach Genehmigung durch die Justizbehörden oder nach Abschluss des Gerichtsverfahrens und gegebenenfalls, nachdem die zuständige Stelle eine Entscheidung getroffen hat, wiederhergestellt. Jedoch werden die Informationen, die bei der Erfüllung der von den Justizbehörden vorgeschriebenen Pflichten erhoben wurden, nur mit ausdrücklicher Genehmigung derselben mitgeteilt.

Wenn eine Akte an einen anderen Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder an die Stelle, die für die Entscheidung über die Ergebnisse der Untersuchung zuständig

ist, weitergeleitet wird, werden die Rechte der betroffenen Person erst dann wiederhergestellt, wenn dieser Bedienstete oder die zuständige Stelle über das Ergebnis der Untersuchung entschieden hat.

Art. 44 - Sicherheitsmaßnahmen

Die Regierung legt für die durch vorliegendes Kapitel vorgesehene Verarbeitung der personenbezogenen Daten gegebenenfalls die nötigen Sicherheitsmaßnahmen fest.

KAPITEL 7 - SANKTIONEN

Art. 45 - Strafbestimmung

§1 - Wird gegen die in Artikel 14 festgelegten Informationspflichten verstoßen, indem die in Artikel 14 §13 genannten Informationen nicht, unvollständig oder verspätet vorgelegt werden, wird eine steuerrechtliche Geldbuße von 2.500 Euro bis 25.000 Euro verhängt.

Wurde der Verstoß in betrügerischer Absicht oder mit Schädigungsabsicht begangen, wird eine steuerrechtliche Geldbuße von 5.000 Euro bis 50.000 Euro verhängt.

§2 - Die in §1 genannten Geldbußen werden auf die gleiche Weise festgesetzt und eingezogen wie die Steuern, deren Dienst durch die Deutschsprachige Gemeinschaft wahrgenommen wird.

§3 - Die von der Regierung bezeichnete Dienststelle entscheidet in erster und letzter Instanz über die Anträge, die den Erlass oder die Mäßigung der in §1 genannten Geldbußen zum Gegenstand haben.

Die in Absatz 1 erwähnten Anträge werden schriftlich und begründet bei der von der Regierung bezeichneten Dienststelle von den Steuerpflichtigen oder den Personen eingereicht, auf deren Vermögen die in §1 erwähnten Geldbußen eingezogen werden.

Ein gemäß Absatz 1 eingereichter Antrag ist unzulässig, wenn:

1. die gegebenenfalls anwendbaren Fristen für Verwaltungsbeschwerden noch nicht abgelaufen sind, oder
2. das gegebenenfalls anwendbare verwaltungsrechtliche Streitverfahren noch nicht abgeschlossen ist.

KAPITEL 8 - SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 46 - Aufhebungsbestimmung

Das wird Dekret vom 5. Mai 2014 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung aufgehoben.

Art. 47 - Inkrafttreten

Dieses Dekret tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Oliver Paasch
Ministerpräsident

Digital unterschrieben von Oliver
Paasch Ministerpräsident

Datum: 2023.06.08 10:01:43 +02'00'

ANHANG

Umsetzungstabellen

Bestimmungen des vorliegenden Dekretentwurfs	Bestimmungen der RL 2011/16/EU, so wie zuletzt durch die RL 2021/514 abgeändert
Art. 1	Art. 29 (1) Abs. 4
Art. 2	Art. 1 (1), (2) und (3)
Art. 3	Art. 2 (1), (3) und (4)
Art. 4	Art. 3
Art. 5	Anhang IV
Art. 6	Art. 4 (6)
Art. 7	Art. 4 (7)
Art. 8	Art. 5 und 6 (2) und (4)
Art. 9	Art. 5 und 6 (1), (2), (3) und (4)
Art. 10	Art. 5a
Art. 11	Art. 7
Art. 12	Art. 8 (1) und (6)
Art. 13	Art. 8a
Art. 14	Art. 8ab
Art. 15	Anhang V Abschnitt 1
Art. 16	Art. 8ac und Anhang V Abschnitt 4
Art. 17	Anhang V Abschnitt 2
Art. 18	Anhang V Abschnitt 3
Art. 19	Art. 9 und 10 (1)
Art. 20	Art. 10 (2)
Art. 21	Art. 11 (1)
Art. 22	Art. 11 (1), (2) und (3)
Art. 23	Art. 12
Art. 24	Art. 12a
Art. 25	Art. 13 (1), (2) und (4)
Art. 26	Art. 13 (1) und (3)
Art. 27	Art. 14 (1) und (2)
Art. 28	Art. 14 (1)
Art. 29	Art. 16 (1), (2), (3) und (5)
Art. 30	Art. 16 (2), (3) und (4)
Art. 31	Art. 17 (1)
Art. 32	Art. 17 (2), (3), (4) und (5)
Art. 33	Art. 18
Art. 34	Art. 19
Art. 35	Art. 20 (1), (2), (3) und (4)
Art. 36	Art. 21 (1) Abs. 1, (2) Abs. 3 und (4)
Art. 37	Art. 24
Art. 38	-
Art. 39	Art. 25 (1) Satz 1 und (3)
Art. 40	Art. 25 (4)
Art. 41	Art. 25 (5)
Art. 42	Art. 25 (1) Satz 2

Art. 43	Art. 25 (1) Satz 2
Art. 44	-
Art. 45	Art. 25a
Art. 46	-
Art. 47	-

Bestimmungen der RL 2011/16/EU, so wie zuletzt durch die RL 2021/514 abgeändert	Bestimmungen des vorliegenden Dekretentwurfs
Art. 1	Art. 2
Art. 2	Art. 3
Art. 3	Art. 4 §1
Art. 4 (1) bis (5)	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 4 (6)	Art. 6
Art. 4 (7)	Art. 7
Art. 5	Art. 8 Abs. 1 und Art. 9 Abs. 1
Art. 5a	Art. 10
Art. 6 (1)	Art. 9 Abs. 2
Art. 6 (2)	Art. 8 Abs. 2 Satz 1 und Art. 9 Abs. 3
Art. 6 (3)	Art. 9 Abs. 4
Art. 6 (4)	Art. 8 Abs. 2 Satz 2 Art. 9 Abs. 5
Art. 7	Art. 11
Art. 8 (1)	Art. 12 Abs. 1 und 2
Art. 8 (2) bis (5)	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 8 (6) bis (8)	Art. 12 Abs. 3
Art. 8a	Art. 13
Art. 8aa	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 8ab	Art. 14
Art. 8ac	Art. 16
Art. 8b	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 9	Art. 19 Abs. 1 und 2
Art. 10 (1)	Art. 19 Abs. 3
Art. 10 (2)	Art. 20
Art. 11 (1)	Art. 21 und 22
Art. 11 (2)	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 12	Art. 23
Art. 12a	Art. 24
Art. 13	Art. 25 und 26
Art. 14	Art. 27 und 28
Art. 15	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 16 (1)	Art. 29 §1 und §2 Abs. 1
Art. 16 (2) Abs. 1	Art. 29 §2 Abs. 2 und Art. 30 Abs. 1
Art. 16 (2) Abs. 2	Art. 29 §2 Abs. 3
Art. 16 (3)	Art. 29 §3 und Art. 30 Abs. 2
Art. 16 (4)	Art. 30 Abs. 3
Art. 16 (5)	Art. 29 §4
Art. 16 (6)	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 17	Art. 31 und 32

Art. 18	Art. 33
Art. 19	Art. 34
Art. 20 (1) bis (4)	Art. 35
Art. 20 (5) und (6)	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 21 (1) Abs. 1, (2) Abs. 3 und (4)	Art. 36
Art. 21 (1) Abs. 2, (2) Abs. 1-2 u. 4, (3) und (5) bis (7)	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 22	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 23	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 23a	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 24	Art. 37
Art. 25 (1)	Art. 39 §1 und Art. 42 und 43
Art. 25 (2)	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 25 (3)	Art. 39 §2
Art. 25 (4)	Art. 40
Art. 25 (5)	Art. 41
Art. 25 (6)	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 25 (7)	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 25a	Art. 45
Art. 26	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 27	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 27a	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 27b	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 28	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 29 (1) Abs. 4	Art. 1
Art. 30	Bedarf keiner Umsetzung
Art. 31	Bedarf keiner Umsetzung
Anhang I	Bedarf keiner Umsetzung
Anhang II	Bedarf keiner Umsetzung
Anhang III	Bedarf keiner Umsetzung
Anhang IV	Art. 5
Anhang V Abschnitt 1	Art. 15
Anhang V Abschnitt 2	Art. 17
Anhang V Abschnitt 3	Art. 18
Anhang V Abschnitt 4	Art. 16

Oliver Paasch
Ministerpräsident

Digital unterschrieben von
Oliver Paasch Ministerpräsident
Datum: 2023.06.08 10:02:08
+02'00'

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd voor Financiën en Begroting;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister-President, bevoegd voor Financiën en Begroting, is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

**VOORONTWERP VAN DECREET BETREFFENDE DE ADMINISTRATIEVE SAMENWERKING OP HET
GEBIED VAN BELASTINGEN**

INHOUD

Het ontwerp van decreet betreft een maatregel ter omzetting van Richtlijn 2011/16/EU van de Raad van 15 februari 2011 betreffende de administratieve samenwerking op het gebied van de belastingen en tot intrekking van Richtlijn 77/799/EEG, zoals laatstelijk gewijzigd bij de Richtlijn (EU) 2021/514 van de Raad van 22 maart 2021 tot wijziging van Richtlijn 2011/16/EU betreffende de administratieve samenwerking op het gebied van de belastingen.

INHOUD

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting	4
Bespreking van de artikelen	4
Voorontwerp.....	12
Bijlage	51

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

Dit decreet voorziet in de consolidatie en herziening van de bepalingen van het decreet van 5 mei 2014 betreffende de administratieve samenwerking op het gebied van belastingen. Het decreet van 5 mei 2014 voorzagt in de gedeeltelijke omzetting van Richtlijn 2011/16/EU van de Raad van 15 februari 2011 betreffende de administratieve samenwerking op het gebied van de belastingen en tot intrekking van Richtlijn 77/799/EEG, die al meermaals gewijzigd is. Voor achtergrondinformatie wordt verwezen naar de desbetreffende parlementaire stukken. (*Parlamentsdokumente*, PDG, 2013-2014, Nr. 215/1)

Naast de consolidatie worden wijzigingen aangebracht tot gedeeltelijke omzetting van de Richtlijnen (EU) 2018/822 van de Raad van 25 mei 2018 tot wijziging van Richtlijn 2011/16/EU wat betreft verplichte automatische uitwisseling van inlichtingen op belastinggebied met betrekking tot meldingsplichtige grensoverschrijdende constructies en (EU) 2021/514 van 22 maart 2021 tot wijziging van Richtlijn 2011/16/EU betreffende de administratieve samenwerking op het gebied van de belastingen.

De Duitstalige Gemeenschap is principieel bevoegd op grond van artikel 170, § 2, van de Grondwet, luidende:

"§ 2 – Geen belasting ten behoeve van de gemeenschap of het gewest kan worden ingevoerd dan door een decreet of een in artikel 134 bedoelde regel.

De wet bepaalt ten aanzien van de in het eerste lid bedoelde belastingen, de uitzonderingen waarvan de noodzakelijkheid blijkt."

Het feit dat de Duitstalige Gemeenschap momenteel geen belastingen heft in het Duitse taalgebied, is in dat verband niet doorslaggevend.

Grote delen van de omzetting van de oorspronkelijke richtlijn en van de wijzigingsrichtlijnen vallen echter niet onder de bevoegdheid van de Duitstalige Gemeenschap. Zo blijft de federale overheid bevoegd voor de reglementering van de financiële instellingen en dus voor de rapportage- en due diligenceregels voor inlichtingen over financiële rekeningen waarin de richtlijn voorziet. (Artikel 6, § 1, VI, vijfde lid, 2°, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen)

Bij de uitwerking van het ontwerp van decreet is een vergelijking gemaakt met de maatregelen tot omzetting van de bovengenoemde richtlijnen door de Vlaamse en de Franse Gemeenschap.

BESPREKING VAN DE ARTIKELEN

Artikel 1

Deze bepaling bevat de zogenoemde 'Europese clause' met verwijzing naar de gewijzigde Richtlijn 2011/16 die bij dit decreet wordt omgezet. Bij deze bepaling wordt in het bijzonder artikel 29, lid 1, alinea 4, van Richtlijn 2011/16 omgezet.

Artikel 2

Dit artikel neemt artikel 2 van het decreet van 5 mei 2014 over en beschrijft het voorwerp van het ontwerp van decreet. Er worden voorschriften en procedures vastgelegd voor de administratieve samenwerking tussen enerzijds de Duitstalige Gemeenschap en anderzijds de bevoegde autoriteiten van de lidstaten van de Europese Unie, met het oog op de uitwisseling van inlichtingen die naar verwachting van belang zijn voor de toepassing en de handhaving van de interne wetgeving van de lidstaten met betrekking tot de belastingen, vermeld in artikel 3.

Het ontwerp van decreet legt tevens bepalingen vast voor de elektronische uitwisseling van de inlichtingen. Paragraaf 1 stemt overeen met artikel 1, lid 1 en lid 2, van Richtlijn 2011/16. Paragraaf 2 stemt overeen met artikel 1, lid 3, van Richtlijn 2011/16.

Artikel 3

Dit artikel neemt artikel 3 van het decreet van 5 mei 2014 over en stemt overeen met artikel 2 van Richtlijn 2011/16. Het beschrijft het toepassingsgebied van het ontwerp van decreet, namelijk alle soorten belastingen, ook al heft de Duitstalige Gemeenschap momenteel geen belastingen.

Artikel 4

Paragraaf 1 van die bepaling bevat definities en neemt artikel 4 van het decreet van 5 mei 2014 over, waarbij de lijst met definities is aangevuld ter omzetting van de richtlijnen 2018/822 en 2021/514. Het gaat om definities van begrippen die in het ontwerp van decreet worden gebruikt. De bepaling voorziet in de gedeeltelijke omzetting van artikel 3 van Richtlijn 2011/16, zoals gewijzigd bij de Richtlijnen 2014/107, 2015/2376, 2018/822 en 2021/514.

Artikel 5

Dit artikel stemt overeen met bijlage IV van Richtlijn 2011/16, ingevoerd bij Richtlijn 2018/822. Hier worden de wezenskenmerken van de 'main benefit test' beschreven.

Artikel 6

Dit artikel neemt artikel 5 van het decreet van 5 mei 2014 over en stemt overeen met artikel 4, lid 6, van Richtlijn 2011/16. Het gaat over het zogenaamde centraal verbindingsbureau. Dat is het bureau dat als zodanig aangewezen en belast is met de primaire zorg voor de contacten met de andere lidstaten op het gebied van de administratieve samenwerking.

Artikel 7

Dit artikel neemt artikel 6 van het decreet van 5 mei 2014 over en stemt overeen met artikel 4, lid 7, van Richtlijn 2011/16. Het beschrijft de werkwijze voor het geval dat de verbindingdienst of het in de Duitstalige Gemeenschap bevoegde personeelslid niet bevoegd is. In dergelijke gevallen wordt contact opgenomen met het centrale verbindingsbureau en met de verzoekende autoriteit.

Artikel 8

Dit artikel neemt artikel 7 van het decreet van 5 mei 2014 over en stemt overeen met artikel 5, en artikel 6, leden 2 en 4, van Richtlijn 2011/16. De procedure voor de uitwisseling van inlichtingen op verzoek van de bevoegde autoriteit van de Duitstalige Gemeenschap wordt vastgelegd. Met betrekking tot een specifiek geval kan de bevoegde autoriteit alle inlichtingen die ze in haar bezit heeft of naar aanleiding van een administratief onderzoek verkrijgt, aan een buitenlandse autoriteit meedelen.

Overeenkomstig Richtlijn 2021/514 werd het woord "bepaald" opgeheven.

Artikel 9

Dit artikel neemt artikel 8 van het decreet van 5 mei 2014 over en stemt overeen met artikel 5 en artikel 6, leden 1 tot 4, van Richtlijn 2011/16. Het betreft de uitwisseling van inlichtingen op verzoek van een buitenlandse autoriteit. In principe geldt dat de bevoegde autoriteit, op verzoek van een buitenlandse autoriteit, met betrekking tot een specifiek geval alle inlichtingen verstrekt die zij in haar bezit heeft of die zij verkregen heeft naar aanleiding van een administratief onderzoek dat werd ingesteld om die inlichtingen te verkrijgen.

Overeenkomstig Richtlijn 2021/514 werd het woord "bepaald" opgeheven.

Artikel 10

Deze bepaling is nieuw en stemt overeen met artikel 5 bis van Richtlijn 2011/16, zoals ingevoerd bij Richtlijn 2021/514. Hier wordt het begrip 'verwacht belang' verduidelijkt.

Artikel 11

Deze bepaling neemt artikel 9 van het decreet van 5 mei 2014 over en stemt overeen met artikel 7 van Richtlijn 2011/16. Het beschrijft de behandeling van het verzoek. Het is belangrijk dat snel aan het verzoek wordt voldaan. Daarom is het gebruik van elektronische kanalen van groot belang. Het gaat er ook om efficiënt samen te werken met de verzoekende autoriteit.

Het oorspronkelijke artikel 9 van het decreet is gewijzigd ter omzetting van Richtlijn 2021/514. Zo werd de termijn voor een reactie verkort tot drie maanden en werd de procedure overgenomen die geldt wanneer niet binnen de in paragraaf 1 gestelde termijn kan worden gereageerd, zodat de oorspronkelijke paragraaf 4 werd opgeheven en de oorspronkelijke paragraaf 5 werd vernummerd tot paragraaf 4.

Artikel 12

Deze bepaling neemt artikel 10 van het decreet van 5 mei 2014 over en stemt overeen met artikel 8 van Richtlijn 2011/16 betreffende de nadere bijzonderheden van de uitwisseling van inlichtingen. De reikwijdte en voorwaarden met betrekking tot de verplichte automatische uitwisseling van inlichtingen worden beschreven. Ten minste eenmaal per jaar moet de bevoegde autoriteit alle buitenlandse autoriteiten bepaalde inlichtingen verstrekken die over ingezetenen van de andere lidstaat beschikbaar zijn.

De lijst is bij Richtlijn 2021/514 uitgebreid en omvat nu ook royalty's.

Artikel 13

Deze bepaling neemt artikel 10.1 van het decreet van 5 mei 2014 over en stemt overeen met artikel 8 bis van Richtlijn 2011/16. De omvang en voorwaarden van de verplichte automatische uitwisseling van inlichtingen over voorafgaande grensoverschrijdende rulings en voorafgaande

verrekenprijzafspraken worden beschreven. Bij dit artikel wordt Richtlijn 2015/2376 omgezet, waarbij een nieuw artikel 8 bis in Richtlijn 2011/16 wordt ingevoegd.

Het gaat slechts om een gedeeltelijke omzetting van artikel 8 bis van Richtlijn 2011/16, aangezien voorafgaande verrekenprijzafspraken met derde landen niet binnen de bevoegdheid van de Duitstalige Gemeenschap vallen.

Artikel 10.1, § 4, 1°, en § 5, 2°, zijn gewijzigd ter omzetting van Richtlijn 2021/514.

Artikel 14

Dit artikel is nieuw en stemt overeen met artikel 8 bis ter van Richtlijn 2011/16, ingevoerd bij Richtlijn 2018/822. Hier worden de reikwijdte van en voorwaarden met betrekking tot de verplichte automatische uitwisseling van inlichtingen over meldingsplichtige grensoverschrijdende constructies beschreven.

Artikel 15

Dit artikel is nieuw en stemt overeen met bijlage V, deel I, van Richtlijn 2011/16, ingevoerd bij Richtlijn 2021/514. Hier worden de definities met betrekking tot de door platformexploitanten gerapporteerde inlichtingen opgesomd.

Artikel 16

Dit artikel is nieuw en stemt overeen met artikel 8 bis quater van Richtlijn 2011/16 en bijlage V, deel IV, ingevoerd bij Richtlijn 2021/514. Hier worden de due diligence-procedures en rapportageverplichtingen voor platformexploitanten beschreven.

Artikel 17

Dit artikel is nieuw en stemt overeen met bijlage V, deel II, van Richtlijn 2011/16, ingevoerd bij Richtlijn 2021/514. Hier wordt de due diligence-procedure voor platformexploitanten bij de automatische uitwisseling van inlichtingen beschreven.

Artikel 18

Dit artikel is nieuw en stemt overeen met bijlage V, deel III, van Richtlijn 2011/16, ingevoegd bij Richtlijn 2021/514. Hier worden het tijdstip en de wijze van rapporteren door een platformexploitant beschreven.

Artikel 19

Het eerste en het tweede lid van deze bepaling nemen artikel 11, eerste en tweede lid, van het decreet van 5 mei 2014 over en stemmen overeen met artikel 9 van Richtlijn 2011/16. De reikwijdte en voorwaarden van de spontane uitwisseling van inlichtingen worden beschreven. In het algemeen geldt het volgende: De bevoegde autoriteit kan aan de bevoegde autoriteiten van de andere lidstaten spontaan alle inlichtingen verstrekken waarvan zij kennis heeft en die de bevoegde autoriteiten van de andere lidstaten van nut kunnen zijn. In het kader van de spontane uitwisseling van inlichtingen kunnen echter ook andere, in de bepaling opgesomde inlichtingen worden verstrekt.

Het derde lid stemt overeen met artikel 11, derde lid, van het decreet van 5 mei 2014 en zet artikel 10, lid 1, van Richtlijn 2011/16 om.

Artikel 20

Deze bepaling neemt artikel 12 van het decreet van 5 mei 2014 over en stemt overeen met artikel 10, lid 2, van Richtlijn 2011/16. Hier gaat het om de ontvangstbevestiging bij spontane uitwisseling van inlichtingen: De bevoegde autoriteit moet zo snel mogelijk bevestigen dat ze de aan haar verstrekte inlichtingen heeft ontvangen.

Artikel 21 en 22

Deze bepalingen nemen de artikelen 13 en 14 van het decreet van 5 mei 2014 over en stemmen overeen met artikel 11 van Richtlijn 2011/16, waarvan het eerste lid volledig vervangen is bij Richtlijn 2021/514. Deze bepalingen gaan over de aanwezigheid in de administratiekantoren en de deelname aan administratief onderzoek. Het gaat om vormen van samenwerking die, naargelang van het geval, in de Duitstalige Gemeenschap of in het buitenland plaatsvinden. De reikwijdte en voorwaarden van de uitwisseling van inlichtingen zijn in beide gevallen parallel, maar worden duidelijkheidshalve in twee afzonderlijke bepalingen opgenomen.

Artikel 23

Dit artikel neemt artikel 15 van het decreet van 5 mei 2014 over en stemt overeen met artikel 12 van Richtlijn 2011/16. Deze bepaling heeft betrekking op gelijktijdige controles, een andere vorm van samenwerking. De Duitstalige Gemeenschap en een of meer lidstaten kunnen overeenkomen om

gelijktijdig, elk op het eigen grondgebied, bij een of meer personen controles te verrichten en de aldus verkregen inlichtingen uit te wisselen.

Ter omzetting van Richtlijn 2021/514 voorziet § 2, tweede lid, nu in een termijn van zestig dagen voor de bevestiging van een gelijktijdige controle.

Artikel 24

Deze bepaling is nieuw en stemt overeen met artikel 12 bis van Richtlijn 2011/16, ingevoerd bij Richtlijn 2021/514. Hier worden gezamenlijk uitgevoerde controles beschreven.

Artikel 25 en 26

Beide bepalingen stemmen overeen met artikel 13 van Richtlijn 2011/16. Artikel 25 neemt artikel 16 van het decreet van 5 mei 2014 over en artikel 26 neemt artikel 17 van hetzelfde decreet over. Ze gaan over het verzoek tot kennisgeving. Naargelang van het geval gaat het verzoek uit van de Duitstalige Gemeenschap of van het buitenland. Daarbij kan de bevoegde autoriteit een buitenlandse autoriteit verzoeken om over te gaan tot kennisgeving aan de geadresseerde van alle door de administratieve autoriteiten van de bevoegde autoriteit afgegeven akten en besluiten die betrekking hebben op de toepassing op haar grondgebied van regelgeving betreffende belastingen. Het verzoek tot kennisgeving wordt door de bevoegde autoriteit slechts gedaan indien de kennisgeving van de betrokken akte niet volgens de regelgeving van de Duitstalige Gemeenschap kan geschieden of buitensporige problemen zou veroorzaken.

Artikel 27 en 28

Beide bepalingen stemmen overeen met artikel 14 van Richtlijn 2011/16. Artikel 27 neemt artikel 18 van het decreet van 5 mei 2014 over en artikel 28 neemt artikel 19 van hetzelfde decreet over. Ze gaan over de terugmelding, een laatste vorm van samenwerking. De autoriteit die inlichtingen verstrekt, kan de ontvangende autoriteit om terugmelding betreffende de ontvangen inlichtingen verzoeken. Ook hier wordt een onderscheid gemaakt tussen verzoeken uit het buitenland en verzoeken uit de Duitstalige Gemeenschap.

Artikel 29 en 30

Beide bepalingen stemmen overeen met artikel 16 van Richtlijn 2011/16. Ze nemen de artikelen 20 en 21 van het decreet van 5 mei 2014 over, met wijzigingen ter omzetting van Richtlijn 2021/514. Ze hebben betrekking op de openbaarmaking en het gebruik van inlichtingen en bescheiden. Dat zijn belangrijke voorwaarden voor administratieve samenwerking. De inlichtingen mogen in beginsel

alleen worden gebruikt voor de doeleinden vermeld in artikel 29, § 2, eerste lid. In de in deze artikelen gespecificeerde omstandigheden kunnen de ontvangen inlichtingen en bescheiden worden gebruikt voor andere doeleinden dan die vermeld in artikel 29, § 2, eerste lid.

Artikel 31

Dit artikel neemt artikel 22 van het decreet van 5 mei 2014 over en stemt overeen met artikel 17, lid 1, van Richtlijn 2011/16. Volgens die bepaling tracht de bevoegde autoriteit de inlichtingen eerst uit alle gebruikelijke bronnen te verkrijgen alvorens om de in artikel 8 bedoelde inlichtingen te verzoeken.

Artikel 32

Deze bepaling neemt artikel 23 van het decreet van 5 mei 2014 over en stemt overeen met artikel 17, leden 2 tot 5, van Richtlijn 2011/16. In de in dit artikel genoemde omstandigheden kan de bevoegde autoriteit weigeren onderzoek in te stellen of het verzoek om inlichtingen afwijzen.

Artikel 33

Deze bepaling neemt artikel 24 van het decreet van 5 mei 2014 over en stemt overeen met artikel 18 van Richtlijn 2011/16. De bevoegde autoriteit wendt de middelen aan waarover zij beschikt om de gevraagde inlichtingen te verzamelen, zelfs indien zij de inlichtingen niet voor eigen belastingdoeleinden nodig heeft.

Artikel 34

De bepaling neemt artikel 25 van het decreet van 5 mei 2014 over en stemt overeen met artikel 19 van Richtlijn 2011/16. Hier wordt de uitbreiding van een verder reikende samenwerking met een derde land beschreven.

Artikel 35

Dit artikel voorziet in het gebruik van door de Europese Commissie opgestelde standaardformulieren en geautomatiseerde formaten. Het neemt artikel 26 van het decreet van 5 mei 2014 over en stemt overeen met artikel 20, leden 1 tot 4, van Richtlijn 2011/16. Er zijn wijzigingen aangebracht overeenkomstig Richtlijn 2021/514.

Artikel 36

Deze bepaling neemt artikel 27 van het decreet van 5 mei 2014 over en, voor zover het gaat om bevoegdheden van de Duitstalige Gemeenschap, stemt ze overeen met artikel 21 van Richtlijn 2011/16. Ze bevat praktische regelingen in verband met het gebruik van standaardformulieren. Op grond daarvan moeten de inlichtingen zoveel mogelijk langs elektronische weg worden verzonden met behulp van het door de Europese Commissie opgerichte CCN-netwerk.

Artikel 37

Deze bepaling neemt artikel 28 van het decreet van 5 mei 2014 over en stemt overeen met artikel 24 van Richtlijn 2011/16. Ze biedt de mogelijkheid om van een derde land ontvangen inlichtingen, met toestemming van dat derde land, door te geven aan buitenlandse (Europese) autoriteiten.

Artikel 38

Dit artikel voorziet in vertrouwelijkheid bij de verwerking van persoonsgegevens.

Artikel 39

Deze bepaling is nieuw en stemt overeen met artikel 25, lid 1, eerste zin, en lid 3, van Richtlijn 2011/16. Het beginsel van naleving van de Algemene Verordening Gegevensbescherming wordt vastgelegd. Intermediairs, rapporterende platformexploitanten en de bevoegde autoriteiten worden overeenkomstig Richtlijn 2021/514 als verwerkingsverantwoordelijken in de zin van de Algemene Verordening Gegevensbescherming beschouwd. De rapporterende financiële instellingen werden weggelaten, omdat de Duitstalige Gemeenschap niet bevoegd is terzake.

Artikel 40

Dit artikel is nieuw en bepaalt in paragraaf 1 welke categorieën van gegevens krachtens dit decreet worden verwerkt. In paragraaf 2 wordt het doel van die gegevensverwerking toegelicht.

In paragraaf 3 worden overeenkomstig artikel 25 van Richtlijn 2011/16 strikte voorwaarden voor de toegang van derden tot persoonsgegevens opgelegd. Paragraaf 4 bevat de verplichtingen voor intermediairs en platformexploitanten.

Artikel 41

Deze nieuwe bepaling stemt overeen met artikel 25, lid 5, van Richtlijn 2011/16 en bepaalt de duur van de verwerking van persoonsgegevens.

Artikel 42

Deze bepaling is nieuw en stemt overeen met artikel 25, lid 1, tweede zin, van Richtlijn 2011/16. Met het oog op het algemeen belang wordt voorzien in een beperking van de reikwijdte van de Algemene Verordening Gegevensbescherming betreffende het recht op informatie over de verwerking van gegevens.

Artikel 43

Deze bepaling is nieuw en stemt ook overeen met artikel 25, lid 1, tweede zin, van Richtlijn 2011/16. Met het oog op het algemeen belang wordt voorzien in een beperking van de reikwijdte van de Algemene Verordening Gegevensbescherming betreffende het recht op toegang van een welbepaalde persoon tot persoonsgegevens die op hem betrekking hebben.

Artikel 44

Deze nieuwe bepaling betreft eventuele beveiligingsmaatregelen die de Regering kan nemen in verbinding met de bescherming van persoonsgegevens.

Artikel 45

Deze bepaling is nieuw en stemt overeen met artikel 25 bis van Richtlijn 2011/16, zoals ingevoegd bij Richtlijn 2018/822 en gewijzigd bij Richtlijn 2021/514. Er wordt voorzien in sancties voor het geval dat een intermediair een inbreuk pleegt op de meldingsplicht vervat in artikel 14, § 13. Deze bepaling is gebaseerd op artikel 10 van het decreet van de Franse Gemeenschap van 12 januari 2017 tot omzetting van Richtlijn 2011/16.

Artikel 46

Deze bepaling voorziet in de opheffing van het decreet van 5 mei 2014 betreffende de administratieve samenwerking op het gebied van belastingen.

Artikel 47

Dit artikel bepaalt de datum van inwerkingtreding van het decreet.

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet betreffende de administratieve samenwerking op het gebied van de belastingen

HOOFDSTUK I – ALGEMENE BEPALINGEN

Artikel 1 – Europese clause

Dit decreet voorziet in de omzetting van Richtlijn 2011/16/EU van de Raad van 15 februari 2011 betreffende de administratieve samenwerking op het gebied van de belastingen en tot intrekking van Richtlijn 77/799/EEG, zoals gewijzigd door:

- Richtlijn 2014/107/EU van de Raad van 9 december 2014 tot wijziging van Richtlijn 2011/16/EU wat betreft verplichte automatische uitwisseling van inlichtingen op belastinggebied;
- Richtlijn (EU) 2015/2376 van de Raad van 8 december 2015 tot wijziging van Richtlijn 2011/16/EU wat betreft verplichte automatische uitwisseling van inlichtingen op belastinggebied;
- Richtlijn (EU) 2016/881 van de Raad van 25 mei 2016 tot wijziging van Richtlijn 2011/16/EU wat betreft verplichte automatische uitwisseling van inlichtingen op belastinggebied;
- Richtlijn (EU) 2016/2258 van de Raad van 6 december 2016 tot wijziging van Richtlijn 2011/16/EU wat betreft toegang tot antiwitwasinlichtingen door belastingautoriteiten;
- Richtlijn (EU) 2018/822 van de Raad van 25 mei 2018 tot wijziging van Richtlijn 2011/16/EU wat betreft verplichte automatische uitwisseling van inlichtingen op belastinggebied met betrekking tot meldingsplichtige grensoverschrijdende constructies;
- Richtlijn (EU) 2020/876 van de Raad van 24 juni 2020 tot wijziging van Richtlijn 2011/16/EU om te voorzien in de dringende behoefte aan uitstel van bepaalde termijnen voor de verstrekking en uitwisseling van inlichtingen op belastinggebied vanwege de COVID-19-pandemie;
- Richtlijn (EU) 2021/514 van de Raad van 22 maart 2021 tot wijziging van Richtlijn 2011/16/EU betreffende de administratieve samenwerking op het gebied van de belastingen.

Art. 2 – Onderwerp

§ 1 – Dit decreet legt de voorschriften en procedures vast voor de onderlinge samenwerking van enerzijds de Duitstalige Gemeenschap en anderzijds de lidstaten van de Europese Unie met het oog op de uitwisseling van inlichtingen die naar verwachting van belang zijn voor de administratie en de handhaving van de nationale wetgeving van de lidstaten met betrekking tot de in artikel 3 bedoelde belastingen.

Dit decreet legt tevens de bepalingen vast voor de elektronische uitwisseling van de in het eerste lid bedoelde inlichtingen.

§ 2 – Dit decreet laat de toepassing van de regels inzake wederzijdse rechtshulp in strafzaken onverlet. Het laat eveneens onverlet de verplichtingen van de Duitstalige Gemeenschap inzake ruimere administratieve samenwerking, welke voortvloeien uit andere rechtsinstrumenten, waaronder bilaterale en multilaterale overeenkomsten.

Art. 3 – Toepassingsgebied

Dit decreet is van toepassing op elke vorm van belastingen die door of namens de Duitstalige Gemeenschap worden geheven en op elke vorm van belastingen die door of namens een lidstaat of de territoriale of bestuurlijke onderdelen van een lidstaat, met inbegrip van de lokale overheden, worden geheven.

In geen geval worden de in het eerste lid bedoelde belastingen uitgelegd als omvattende:
1° leges, bijvoorbeeld voor certificaten en andere door autoriteiten uitgereikte stukken;
2° contractueel verschuldigde bedragen, zoals retributies voor openbare nutsvoorzieningen.

Dit decreet is van toepassing op de in het eerste lid bedoelde belastingen die worden geheven op het grondgebied waarop de Verdragen overeenkomstig artikel 52 van het Verdrag betreffende de Europese Unie en artikel 355 van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie van toepassing zijn.

Art. 4 – Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder:

1° lidstaat: tenzij uitdrukkelijk anders is vermeld, een andere lidstaat van de Europese Unie dan het koninkrijk België;

2° bevoegde autoriteit: de door België als zodanig aangewezen autoriteit. Het centrale verbindingsbureau, een verbindingdienst van de Duitstalige Gemeenschap of een bevoegd personeelslid van de Duitstalige Gemeenschap dat of die op grond van dit decreet optreedt, worden beschouwd als bevoegde autoriteiten bij delegatie;

3° centraal verbindingsbureau: het bureau dat als zodanig is aangewezen en is belast met de primaire zorg voor de contacten met de andere lidstaten op het gebied van de administratieve samenwerking;

4° verbindingdienst: elk ander bureau dan het centrale verbindingsbureau dat als zodanig is aangewezen om op grond van dit decreet rechtstreeks inlichtingen uit te wisselen;

5° bevoegd personeelslid: elk personeelslid van een overheidsinstantie dat op grond van dit decreet gemachtigd is rechtstreeks inlichtingen uit te wisselen;

6° buitenlandse autoriteit: het centrale verbindingsbureau, de verbindingdiensten of de bevoegde personeelsleden die door een buitenlandse bevoegde autoriteit gemachtigd zijn om over te gaan tot de rechtstreekse uitwisseling van inlichtingen met de bevoegde autoriteit of andere vormen van administratieve samenwerking in de zin van dit decreet;

7° verzoekende autoriteit: het centrale verbindingsbureau, een verbindingdienst of elk bevoegd personeelslid van een lidstaat dat of die namens de bevoegde autoriteit om bijstand verzoekt;

8° aangezochte autoriteit: het centrale verbindingsbureau, een verbindingdienst of elk bevoegd personeelslid van een lidstaat dat of die namens de bevoegde autoriteit om bijstand wordt verzocht;

9° administratief onderzoek: alle door de Duitstalige Gemeenschap of de lidstaten bij het vervullen van hun taken verrichte controles, onderzoeken en acties ter waarborging van de juiste toepassing van de belastingwetgeving;

10° uitwisseling van inlichtingen op verzoek: de uitwisseling van inlichtingen in antwoord op een verzoek van de verzoekende lidstaat aan de aangezochte lidstaat met betrekking tot een specifiek geval;

11° automatische uitwisseling:

a) voor de toepassing van artikel 12, eerste en tweede lid, en de artikelen 13 tot en met 16, de systematische verstrekking van vooraf bepaalde inlichtingen aan een andere lidstaat, zonder voorafgaand verzoek, met regelmatige, vooraf vastgestelde tussenpozen. Voor de toepassing van artikel 12, eerste en tweede lid, betekent 'beschikbare inlichtingen' inlichtingen die zich in de belastingdossiers van de inlichtingen verstreckende lidstaat bevinden en die opvraagbaar zijn overeenkomstig de procedures voor het verzamelen en verwerken van inlichtingen in die lidstaat;

b) voor de toepassing van andere bepalingen van dit decreet dan die die zijn opgenomen in artikel 12, eerste en tweede lid, en in de artikelen 13 tot en met 16, de systematische verstrekking van vooraf bepaalde inlichtingen overeenkomstig a);

12° spontane uitwisseling: het niet-systematisch, te eniger tijd en ongevraagd verstrekken van inlichtingen aan een andere lidstaat;

13° persoon:

- a) een natuurlijk persoon;
- b) een rechtspersoon;
- c) indien de geldende wetgeving in die mogelijkheid voorziet, een vereniging van personen die bevoegd is rechtshandelingen te verrichten, maar niet de status van rechtspersoon bezit; of
- d) een andere juridische constructie, ongeacht de aard of de vorm, met of zonder rechtspersoonlijkheid, die activa, met inbegrip van de daardoor gegenereerde inkomsten, bezit of beheert welke aan belastingen in de zin van dit decreet zijn onderworpen;

14° langs elektronische weg: door middel van elektronische apparatuur voor gegevensverwerking – met inbegrip van digitale compressie – en gegevensopslag, met gebruikmaking van kabels, radio, optische technologie of andere elektromagnetische middelen;

15° voorafgaande grensoverschrijdende ruling: een akkoord, een mededeling dan wel enig ander instrument of enige andere handeling met soortgelijk effect, ook indien afgegeven of gemaakt, gewijzigd of hernieuwd, in het kader van een belastingcontrole, mits aan de volgende voorwaarden is voldaan:

- a) het of zij is afgegeven, gewijzigd of hernieuwd door of namens de regering of de belastingautoriteit van een lidstaat, of een territoriaal of staatkundig onderdeel van die lidstaat, met inbegrip van de lokale overheden, ongeacht of er effectief gebruik van wordt gemaakt;
- b) het of zij is afgegeven, gewijzigd of hernieuwd, ten aanzien van een welbepaalde persoon of groep van personen, en deze persoon of groep personen kan zich erop beroepen;
- c) het of zij betreft de interpretatie of toepassing van een wettelijke of bestuursrechtelijke bepaling ter toepassing of handhaving van nationale belastingwetgeving van de lidstaat of de territoriale of staatkundige onderdelen daarvan, met inbegrip van de lokale overheden;
- d) het of zij heeft betrekking op een grensoverschrijdende transactie of op de vraag of er op grond van de activiteiten van een persoon in een ander rechtsgebied al dan niet sprake is van een vaste inrichting; en
- e) het of zij is eerder tot stand gekomen dan de transacties of activiteiten in een ander rechtsgebied op grond waarvan mogelijk sprake is van een vaste inrichting, of dan de indiening van een belastingaangifte voor het tijdvak waarin de transactie of reeks transacties dan wel de activiteiten hebben plaatsgevonden.

De grensoverschrijdende transactie kan betrekking hebben op, maar is niet beperkt tot, het doen van investeringen, het leveren van goederen, het verrichten van diensten, het financieren of het gebruiken van materiële of immateriële activa, waarbij de persoon die de voorafgaande grensoverschrijdende ruling heeft gekregen, niet rechtstreeks betrokken hoeft te zijn;

16° grensoverschrijdende transactie: voor de toepassing van 15°, een transactie of reeks van transacties waarbij:

- a) niet alle partijen bij de transactie of reeks van transacties hun fiscale woonplaats hebben in de lidstaat die de voorafgaande grensoverschrijdende ruling afgeeft, wijzigt of hernieuwt;
- b) een of meer van de partijen bij de transactie of reeks van transacties haar fiscale woonplaats tegelijkertijd in meer dan een rechtsgebied heeft;
- c) een van de partijen bij de transactie of reeks van transacties haar bedrijf uitoefent in een ander rechtsgebied via een vaste inrichting en de transactie of reeks van transacties alle of een deel van de activiteiten van de vaste inrichting uitmaakt. Een grensoverschrijdende transactie of reeks van transacties omvat tevens de regelingen die worden getroffen door een persoon ten aanzien van de bedrijfsactiviteiten die hij in een ander rechtsgebied via een vaste inrichting uitoefent; of
- d) die transacties of reeks van transacties een grensoverschrijdend effect hebben;

17° CCN-netwerk: het op het gemeenschappelijke communicatienetwerk ('common communication network', CCN) gebaseerde gemeenschappelijke platform dat de Europese Unie heeft ontwikkeld voor het elektronische berichtenverkeer tussen autoriteiten die bevoegd zijn op het gebied van douane en belastingen;

18° grensoverschrijdende constructie: een constructie die ofwel meer dan één lidstaat ofwel een lidstaat en een derde land betreft, waarbij ten minste één van de volgende voorwaarden is vervuld:

- a) niet alle deelnemers aan de constructie hebben hun fiscale woonplaats in hetzelfde rechtsgebied;
- b) een of meer van de deelnemers aan de constructie heeft zijn fiscale woonplaats tegelijkertijd in

meer dan één rechtsgebied;

c) een of meer van de deelnemers aan de constructie oefent een bedrijf uit in een ander rechtsgebied via een in dat rechtsgebied gelegen vaste inrichting en de constructie behelst een deel of het geheel van het bedrijf van die vaste inrichting;

d) een of meer van de deelnemers aan de constructie oefent een activiteit uit in een ander rechtsgebied zonder in dat rechtsgebied zijn fiscale woonplaats te hebben of zonder in dat rechtsgebied een vaste inrichting te creëren;

e) een dergelijke constructie heeft mogelijk gevolgen voor de automatische uitwisseling van inlichtingen of de vaststelling van het uiteindelijk belang.

Voor de toepassing van 18° tot en met 25° van dit artikel en de artikelen 5 en 14 betekent een constructie tevens een reeks constructies. Een constructie kan uit verscheidene stappen of onderdelen bestaan;

19° meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie: iedere grensoverschrijdende constructie die ten minste één van de in artikel 5 vermelde wezenskenmerken bezit;

20° wezenskenmerk: een eigenschap of kenmerk van een grensoverschrijdende constructie die geldt als een indicatie van een mogelijk risico op belastingontwijking, als genoemd in artikel 5;

21° intermediair: een persoon die een meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie bedenkt, aanbiedt, opzet, beschikbaar maakt voor implementatie of de implementatie ervan beheert.

Intermediair is ook een persoon die, gelet op de betrokken feiten en omstandigheden en op basis van de beschikbare informatie en de deskundigheid die en het begrip dat nodig zijn om die diensten te verstrekken, weet of redelijkerwijs kon weten dat hij heeft toegezegd rechtstreeks of via andere personen hulp, bijstand of advies te verstrekken met betrekking tot het bedenken, aanbieden, opzetten, beschikbaar maken voor implementatie of beheren van de implementatie van een meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie. Elke persoon heeft het recht bewijs te leveren van het feit dat een dergelijk persoon niet wist en redelijkerwijs niet kon weten dat die persoon bij een meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie betrokken was. Daartoe kan die persoon alle relevante feiten en omstandigheden, beschikbare informatie en zijn relevante deskundigheid en begrip ervan vermelden.

Om een intermediair te zijn, dient een persoon ten minste één van de volgende aanvullende voorwaarden te vervullen:

a) fiscaal inwoner van een lidstaat zijn;

b) beschikken over een vaste inrichting in een lidstaat via welke de diensten in verband met de constructie worden verleend;

c) opgericht zijn in of onder de toepassing van de wetten vallen van een lidstaat;

d) ingeschreven zijn bij een beroepsorganisatie in verband met de verstrekking van juridische, fiscale of adviesdiensten in een lidstaat;

22° relevante belastingplichtige: elke persoon voor wie een meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie beschikbaar wordt gemaakt voor implementatie, of die gereed is om een meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie te implementeren of die de eerste stap van een dergelijke constructie heeft geïmplementeerd;

23° verbonden onderneming: voor de toepassing van artikel 14: een persoon die gelieerd is met een andere persoon op ten minste één van de volgende wijzen:

a) een persoon neemt deel aan de leiding van een andere persoon waarbij invloed van betekenis kan uitoefenen op die andere persoon;

b) een persoon neemt deel aan de zeggenschap over een andere persoon door middel van een deelneming van meer dan 25 % van de stemrechten;

c) een persoon neemt deel in het kapitaal van een andere persoon door middel van een eigendomsrecht van, rechtstreeks of middellijk, meer dan 25 % van het kapitaal;

d) een persoon heeft recht op 25 % of meer van de winsten van een andere persoon.

Indien meer dan één persoon deelneemt, als bedoeld onder a) tot en met d), aan de leiding van, aan zeggenschap over of in het kapitaal of de winsten van dezelfde persoon, worden alle betrokken personen als verbonden ondernemingen beschouwd.

Indien dezelfde personen deelnemen, als bedoeld onder a) tot en met d), aan de leiding van, aan

zeggenschap over of in het kapitaal of de winsten van meer dan één persoon, worden alle betrokken personen als verbonden ondernemingen beschouwd.

Voor de toepassing van dit punt wordt een persoon die met betrekking tot de stemrechten of het kapitaalbezit van een entiteit samen met een andere persoon optreedt, beschouwd als houder van een deelneming in alle stemrechten of het volledige kapitaalbezit dat die andere persoon in de genoemde entiteit heeft.

Bij middellijke deelneming wordt vastgesteld of aan de eisen onder c) is voldaan door vermenigvuldiging van de deelnemingspercentages door de opeenvolgende niveaus heen. Een persoon die meer dan 50 % van de stemrechten houdt, wordt geacht 100 % te houden.

Een natuurlijk persoon, zijn of haar echtgenoot en bloedverwanten in de rechte lijn worden behandeld als één persoon;

24° marktklare constructie: een grensoverschrijdende constructie die is bedacht of aangeboden, implementeerbaar is of beschikbaar is gemaakt voor implementatie zonder dat er wezenlijke aanpassingen nodig zijn;

25° constructie op maat: een grensoverschrijdende constructie die geen marktklare constructie is;

26° gezamenlijke audit: een administratief onderzoek dat gezamenlijk door de bevoegde autoriteiten van twee of meer lidstaten wordt uitgevoerd, en verband houdt met een of meer personen van gezamenlijk of complementair belang voor de bevoegde autoriteiten van die lidstaten;

27° gegevensinbreuk: een inbreuk op de beveiliging die leidt tot vernietiging, verlies, wijziging of elk voorval van ongepaste of ongeoorloofde inzage, openbaarmaking of gebruik van inlichtingen, met inbegrip van, maar niet beperkt tot, persoonsgegevens die worden doorgegeven, opgeslagen of anderszins verwerkt, als gevolg van opzettelijke onwettige handelingen, nalatigheid of ongevallen. Een gegevensinbreuk kan betrekking hebben op de vertrouwelijkheid, de beschikbaarheid en de integriteit van gegevens;

28° Algemene Verordening Gegevensbescherming: Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG.

Art. 5 – Wezenskenmerken van een grensoverschrijdende constructie

§ 1 – De wezenskenmerken van een grensoverschrijdende constructie worden ingedeeld in vijf categorieën:

1° categorie A: de in § 2 vermelde algemene wezenskenmerken;

2° categorie B: de in § 3 vermelde specifieke wezenskenmerken;

3° categorie C: de in § 4 vermelde specifieke wezenskenmerken in verband met grensoverschrijdende transacties;

4° categorie D: de in § 5 vermelde specifieke wezenskenmerken in verband met de automatische uitwisseling van inlichtingen en het uiteindelijk belang;

5° categorie E: de in § 6 vermelde wezenskenmerken in verband met verrekenprijzen.

De algemene wezenskenmerken overeenkomstig categorie A vermeld in § 2 en de specifieke wezenskenmerken overeenkomstig categorie B vermeld in § 3 en overeenkomstig categorie C vermeld in § 4, 1°, b), i), c) en d), mogen uitsluitend in aanmerking worden genomen indien ze aan de 'main benefit test' voldoen.

Aan die toets is voldaan indien kan worden aangetoond dat het belangrijkste voordeel dat of een van de belangrijkste voordelen die, gelet op alle relevante feiten en omstandigheden, redelijkerwijs te verwachten valt van een constructie het verkrijgen van een belastingvoordeel is.

In het kader van het wezenskenmerk in categorie C vermeld in § 4, 1°, kan de aanwezigheid van de in § 4, 1°, b), i), c) en d), bepaalde voorwaarden op zich geen reden zijn om te concluderen dat een constructie voldoet aan de 'main benefit test'.

§ 2 – Als algemene wezenskenmerken van categorie A die aan de 'main benefit test' zijn gekoppeld, worden beschouwd:

1° een constructie waarbij de relevante belastingplichtige of een deelnemer aan de constructie zich tot geheimhouding verbindt en op grond hiervan niet aan andere intermediairs of de belastingautoriteiten mag onthullen hoe de constructie een belastingvoordeel kan opleveren;

2° een constructie waarbij de intermediair aanspraak maakt op een vergoeding (of rente, betaling van financieringskosten en andere uitgaven) voor de constructie en die vergoeding wordt vastgelegd op basis van:

a) het bedrag van het belastingvoordeel dat de constructie oplevert, of

b) de vraag of de constructie daadwerkelijk een belastingvoordeel heeft opgeleverd. De intermediair moet daarbij de vergoeding gedeeltelijk of volledig terugbetalen wanneer het met de constructie beoogde belastingvoordeel niet gedeeltelijk of volledig werd verwezenlijkt;

3° een constructie waarbij gebruik wordt gemaakt van gestandaardiseerde documenten en/of een gestandaardiseerde structuur en die beschikbaar is voor meer dan één relevante belastingplichtige zonder dat er voor implementatie wezenlijke aanpassingen nodig zijn.

§ 3 – Als specifieke wezenskenmerken van categorie B die aan de 'main benefit test' zijn gekoppeld, worden beschouwd:

1° een constructie waarbij een deelnemer aan de constructie een reeks geplande stappen onderneemt die erin bestaan een verlieslijdende onderneming te verwerven, de hoofdactiviteit van die onderneming stop te zetten en de verliezen ervan te gebruiken om de door hem verschuldigde belastingen te verminderen, onder meer door overdracht van die verliezen naar een ander rechtsgebied of door een versneld gebruik van die verliezen;

2° een constructie die tot gevolg heeft dat inkomsten worden omgezet in vermogen, schenkingen of andere inkomstencategorieën die lager worden belast of van belasting worden vrijgesteld;

3° een constructie die circulaire transacties omvat met als resultaat dat middelen worden rondgepompt ('round-tripping'), meer bepaald met behulp van tussengeschoven entiteiten zonder ander primair handelsdoel of van transacties die elkaar compenseren of tenietdoen of andere soortgelijke kenmerken hebben.

§ 4 – Als specifieke wezenskenmerken in categorie C, in verband met grensoverschrijdende transacties, worden beschouwd:

1° een constructie met aftrekbare grensoverschrijdende betalingen tussen twee of meer verbonden ondernemingen waarbij ten minste één van de volgende voorwaarden is vervuld:

a) de ontvanger is in geen van de fiscale rechtsgebieden fiscaal inwoner;

b) de ontvanger is fiscaal inwoner in een rechtsgebied, maar dat rechtsgebied:

i) heft geen vennootschapsbelasting, of heft vennootschapsbelasting tegen een nultarief of bijna-nultarief, of

ii) is opgenomen in een lijst van rechtsgebieden van derde landen die door de lidstaten gezamenlijk of in het kader van de OESO als niet-coöperatief zijn beoordeeld;

c) de betaling geniet een volledige belastingvrijstelling in het rechtsgebied waar de ontvanger fiscaal inwoner is;

d) de betaling geniet een fiscaal gunstregime in het rechtsgebied waar de ontvanger fiscaal inwoner is;

2° in meer dan één rechtsgebied wordt aanspraak gemaakt op aftrekken voor dezelfde afschrijving;

3° in meer dan één rechtsgebied wordt aanspraak gemaakt op voorkoming van dubbele belasting voor hetzelfde inkomens- of vermogensbestanddeel;

4° een constructie met overdrachten van activa waarbij er een wezenlijk verschil bestaat tussen het bedrag dat in de betrokken rechtsgebieden wordt aangemerkt als de voor die activa te betalen vergoeding.

§ 5 – Als specifieke wezenskenmerken in categorie D, in verband met automatische uitwisseling van

inlichtingen en uiteindelijk belang, worden beschouwd:

1° een constructie die kan leiden tot het ondermijnen van de rapportageverplichting uit hoofde van de wetgeving ter omzetting van Uniewetgeving of evenwaardige overeenkomsten inzake de automatische uitwisseling van inlichtingen over financiële rekeningen, waaronder overeenkomsten met derde landen, of die profiteert van het gebrek aan die wetgeving of overeenkomsten. Dergelijke constructies omvatten ten minste het volgende:

a) het gebruik van een rekening, product of belegging die geen financiële rekening is of niet als zodanig te boek staat, maar die over eigenschappen beschikt die in wezen vergelijkbaar zijn met die van een financiële rekening;

b) de overdracht van financiële rekeningen of activa aan, of het gebruik van rechtsgebieden die niet gebonden zijn aan de automatische uitwisseling van inlichtingen over financiële rekeningen met de staat van verblijf van de relevante belastingplichtige;

c) de herkwalficatie van inkomsten en vermogen in producten of betalingen die niet onder de automatische uitwisseling van inlichtingen vallen;

d) de overdracht of omzetting van een financiële instelling of een financiële rekening of de activa daarvan in een financiële instelling of een financiële rekening of activa die niet onder de rapportage in het kader van de automatische uitwisseling van inlichtingen vallen;

e) het gebruik van rechtspersonen, juridische constructies of structuren die de rapportage over één of meer rekeninghouders of uiteindelijk begunstigden in het kader van de automatische uitwisseling van inlichtingen over financiële rekeningen stopzetten of daartoe strekken;

f) constructies die due diligence-procedures die door financiële instellingen worden gebruikt om te voldoen aan hun verplichtingen tot het rapporteren van inlichtingen over financiële rekeningen, ondermijnen of zwakke punten ervan benutten, onder meer via het gebruik van rechtsgebieden met ontoereikende of zwakke regelingen voor de handhaving van antiwitwaswetgeving of met zwakke transparantievereisten voor rechtspersonen of juridische constructies;

2° een constructie waarbij de juridische of feitelijke eigendom niet-transparant is door het gebruik van personen, juridische constructies of structuren:

a) die geen wezenlijke economische, door voldoende personeel, uitrusting, activa en gebouwen ondersteunde activiteit uitoefenen, en

b) die zijn opgericht in, worden beheerd in, inwoner zijn van, onder zeggenschap staan in, of gevestigd zijn in een ander rechtsgebied dan het rechtsgebied van verblijf van een of meer van de uiteindelijk begunstigden van de activa die door die personen, juridische constructies of structuren worden aangehouden, en

c) indien de uiteindelijk begunstigden van die personen, juridische constructies of structuren vermeld in artikel 4, 27°, van de wet van 18 september 2017 tot voorkoming van het witwassen van geld en de financiering van terrorisme en tot beperking van het gebruik van contanten, niet-identificeerbaar zijn gemaakt.

§ 6 – Als specifieke wezenskenmerken in categorie E, in verband met verrekenprijzen, worden beschouwd:

1° een constructie met gebruik van unilaterale veilighavenregels;

2° een constructie met overdracht van moeilijk te waarden immateriële activa. De term 'moeilijk te waarden immateriële activa' omvat immateriële activa of rechten op immateriële activa waarvoor, op het tijdstip van de overdracht ervan tussen verbonden ondernemingen:

a) geen betrouwbare vergelijkbare activa bestaan, en

b) de prognoses van de toekomstige kasstromen of inkomsten die naar verwachting uit de overgedragen activa voortvloeien, of de aannames die worden gebruikt voor het waarden van de immateriële activa, bijzonder onzeker zijn, waardoor het moeilijk is te voorspellen hoe succesvol de immateriële activa op het moment van de overdracht uiteindelijk zullen zijn;

3° een constructie met een grensoverschrijdende overdracht binnen de groep van functies, en/of risico's en/of activa, indien de geraamde jaarlijkse winst vóór interest en belastingen (ebit) van de overdrager of overdragers, tijdens de periode van drie jaar na de overdracht, minder dan 50 % bedraagt van de geraamde jaarlijkse ebit van die overdrager of overdragers indien de overdracht niet

had plaatsgevonden.

Art. 6 – Inkennisstelling van het centrale verbindingsbureau

De verbindingdienst die of het bevoegde personeelslid dat overeenkomstig dit decreet een verzoek of een antwoord op een verzoek om samenwerking verzendt of ontvangt, stelt het centrale verbindingsbureau hiervan in kennis.

Art. 7 – Doorzending aan het centrale verbindingsbureau

De verbindingdienst die of het bevoegde personeelslid dat een verzoek om samenwerking ontvangt dat een optreden vereist buiten de hem krachtens de wetgeving of het interne beleid van de Duitstalige Gemeenschap verleende bevoegdheid, geeft het verzoek onverwijld door aan het centrale verbindingsbureau en stelt de verzoekende autoriteit hiervan in kennis. In dat geval gaat de in artikel 11 gestelde termijn in op de dag nadat het verzoek om samenwerking aan het centrale verbindingsbureau is doorgezonden.

HOOFDSTUK 2 – UITWISSELING VAN INLICHTINGEN

Afdeling 1 – Uitwisseling van inlichtingen op verzoek

Art. 8 – Bevoegde autoriteit

Met betrekking tot een specifiek geval kan de bevoegde autoriteit een buitenlandse autoriteit om de mededeling verzoeken van alle inlichtingen vermeld in artikel 2, § 1, eerste lid, die ze in haar bezit heeft of naar aanleiding van een administratief onderzoek verkrijgt.

Het in het eerste lid bedoelde verzoek kan een met redenen omkleed verzoek om een administratief onderzoek omvatten. De bevoegde autoriteit kan de aangezochte autoriteit verzoeken haar de originele stukken te bezorgen.

Art. 9 – Buitenlandse autoriteit

De bevoegde autoriteit verstrekt op verzoek van een buitenlandse autoriteit met betrekking tot een specifiek geval alle inlichtingen vermeld in artikel 2, § 1, eerste lid, die zij in haar bezit heeft of verkregen heeft naar aanleiding van een administratief onderzoek dat werd ingesteld om die inlichtingen te verkrijgen.

De bevoegde autoriteit laat elk administratief onderzoek verrichten dat noodzakelijk is om de in artikel 2, § 1, eerste lid, bedoelde inlichtingen te kunnen verkrijgen.

Het in het eerste lid bedoelde verzoek kan een met redenen omkleed verzoek om een administratief onderzoek omvatten. Indien de bevoegde autoriteit van oordeel is dat er geen administratief onderzoek nodig is, deelt zij de verzoekende autoriteit onmiddellijk de redenen daarvoor mee.

Voor het verkrijgen van de gevraagde inlichtingen of het verrichten van het gevraagde administratieve onderzoek gaat de bevoegde autoriteit te werk volgens dezelfde procedures als handelde zij uit eigen beweging of op verzoek van een andere Belgische autoriteit.

Op specifiek verzoek van de verzoekende autoriteit deelt de bevoegde autoriteit originele stukken aan de verzoekende autoriteit mee, tenzij de geldende voorschriften van de Duitstalige Gemeenschap zich hiertegen verzetten.

Art. 10 – Verwacht belang

§ 1 – Wat betreft een in de artikelen 8 en 9 bedoeld verzoek zijn de verzochte inlichtingen van verwacht belang indien op het ogenblik van het verzoek de verzoekende autoriteit van oordeel is dat er overeenkomstig haar nationale wetgeving een redelijke mogelijkheid bestaat dat de verzochte inlichtingen van belang zullen zijn voor de belastingaangelegenheden van één of meer belastingplichtigen, hetzij bij naam geïdentificeerd of anderszins, en het verzoek gerechtvaardigd is voor de doeleinden van het onderzoek.

§ 2 – Om het verwacht belang van de verzochte inlichtingen aan te tonen, verstrekt de verzoekende autoriteit ten minste de volgende inlichtingen aan de bevoegde autoriteit:

- 1° het fiscale doel waarvoor de informatie wordt opgevraagd, en
- 2° een specificering van de inlichtingen die nodig zijn voor de uitvoering of handhaving van haar nationale wetgeving.

§ 3 – Indien een in de artikelen 8 en 9 bedoeld verzoek betrekking heeft op een groep belastingplichtigen die niet individueel kunnen worden geïdentificeerd, verstrekt de verzoekende autoriteit ten minste de volgende inlichtingen aan de bevoegde autoriteit:

- 1° een gedetailleerde beschrijving van de groep;
- 2° een toelichting bij de toepasselijke wetgeving en bij de feiten op basis waarvan redelijkerwijze vermoed kan worden dat de belastingplichtigen in de groep de toepasselijke wetgeving niet hebben nageleefd;
- 3° een toelichting bij de manier waarop de gevraagde inlichtingen zouden bijdragen tot het bepalen van de mate waarin de belastingplichtigen in de groep aan de toepasselijke wetgeving voldoen; en
- 4° in voorkomend geval, feiten en omstandigheden die verband houden met de betrokkenheid van een derde die actief heeft bijgedragen tot de mogelijke niet-naleving van de toepasselijke wetgeving door de belastingplichtigen in de groep.

Art. 11 – Behandeling van het verzoek

§ 1 – De in artikel 9, eerste lid, bedoelde inlichtingen worden door de bevoegde autoriteit zo spoedig mogelijk, doch uiterlijk drie maanden na de datum van ontvangst van het verzoek verstrekt. Indien de bevoegde autoriteit echter niet binnen de gestelde termijn aan het verzoek kan voldoen, deelt zij de redenen hiervoor onmiddellijk, en in elk geval binnen drie maanden na ontvangst van het verzoek, aan de verzoekende autoriteit mee, met vermelding van de datum waarop zij denkt aan het verzoek te kunnen voldoen. De termijn mag niet langer zijn dan zes maanden te rekenen vanaf de datum van ontvangst van het verzoek. Indien de bevoegde autoriteit die inlichtingen evenwel al in haar bezit heeft, verstrekt zij die binnen twee maanden na die datum.

In bijzondere gevallen kunnen de bevoegde en de verzoekende autoriteit andere dan de in het eerste lid vastgestelde termijnen overeenkomen.

§ 2 – De ontvangst van het verzoek wordt door de bevoegde autoriteit aan de verzoekende autoriteit onmiddellijk, en in elk geval uiterlijk zeven werkdagen na ontvangst, indien mogelijk langs elektronische weg bevestigd.

§ 3 – De bevoegde autoriteit laat in voorkomend geval, uiterlijk een maand na ontvangst van het verzoek, aan de verzoekende autoriteit weten welke tekortkomingen het verzoek vertoont en welke

aanvullende achtergrondinformatie zij verlangt. De in paragraaf 1 gestelde termijnen gaan in dit geval in op de datum waarop de bevoegde autoriteit de nodige aanvullende informatie ontvangt.

§ 4 – Indien de bevoegde autoriteit niet over de gevraagde inlichtingen beschikt en niet aan het verzoek om inlichtingen kan voldoen of het verzoek om de in artikel 32 genoemde redenen afwijst, deelt zij de redenen hiervoor onmiddellijk, en in elk geval uiterlijk een maand na ontvangst van het verzoek, aan de verzoekende autoriteit mee.

Afdeling 2 – Verplichte automatische uitwisseling van inlichtingen

Onderafdeling 1 – Algemene bepalingen

Art. 12 – Reikwijdte en voorwaarden

De bevoegde autoriteit verstrekt de buitenlandse autoriteiten automatisch alle inlichtingen waarover zij ten aanzien van ingezetenen van die andere lidstaat beschikt inzake de volgende specifieke inkomsten- en vermogenscategorieën, op te vatten in de zin van de Belgische wetgeving:

- 1° bezoldigingen van werknemers;
- 2° tantièmes en presentiegelden;
- 3° levensverzekeringsproducten die niet vallen onder andere Unierechtsinstrumenten inzake de uitwisseling van inlichtingen noch onder soortgelijke voorschriften;
- 4° pensioenen;
- 5° eigendom van en inkomsten uit onroerend goed;
- 6° royalty's.

Voor belastingtijdvakken die ingaan op of na 1 januari 2024, streeft de bevoegde autoriteit ernaar het fiscaal identificatienummer (tax identification number, TIN) van ingezetenen op te nemen in de verstrekking van de in het eerste lid bedoelde inlichtingen.

De inlichtingen worden ten minste eenmaal per jaar, binnen zes maanden na het verstrijken van het kalenderjaar in de loop waarvan de inlichtingen beschikbaar zijn geworden, verstrekt.

Art. 13 – Voorafgaande grensoverschrijdende rulings

§ 1 – De bevoegde autoriteit die na 31 december 2016 een voorafgaande grensoverschrijdende ruling afgeeft of maakt, wijzigt of hernieuwt, verstrekt de bevoegde autoriteiten van alle andere lidstaten en de Europese Commissie automatisch inlichtingen daaromtrent, met inachtneming van de in paragraaf 6 genoemde beperkingen, zulks overeenkomstig de uit hoofde van artikel 36 vastgestelde toepasselijke praktische regelingen.

§ 2 – De bevoegde autoriteit verstrekt, overeenkomstig de krachtens artikel 36 vastgestelde toepasselijke praktische regelingen, ook de bevoegde autoriteiten van alle andere lidstaten, alsmede de Europese Commissie, de inlichtingen — met inachtneming van de in paragraaf 6 genoemde beperkingen — over voorafgaande grensoverschrijdende rulings die zijn afgegeven of gemaakt, gewijzigd of hernieuwd binnen een periode beginnend vijf jaar vóór 1 januari 2017.

Indien die voorafgaande grensoverschrijdende rulings zijn afgegeven of gemaakt, gewijzigd of hernieuwd tussen 1 januari 2012 en 31 december 2013, worden die inlichtingen verstrekt op voorwaarde dat die voorafgaande grensoverschrijdende rulings nog geldig waren op 1 januari 2014.

Indien die voorafgaande grensoverschrijdende rulings zijn afgegeven of gemaakt, gewijzigd of hernieuwd tussen 1 januari 2014 en 31 december 2016, worden die inlichtingen verstrekt ongeacht of die voorafgaande grensoverschrijdende rulings nog geldig zijn.

Deze paragraaf geldt niet voor inlichtingen over voorafgaande grensoverschrijdende rulings die vóór 1 april 2016 zijn afgegeven of gemaakt, gewijzigd of hernieuwd ten aanzien van een bepaalde persoon of groep personen, met uitzondering van die welke hoofdzakelijk financiële of investeringsactiviteiten verrichten, met een jaarlijkse nettogroepsomzet, als gedefinieerd in artikel 2, punt 5), van Richtlijn 2013/34/EU van minder dan 40.000.000 euro in het boekjaar voorafgaand aan de datum waarop die grensoverschrijdende rulings zijn afgegeven of gemaakt, gewijzigd of hernieuwd.

§ 3 – De paragrafen 1 en 2 zijn niet van toepassing wanneer een voorafgaande grensoverschrijdende ruling uitsluitend betrekking heeft op de belastingzaken van een of meer natuurlijke personen.

§ 4 – De inlichtingenuitwisseling geschiedt als volgt:

1° voor de op grond van paragraaf 1 uitgewisselde inlichtingen: onverwijld zodra de voorafgaande grensoverschrijdende rulings zijn afgegeven of gemaakt, gewijzigd of hernieuwd en uiterlijk binnen drie maanden na het einde van het eerste halfjaar van het kalenderjaar waarin de voorafgaande grensoverschrijdende rulings zijn afgegeven of gemaakt, gewijzigd of hernieuwd;

2° voor de overeenkomstig paragraaf 2 uitgewisselde inlichtingen: vóór 1 januari 2018.

§ 5 – De door de bevoegde autoriteit uit hoofde van de paragrafen 1 en 2 te verstrekken inlichtingen omvatten in het bijzonder de volgende gegevens:

1° de identificatiegegevens van de persoon, niet zijnde een natuurlijke persoon, en in voorkomend geval van de groep personen waartoe deze behoort;

2° een samenvatting van de voorafgaande grensoverschrijdende ruling, met onder meer een omschrijving van de relevante zakelijke activiteiten of transacties of reeks van transacties, alsook alle andere inlichtingen die voor de bevoegde autoriteit nuttig kunnen zijn bij de evaluatie van een mogelijk belastingrisico, die niet mag leiden tot de openbaarmaking van een handels-, bedrijfs-, nijverheids- of beroepsgeheim of een fabrieks- of handelswerkwijze, of van inlichtingen waarvan het verstrekken in strijd zou zijn met de openbare orde;

3° de data waarop de voorafgaande grensoverschrijdende ruling is afgegeven of gemaakt, gewijzigd of hernieuwd;

4° de aanvangsdatum van de geldigheidsperiode van de voorafgaande grensoverschrijdende ruling, indien vermeld;

5° de einddatum van de geldigheidsperiode van de voorafgaande grensoverschrijdende ruling, indien vermeld;

6° het type voorafgaande grensoverschrijdende ruling;

7° het bedrag van de transactie of reeks van transacties van de voorafgaande grensoverschrijdende ruling, indien vermeld in de voorafgaande grensoverschrijdende ruling;

8° de andere lidstaten, indien er zijn, waarop de voorafgaande grensoverschrijdende ruling naar alle waarschijnlijkheid van invloed zal zijn;

9° personen, niet zijnde natuurlijke personen, in de andere lidstaten, indien die er zijn, op wie de voorafgaande grensoverschrijdende ruling naar alle waarschijnlijkheid van invloed zal zijn, waarbij vermeld dient te worden met welke lidstaten de getroffen personen verbonden zijn;

10° de vermelding of de meegedeelde inlichtingen gebaseerd zijn op de voorafgaande grensoverschrijdende ruling zelf.

§ 6 – De inlichtingen bedoeld in § 5, 1°, 2° en 9°, worden niet medegedeeld aan de Europese Commissie.

§ 7 – De Regering kan de regels bepalen voor de mededeling van de ontvangst van de inlichtingen vermeld in § 5, 10°, door de bevoegde autoriteit.

§ 8 – De bevoegde autoriteit kan in overeenstemming met artikel 8, eerste lid, om aanvullende inlichtingen verzoeken, daaronder begrepen de volledige tekst van de voorafgaande grensoverschrijdende ruling.

Art. 14 – Meldingsplichtige grensoverschrijdende constructies

§ 1 – De intermediairs verstrekken aan de bevoegde autoriteiten inlichtingen over meldingsplichtige grensoverschrijdende constructies waarvan zij kennis, bezit of controle hebben, binnen dertig dagen te rekenen vanaf:

1° de dag nadat de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie voor implementatie beschikbaar is gesteld, of

2° de dag nadat de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie voor implementatie gereed is, of

3° het ogenblik dat de eerste stap in de implementatie van de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie is ondernomen, naargelang wat het eerst plaatsvindt.

Onverminderd het eerste lid verstrekken ook de in artikel 4, 21°, tweede lid, bedoelde intermediairs inlichtingen binnen dertig dagen te rekenen vanaf de dag nadat zij, rechtstreeks of via andere personen, hulp, bijstand of advies hebben verstrekt.

§ 2 – In het geval van marktklare constructies stelt de intermediair om de drie maanden een periodiek verslag op met een overzicht van nieuwe meldingsplichtige inlichtingen als bedoeld in § 13, 1°, 4°, 7° en 8°, die sinds het laatste ingediende verslag beschikbaar zijn geworden.

§ 3 – Wanneer de intermediair verplicht is inlichtingen over meldingsplichtige grensoverschrijdende constructies te verstrekken aan de bevoegde autoriteiten van meer dan één lidstaat, worden die inlichtingen alleen verstrekt aan de lidstaat die als eerste op de onderstaande lijst voorkomt:

1° de lidstaat waar de intermediair fiscaal inwoner is;

2° de lidstaat waar de intermediair een vaste inrichting heeft via welke de diensten met betrekking tot de constructie worden verstrekt;

3° de lidstaat waar de intermediair is opgericht of onder toepassing van de wetten valt;

4° de lidstaat waar de intermediair is ingeschreven bij een beroepsorganisatie in verband met de verstrekking van juridische, fiscale of adviesdiensten.

§ 4 – Wanneer er overeenkomstig paragraaf 3 een meervoudige meldingsplicht bestaat, wordt de intermediair ontheven van het verstrekken van de inlichtingen als hij aantoont dat dezelfde inlichtingen in een andere lidstaat zijn verstrekt.

§ 5 – De intermediairs zijn bevrijd van de verplichting tot het verstrekken van inlichtingen over een meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie, wanneer de meldingsplicht een strafrechtelijk vervolgte inbreuk zou vormen op het verschoningsrecht. In dat geval stellen de intermediairs andere intermediairs of, bij gebreke daarvan, de relevante belastingplichtige onverwijld in kennis van de verplichting tot verstrekking van inlichtingen overeenkomstig paragraaf 6.

Een verschoningsrecht overeenkomstig deze paragraaf kan niet worden ingeroepen met betrekking tot de meldingsplicht voor marktklare constructies die vallen onder de periodieke verslaglegging overeenkomstig paragraaf 2.

§ 6 – Wanneer er geen intermediair is of de intermediair de relevante belastingplichtige of een andere intermediair in kennis stelt van de toepassing van een ontheffing krachtens paragraaf 5, ligt de verplichting tot verstrekking van inlichtingen over een meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie bij de andere in kennis gestelde intermediair of, bij gebreke daarvan, bij de relevante belastingplichtige.

§ 7 – De relevante belastingplichtige bij wie de meldingsplicht ligt, verstrekt de inlichtingen binnen dertig dagen, te rekenen vanaf de dag nadat de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie voor implementatie ter beschikking van de relevante belastingplichtige is gesteld of gereed is voor implementatie door de relevante belastingplichtige of zodra de eerste stap voor de implementatie ervan met betrekking tot de relevante belastingplichtige is ondernomen, naargelang wat het eerst plaatsvindt.

Wanneer de relevante belastingplichtige verplicht is inlichtingen over de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie te verstrekken aan de bevoegde autoriteiten van meer dan één lidstaat, worden die inlichtingen alleen verstrekt aan de bevoegde autoriteiten van de lidstaat die als eerste op de onderstaande lijst voorkomt:

- 1° de lidstaat waar de relevante belastingplichtige fiscaal inwoner is;
- 2° de lidstaat waar de relevante belastingplichtige een vaste inrichting heeft die begunstigde van de constructie is;
- 3° de lidstaat waar de relevante belastingplichtige inkomsten ontvangt of winsten genereert, hoewel de relevante belastingplichtige geen fiscaal inwoner van een lidstaat is noch een vaste inrichting in een lidstaat heeft;
- 4° de lidstaat waar de relevante belastingplichtige een activiteit uitoefent, hoewel de relevante belastingplichtige geen fiscaal inwoner van een lidstaat is noch een vaste inrichting in een lidstaat heeft.

§ 8 – Wanneer er op grond van paragraaf 7 een meervoudige meldingsplicht bestaat, wordt de relevante belastingplichtige ontheven van het verstrekken van de inlichtingen als hij overeenkomstig het nationale recht aantoonst dat dezelfde inlichtingen in een andere lidstaat zijn verstrekt.

§ 9 – Wanneer er meer dan één intermediair is, ligt de verplichting tot verstrekking van inlichtingen over de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie bij alle intermediairs die bij dezelfde meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie betrokken zijn.

Een intermediair wordt alleen ontheven van het verstrekken van de inlichtingen voor zover hij aantoonst dat dezelfde inlichtingen als bedoeld in paragraaf 13 reeds door een andere intermediair zijn verstrekt.

§ 10 – Wanneer de meldingsplicht bij de relevante belastingplichtige ligt en er meer dan één relevante belastingplichtige is, worden de inlichtingen overeenkomstig paragraaf 6 verstrekt door de belastingplichtige die als eerste op de onderstaande lijst voorkomt:

- 1° de relevante belastingplichtige die de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie is overeengekomen met de intermediair;
- 2° de relevante belastingplichtige die de implementatie van de constructie beheert.

Een relevante belastingplichtige wordt alleen ontheven van het verstrekken van de inlichtingen voor zover hij aantoonst dat dezelfde inlichtingen als bedoeld in paragraaf 13 reeds door een andere relevante belastingplichtige zijn verstrekt.

§ 11 – De bevoegde autoriteit kan de noodzakelijke maatregelen nemen om te eisen dat iedere relevante belastingplichtige aan de belastingdienst inlichtingen verstrekt over het gebruik dat hij van de constructie maakt voor ieder jaar waarin hij er gebruik van maakt.

§ 12 – De bevoegde autoriteit waaraan de inlichtingen overeenkomstig paragrafen 1 tot en met 11 zijn verstrekt, deelt de in paragraaf 13 bedoelde gegevens via automatische uitwisseling mee aan de bevoegde autoriteiten van alle andere lidstaten in overeenstemming met de krachtens artikel 36 vastgestelde nadere regels.

§ 13 – De door de bevoegde autoriteit van een lidstaat uit hoofde van paragraaf 12 mee te delen inlichtingen omvatten het volgende, voor zover van toepassing:

1° de identificatiegegevens van intermediairs en relevante belastingplichtigen, met inbegrip van hun naam, geboortedatum en -plaats (in het geval van een natuurlijk persoon), fiscale woonplaats, fiscaal identificatienummer, en, in voorkomend geval, van de personen die een verbonden onderneming vormen met de relevante belastingplichtige;

2° nadere bijzonderheden over de in bijlage IV van Richtlijn 2011/16/EU vermelde wezenskenmerken op grond waarvan de grensoverschrijdende constructie gemeld moet worden;

3° een samenvatting van de inhoud van de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie, met onder meer de benaming waaronder zij algemeen bekend staat, indien voorhanden, en een omschrijving van de relevante zakelijke activiteiten of constructies, in algemene bewoordingen gesteld, die niet mag leiden tot de openbaarmaking van een handels-, bedrijfs-, nijverheids- of beroepsgeheim of een fabrieks- of handelswerkwijze, of van inlichtingen waarvan de onthulling in strijd zou zijn met de openbare orde;

4° de datum waarop de eerste stap voor de implementatie van de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie is of zal worden ondernomen;

5° nadere bijzonderheden van de nationale bepalingen die aan de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie ten grondslag liggen;

6° de waarde van de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie;

7° de lidstaat van de relevante belastingbetaler(s) en eventuele andere lidstaten waarop de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie naar alle waarschijnlijkheid van invloed zal zijn;

8° de identificatiegegevens van andere personen in een lidstaat, op wie de meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie naar alle waarschijnlijkheid van invloed zal zijn, waarbij wordt vermeld met welke lidstaten deze personen verbonden zijn.

§ 14 – Dat een belastingdienst niet reageert op een meldingsplichtige grensoverschrijdende constructie impliceert niet dat de geldigheid of fiscale behandeling van die constructie wordt aanvaard.

§ 15 – De automatische inlichtingenuitwisseling geschiedt binnen één maand te rekenen vanaf het einde van het kwartaal waarin de inlichtingen zijn verstrekt.

Onderafdeling 2 – Door de platformexploitanten gerapporteerde inlichtingen

Art. 15 – Bijzondere definities

Voor de toepassing van deze onderafdeling wordt met betrekking tot rapporterende platformexploitanten verstaan onder:

1° platform: elke software, met inbegrip van een website of onderdeel daarvan en toepassingen waaronder mobiele toepassingen, die toegankelijk is voor gebruikers en waardoor verkopers in staat worden gesteld verbonden te zijn met andere gebruikers voor het verrichten van een relevante activiteit, direct of indirect, ten behoeve van dergelijke gebruikers. Daaronder begrepen zijn ook alle regelingen voor de inning en betaling van een tegenprestatie met betrekking tot de relevante activiteit. De term 'platform' omvat niet de software die zonder enige verdere interventie bij het verrichten van een relevante activiteit uitsluitend een van de volgende activiteiten mogelijk maakt:

- a) het uitvoeren van betalingen in verband met een relevante activiteit;
- b) het aanbieden of adverteren van een relevante activiteit door gebruikers;

c) het doorverwijzen of overbrengen van gebruikers naar een platform;

2° platformexploitant: een entiteit die een overeenkomst sluit met een verkoper om een platform geheel of gedeeltelijk beschikbaar te stellen aan die verkoper;

3° uitgesloten platformexploitant: een platformexploitant die vooraf en jaarlijks ten genoegen van de bevoegde autoriteit van de lidstaat waaraan hij anders had moeten rapporteren, overeenkomstig de voorschriften van artikel 18, § 1, 1° tot en met 3°, heeft aangetoond dat het volledige bedrijfsmodel van het platform van dusdanige aard is dat het niet over te rapporteren verkopers beschikt;

4° rapporterende platformexploitant: een andere platformexploitant dan een uitgesloten platformexploitant, die in een van de volgende situaties verkeert:

a) hij is een fiscaal ingezetene van een lidstaat of, indien dat niet het geval is, voldoet hij aan een van de volgende voorwaarden:

i) hij is opgericht in overeenstemming met de wetgeving van een lidstaat;

ii) zijn plaats van leiding (inclusief de werkelijke leiding) bevindt zich in een lidstaat;

iii) hij heeft een vaste inrichting in een lidstaat en is geen gekwalificeerde platformexploitant buiten de Unie;

b) hij is geen fiscaal ingezetene van een lidstaat, noch is hij opgericht in overeenstemming met de wetten van een lidstaat, noch heeft hij zijn plaats van leiding of een vaste inrichting in een lidstaat, maar hij faciliteert de verrichting van een relevante activiteit door te rapporteren verkopers of een relevante activiteit in verband met de verhuur van onroerend goed dat in een lidstaat is gelegen, en hij is geen gekwalificeerde platformexploitant buiten de Unie;

5° gekwalificeerde platformexploitant buiten de Unie: een platformexploitant voor wie alle relevante activiteiten die hij faciliteert ook gekwalificeerde relevante activiteiten zijn en die een fiscaal ingezetene is van een gekwalificeerd niet-Unierechtsgebied of, indien hij dat niet is, aan een van de volgende voorwaarden voldoet:

a) hij is opgericht in overeenstemming met de wetgeving van een gekwalificeerd niet-Unierechtsgebied, of

b) zijn plaats van leiding (inclusief de werkelijke leiding) bevindt zich in een gekwalificeerd niet-Unierechtsgebied;

6° gekwalificeerd niet-Unierechtsgebied: een niet-Unierechtsgebied dat beschikt over een van kracht zijnde adequate overeenkomst tussen bevoegde autoriteiten met de bevoegde autoriteiten van alle lidstaten die in een door dit niet-Unierechtsgebied gepubliceerde lijst zijn aangemerkt als te rapporteren rechtsgebieden;

7° van kracht zijnde adequate overeenkomst tussen bevoegde autoriteiten: een overeenkomst tussen de bevoegde autoriteiten van een lidstaat en een niet-Unierechtsgebied, op grond waarvan de automatische uitwisseling plaatsvindt van inlichtingen die gelijkwaardig zijn aan die welke in artikel 18, § 2, zijn gespecificeerd, zoals bevestigd in een uitvoeringshandeling van de Europese Commissie;

8° relevante activiteit: een van de onderstaande activiteiten die worden verricht voor een tegenprestatie:

a) de verhuur van een onroerend goed, daaronder begrepen zakelijk en niet-zakelijk onroerend goed, alsmede elk ander onroerend goed en parkeerruimten;

b) een persoonlijke dienst;

c) de verkoop van goederen;

d) de verhuur van transportmiddelen.

De term 'relevante activiteit' omvat niet de activiteiten die door een verkoper worden verricht in de hoedanigheid van werknemer van de platformexploitant of van een met de platformexploitant gelieerde entiteit;

9° gekwalificeerde relevante activiteiten: relevante activiteiten die vallen onder de automatische uitwisseling op grond van een vigerende adequate overeenkomst tussen bevoegde autoriteiten;

10° tegenprestatie: een compensatie onder welke vorm ook, met aftrek van alle honoraria, commissielonen of belastingen die door de rapporterende platformexploitant worden ingehouden of geheven, die wordt betaald of gecrediteerd aan een verkoper in verband met de relevante activiteit, en waarvan het bedrag door de platformexploitant gekend is of redelijkerwijs gekend kan worden;

11° persoonlijke dienst: een dienst die een tijdgebonden of taakgerichte activiteit omvat die door een of meer natuurlijke personen wordt uitgevoerd, hetzij zelfstandig, hetzij namens een entiteit, en die wordt verricht op verzoek van een gebruiker, hetzij online, hetzij fysiek offline, na facilitering door een platform.

Voor de toepassing van deze onderafdeling wordt met betrekking tot te rapporteren verkopers verstaan onder:

1° verkoper: een gebruiker van een platform, hetzij een natuurlijke persoon, hetzij een entiteit, die op enig ogenblik tijdens de rapportageperiode op het platform is geregistreerd en een relevante activiteit verricht;

2° actieve verkoper: een verkoper die tijdens de rapportageperiode een relevante activiteit verricht, of aan wie een tegenprestatie wordt betaald of gecrediteerd in verband met een relevante activiteit tijdens de rapportageperiode;

3° te rapporteren verkoper: een actieve verkoper, die geen uitgesloten verkoper is, die een ingezetene is van een lidstaat of die een onroerend goed heeft verhuurd dat in een lidstaat is gelegen;

4° uitgesloten verkoper: een verkoper:

a) die een overheidsinstantie is;

b) die een entiteit is waarvan de aandelen regelmatig worden verhandeld op een erkende effectenbeurs of een gelieerde entiteit is van een entiteit waarvan de aandelen regelmatig worden verhandeld op een erkende effectenbeurs;

c) die een entiteit is waarvoor de platformexploitant tijdens de rapportageperiode meer dan 2.000 relevante activiteiten heeft gefaciliteerd door de verhuur van onroerend goed met betrekking tot een eigendomslijst; of

d) voor wie de platformexploitant tijdens de rapportageperiode minder dan dertig relevante activiteiten heeft gefaciliteerd door de verkoop van goederen, en voor wie het totale bedrag van de tegenprestatie dat is betaald of gecrediteerd, ten hoogste 2.000 euro bedroeg.

Voor de toepassing van deze onderafdeling wordt verstaan onder:

1° entiteit: een rechtspersoon of een juridische constructie, zoals een vennootschap, samenwerkingsverband, trust of stichting. Een entiteit is een gelieerde entiteit van een andere entiteit indien een van de entiteiten zeggenschap heeft over de andere, of indien beide entiteiten onder een gemeenschappelijk zeggenschap vallen. Daartoe wordt onder zeggenschap mede verstaan de directe of indirecte eigendom van meer dan 50 % van het aantal stemmen en de waarde in een entiteit. Bij indirecte deelneming wordt de nakoming van het vereiste dat meer dan 50 % van het eigendomsrecht in het kapitaal van de andere entiteit wordt gehouden, bepaald door vermenigvuldiging van de deelnemingspercentages door de opeenvolgende niveaus heen. Een persoon die meer dan 50 % van de stemrechten houdt, wordt geacht 100 % te houden;

2° overheidsinstantie: de regering van een lidstaat of ander rechtsgebied, een staatkundig onderdeel van een lidstaat of ander rechtsgebied (met inbegrip van een staat, provincie, district of gemeente), of een agentschap of instantie van een lidstaat of ander rechtsgebied of van een of meer van de voorgaande overheidsinstanties dat/die volledig daartoe behoort;

3° TIN: het door een lidstaat afgegeven fiscaal identificatienummer, of een functioneel equivalent bij gebreke van een fiscaal identificatienummer;

4° btw-identificatienummer: het unieke nummer ter identificatie van een belastingplichtige of een niet-belastbare rechtspersoon, die is geregistreerd voor btw-doeleinden;

5° hoofdadres: het adres van de hoofdverblijfplaats van een verkoper die een natuurlijke persoon is, alsook het adres van het geregistreerde kantoor van een verkoper die een entiteit is;

6° rapportageperiode: het kalenderjaar waarvoor de rapportage wordt afgesloten op grond van artikel 18;

7° eigendomslijst: alle onroerende goederen die op hetzelfde straatadres gelegen zijn, in het bezit zijn van dezelfde eigenaar en door dezelfde verkoper via een platform te huur worden aangeboden;

8° identificatiecode van de financiële rekening: het unieke identificatienummer of referentienummer van de rekening bij een bank of bij een andere vergelijkbare betalingsdienst waarover de platformexploitant beschikt en waarop de tegenprestatie wordt betaald of gecrediteerd;
9° goederen: elke lichamelijke zaak.

Art. 16 – Reikwijdte en voorwaarden

§ 1 – De rapporterende platformexploitanten voeren de due diligence-procedures uit en vervullen de rapportageverplichtingen, als omschreven in de artikelen 17 en 18, overeenkomstig bijlage V, deel IV, van Richtlijn 2011/06/EU.

§ 2 – Op grond van de toepasselijke due diligence-procedures en rapportageverplichtingen als omschreven in de artikelen 17 en 18, verstrekt de bevoegde autoriteit van een lidstaat waar de rapportage overeenkomstig paragraaf 1 heeft plaatsgevonden, door middel van een automatische uitwisseling en binnen de in paragraaf 3 gestelde termijn aan de bevoegde autoriteit van de lidstaat waarvan de te rapporteren verkoper een ingezetene is als bepaald op grond van artikel 17, § 4, en, indien de te rapporteren verkoper onroerend goed verhuurt, in ieder geval aan de bevoegde autoriteit van de lidstaat waarin het onroerend goed is gelegen, de volgende inlichtingen over elke te rapporteren verkoper:

1° naam, geregistreerd kantooradres, fiscaal identificatienummer en, in voorkomend geval, het op grond van paragraaf 4 toegewezen individueel identificatienummer van de rapporterende platformexploitant, alsook handelsnaam (-namen) van het platform (de platforms) waarover de rapporterende platformexploitant rapporteert;

2° voor- en achternaam van de te rapporteren verkoper als die een natuurlijke persoon is, en de officiële naam van de te rapporteren verkoper als die een entiteit is;

3° het hoofdadres;

4° een fiscaal identificatienummer van de te rapporteren verkoper, met vermelding van elke lidstaat van afgifte, of, bij ontstentenis daarvan, de geboorteplaats van de te rapporteren verkoper als die een natuurlijke persoon is;

5° het nummer van inschrijving in het handelsregister van de te rapporteren verkoper als die een entiteit is;

6° het btw-identificatienummer van de te rapporteren verkoper, indien beschikbaar;

7° de geboortedatum van de te rapporteren verkoper als die een natuurlijke persoon is;

8° de identificatiecode van de financiële rekening waarop de tegenprestatie wordt betaald of gecrediteerd, voor zover bekend aan de rapporterende platformexploitant en voor zover de bevoegde autoriteit van de lidstaat waarvan de te rapporteren verkoper een ingezetene is in de zin van artikel 17, § 4, de bevoegde autoriteiten van alle andere lidstaten niet in kennis heeft gesteld van het feit dat zij niet voornemens is de identificatiecode van de financiële rekening voor dat doel te gebruiken;

9° indien verschillend van de naam van de te rapporteren verkoper: bovenop de identificatiecode van de financiële rekening, de naam van de houder van de financiële rekening waarop de tegenprestatie wordt betaald of gecrediteerd, voor zover bekend aan de rapporterende platformexploitant, alsook alle andere financiële identificatiegegevens waarover de rapporterende platformexploitant beschikt met betrekking tot die rekeninghouder;

10° elke lidstaat waarvan de te rapporteren verkoper een ingezetene is zoals bepaald op grond van artikel 17, § 4;

11° de totale tegenprestatie die is betaald of gecrediteerd tijdens elk kwartaal van de rapportageperiode, en het aantal relevante activiteiten waarvoor deze is betaald of gecrediteerd;

12° alle honoraria, commissielonen of belastingen die door het rapporterende platform tijdens elk kwartaal van de rapportageperiode ingehouden of geheven werden.

Indien de te rapporteren verkoper een onroerend goed verhuurt, worden de volgende aanvullende inlichtingen meegedeeld:

1° het postadres van elke eigendomslijst, vastgesteld op basis van de procedures als omschreven in artikel 17, § 5, en het respectieve kadasternummer of het equivalent daarvan in het nationaal recht van de lidstaat waar het gelegen is, indien beschikbaar;

2° de totale tegenprestatie die is betaald of gecrediteerd tijdens elk kwartaal van de rapportageperiode, en het aantal relevante activiteiten dat is verricht voor elke eigendomslijst;

3° indien beschikbaar, het aantal verhuurdagen voor elke eigendomslijst tijdens de rapportageperiode en het type van elke eigendomslijst.

§ 3 – De mededeling op grond van paragraaf 2 geschiedt met gebruikmaking van het geautomatiseerde standaardformaat als bedoeld in artikel 35, § 4, uiterlijk twee maanden na het einde van de rapportageperiode waarop de op de rapporterende platformexploitant toepasselijke rapportageverplichtingen betrekking hebben. De eerste inlichtingen worden meegedeeld voor rapportageperiodes vanaf 1 januari 2023.

§ 4 – Een rapporterende platformexploitant in de zin van artikel 15, eerste lid, 4°, b), registreert zich bij de bevoegde autoriteit bij de aanvang van zijn activiteit als platformexploitant volgens de volgende procedure:

1° de rapporterende platformexploitant verstrekt de bevoegde autoriteit de volgende inlichtingen:

a) naam;

b) postadres;

c) elektronische adressen, met inbegrip van websites;

d) eventuele TIN toegekend aan de rapporterende platformexploitant;

e) een verklaring met informatie over de identificatie van die rapporterende platformexploitant voor btw-doeleinden binnen de Europese Unie, op grond van titel XII, hoofdstuk 6, afdelingen 2 en 3, van Richtlijn 2006/112/EG;

f) de lidstaten waarvan de te rapporteren verkopers ingezetenen zijn in de zin van artikel 17, § 4;

2° de rapporterende platformexploitant stelt de bevoegde autoriteit in kennis van alle wijzigingen van de inlichtingen die in het kader van 1° zijn verstrekt;

3° de bevoegde autoriteit kent een individueel identificatienummer toe aan de rapporterende platformexploitant en deelt dit via elektronische weg mee aan de bevoegde autoriteiten van alle lidstaten;

4° de bevoegde autoriteit verzoekt de Europese Commissie om een rapporterende platformexploitant uit het centrale register te schrappen:

a) indien de platformexploitant de bevoegde autoriteit ervan in kennis stelt dat hij niet langer als platformexploitant actief is;

b) indien er, bij gebreke van een kennisgeving op grond van 1°, redenen zijn om te veronderstellen dat een platformexploitant zijn activiteiten heeft stopgezet;

c) indien de platformexploitant niet langer beantwoordt aan de voorwaarden van artikel 15, eerste lid, 4°, b);

d) indien de bevoegde autoriteit de registratie heeft ingetrokken op grond van 6°;

5° de bevoegde autoriteit stelt de Europese Commissie onverwijld in kennis van elke platformexploitant in de zin van artikel 15, eerste lid, 4°, b), die zijn activiteiten als platformexploitant aanvangt zonder zich op grond van dit punt te registreren;

6° indien een rapporterende platformexploitant na twee aanmaningen door de bevoegde autoriteit niet voldoet aan de rapportageverplichting overeenkomstig artikel 18, § 1, derde lid, neemt de bevoegde autoriteit, onverminderd artikel 45, de nodige maatregelen om de registratie van de rapporterende platformexploitant in te trekken op grond van deze paragraaf. De registratie wordt uiterlijk na het verstrijken van negentig dagen, maar niet vóór het verstrijken van dertig dagen na de tweede aanmaning ingetrokken.

§ 5 – Indien een platformexploitant wordt geacht een uitgesloten platformexploitant te zijn, stelt de bevoegde autoriteit van de lidstaat waar overeenkomstig artikel 15, eerste lid, 3°, is aangetoond

dat het om een uitgesloten platformexploitant gaat, de bevoegde autoriteiten van alle andere lidstaten daarvan in kennis, alsmede van eventuele latere wijzigingen.

§ 6 – De Regering legt regels en administratieve procedures vast met het oog op de doeltreffende uitvoering en naleving van de due diligence-procedures en de rapportageverplichtingen die zijn beschreven in de artikelen 17 en 18, onder andere om voor het volgende te zorgen:

1° indien een verkoper de volgens artikel 17 vereiste inlichtingen niet verstrekt na twee aanmaningen volgend op het initiële verzoek van de rapporterende platformexploitant, maar niet voordat zestig dagen zijn verstreken, sluit de rapporterende platformexploitant de account van die verkoper af, verhindert hij dat de verkoper zich opnieuw op het platform registreert of houdt hij de betaling van de tegenprestatie aan de verkoper in zolang de verkoper de vereiste inlichtingen niet heeft verstrekt;

2° de rapporterende platformexploitanten handhaven de verzamelings- en verificatievereisten van artikel 17 bij hun verkopers;

3° de rapporterende platformexploitanten houden registers bij van de stappen die zijn ondernomen en van eventuele inlichtingen die zijn gebruikt voor de uitvoering van de due diligence-procedures en rapportageverplichtingen die zijn beschreven in de artikelen 17 en 18. Die registers worden een voldoende lange tijd bewaard en in elk geval voor een periode van ten minste vijf en ten hoogste tien jaar volgend op het einde van de rapportageperiode waarop zij betrekking hebben;

4° alle noodzakelijke inlichtingen worden gerapporteerd aan de bevoegde autoriteit zodat deze de verplichting om inlichtingen te verstrekken overeenkomstig paragraaf 2 kan naleven. Zo nodig wordt rapporterende platformexploitanten een verplichting tot rapportage opgelegd;

5° de rapporterende platformexploitanten leven de in de artikelen 17 en 18 beschreven due diligence-procedures en rapportageverplichtingen na;

6° er vindt een vervolgcontrole plaats van rapporterende platformexploitanten die onvolledige of onnauwkeurige inlichtingen rapporteren.

Art. 17 – Due diligence-procedures

§ 1 – Om te bepalen of een verkoper die een entiteit is, als uitgesloten verkoper kan gelden in de zin van artikel 15, tweede lid, 4°, a) en b), kan een rapporterende platformexploitant zich baseren op publiekelijk beschikbare informatie of een bevestiging van de verkoper die een entiteit is.

Om te bepalen of een verkoper kan gelden als een uitgesloten verkoper in de zin van artikel 15, tweede lid, 4°, c) en d), kan een rapporterende platformexploitant zich baseren op de registers waarover hij beschikt.

§ 2 – De rapporterende platformexploitant verzamelt alle volgende inlichtingen voor elke verkoper die een natuurlijke persoon en geen uitgesloten verkoper is:

1° voor- en achternaam;

2° het hoofdadres;

3° elk aan die verkoper afgegeven TIN, met vermelding van elke lidstaat van afgifte, en bij gebrek daaraan, de geboorteplaats van die verkoper;

4° het btw-identificatienummer van die verkoper, indien van toepassing;

5° de geboortedatum.

De rapporterende platformexploitant verzamelt alle volgende inlichtingen voor elke verkoper die een entiteit en geen uitgesloten verkoper is:

1° de wettelijke benaming;

2° het hoofdadres;

3° elk aan die verkoper afgegeven TIN, met vermelding van elke lidstaat van afgifte;
4° het btw-identificatienummer van die verkoper, indien van toepassing;
5° het bedrijfsregistratienummer;
6° het bestaan van elke vaste inrichting via welke relevante activiteiten worden verricht in de Europese Unie, voor zover van toepassing, met aanduiding van elke respectieve lidstaat waar een dergelijke vaste inrichting is gelegen.

Niettegenstaande het bepaalde in het eerste lid, 1° en 2°, is de rapporterende platformexploitant niet verplicht de inlichtingen als bedoeld in het eerste lid, 1° tot en met 5°, en in het tweede lid, 2° tot en met 6°, te verzamelen indien de inlichtingen gebaseerd zijn op een directe bevestiging van de identiteit en de woonplaats van de verkoper via een identificatiedienst die door een lidstaat of de Unie beschikbaar is gesteld om de identiteit en de fiscale woonplaats van de verkoper vast te stellen.

Niettegenstaande het bepaalde in het eerste lid, 3°, en in het tweede lid, 3° en 5°, is de rapporterende platformexploitant niet verplicht het TIN of, naargelang het geval, het bedrijfsregistratienummer te verzamelen in de volgende gevallen:

1° de lidstaat waarvan de verkoper een ingezetene is, geeft geen TIN of bedrijfsregistratienummer af aan de verkoper;

2° de lidstaat waarvan de verkoper een ingezetene is, verlangt niet dat het aan de verkoper afgegeven TIN wordt verzameld.

§ 3 – De rapporterende platformexploitant bepaalt of de inlichtingen die zijn verzameld op grond van § 1, § 2, 1°, en 2°, a) tot en met e), en § 5 betrouwbaar zijn, door gebruik te maken van alle inlichtingen en documenten waarover hij in zijn registers beschikt, alsmede van elke elektronische interface die gratis beschikbaar is gesteld door een lidstaat of de Unie teneinde de geldigheid van het TIN en/of btw-identificatienummer vast te stellen.

Niettegenstaande het bepaalde in 1° kan de rapporterende platformexploitant voor de voltooiing van de due diligence-procedures op grond van § 6, tweede lid, bepalen of de inlichtingen die zijn verzameld op grond van § 1, § 2, eerste lid, tweede lid, 1° tot en met 5°, en § 5 betrouwbaar zijn door gebruik te maken van de inlichtingen en documenten waarover hij in zijn elektronisch doorzoekbare registers beschikt.

In toepassing van § 6, derde lid, 2°, en niettegenstaande het bepaalde in § 3, eerste en tweede lid, ingeval de rapporterende platformexploitant redenen heeft om aan te nemen dat gegevens als bedoeld in paragraaf 2 of paragraaf 5 onnauwkeurig kunnen zijn op basis van inlichtingen die zijn verstrekt door de bevoegde autoriteit van een lidstaat naar aanleiding van een verzoek betreffende een specifieke verkoper, verzoekt hij de verkoper de gegevens die niet correct zijn gebleken, te corrigeren, en ondersteunende documenten, gegevens of inlichtingen te verstrekken die betrouwbaar zijn en afkomstig uit een onafhankelijke bron, zoals:

1° een geldig identiteitsbewijs afgegeven door een overheidsorgaan;

2° een recent certificaat van fiscale woonplaats.

§ 4 – Een rapporterende platformexploitant beschouwt een verkoper als een ingezetene van de lidstaat waar deze zijn hoofdadres heeft. Indien verschillend van de lidstaat van het hoofdadres van de verkoper, beschouwt een rapporterende platformexploitant een verkoper ook als een ingezetene van de lidstaat die aan de verkoper een TIN heeft afgegeven. Indien de verkoper inlichtingen heeft verstrekt in verband met het bestaan van een vaste inrichting op grond van § 2, tweede lid, 6°, beschouwt een rapporterende platformexploitant een verkoper ook als een ingezetene van die lidstaat die de verkoper heeft opgegeven.

Niettegenstaande het bepaalde in het eerste lid beschouwt een rapporterende platformexploitant een verkoper als een ingezetene van elke lidstaat die wordt bevestigd door een elektronische

identificatiedienst die door een lidstaat of de Europese Unie op grond van § 2, derde lid, beschikbaar is gesteld.

§ 5 – Indien een verkoper een relevante activiteit in verband met de verhuur van onroerend goed verricht, verzamelt de rapporterende platformexploitant de adresgegevens van elke eigendomslijst en, voor zover toegekend, het respectieve kadasternummer of het equivalent daarvan in het nationale recht van de lidstaat waar het gelegen is. Indien een rapporterende platformexploitant meer dan 2.000 relevante activiteiten heeft gefaciliteerd door een eigendomslijst te verhuren voor dezelfde verkoper die een entiteit is, verzamelt de rapporterende platformexploitant ondersteunende documenten, gegevens of inlichtingen waaruit blijkt dat de eigendomslijst eigendom is van dezelfde eigenaar.

§ 6 – De rapporterende platformexploitant voltooit uiterlijk op 31 december van de rapportageperiode de due diligence-procedures zoals bedoeld in de paragrafen 1 tot en met 5.

Niettegenstaande het bepaalde in het eerste lid moeten voor verkopers die al op het platform waren geregistreerd op datum van 1 januari 2023 of vanaf de datum waarop een entiteit een rapporterende platformexploitant wordt, de in de paragrafen 1 tot en met 5 bedoelde due diligence-procedures worden voltooid uiterlijk op 31 december van de tweede rapportageperiode voor de rapporterende platformexploitant.

Niettegenstaande het bepaalde in het eerste lid kan een rapporterende platformexploitant zich baseren op de due diligence-procedures die in eerdere rapportageperioden werden uitgevoerd, mits:

1° de in § 2, eerste en tweede lid, vereiste inlichtingen over de verkoper werden hetzij verzameld en geverifieerd, hetzij bevestigd, in de laatste 36 maanden, en

2° er voor de rapporterende platformexploitant geen redenen zijn om aan te nemen dat de inlichtingen die op grond van de paragrafen 1, 2 en 5, zijn verzameld, onbetrouwbaar of incorrect zijn (geworden).

§ 7 – De rapporterende platformexploitant kan ervoor kiezen de due diligence-procedures op grond van de paragrafen 1 tot en met 6 uitsluitend op actieve verkopers toe te passen.

§ 8 – Een rapporterende platformexploitant kan een beroep doen op een derde als dienstverrichter om de in dit artikel bedoelde due diligence-verplichtingen te vervullen, maar de verantwoordelijkheid ter zake blijft bij de rapporterende platformexploitant berusten.

Indien een platformexploitant de due diligence-verplichtingen op grond van § 8, 1°, vervult voor een rapporterende platformexploitant met betrekking tot hetzelfde platform, voert die platformexploitant de due diligence-procedures op grond van de voorschriften van dit artikel uit. De verantwoordelijkheid voor het vervullen van de due diligence-verplichtingen blijft bij de rapporterende platformexploitant berusten.

Art. 18 – Rapportageverplichtingen

§ 1 – Tijdstip en wijze van rapporteren van de in artikel 16 vermelde inlichtingen zijn in overeenstemming met de bepalingen van deze paragraaf.

Een rapporterende platformexploitant in de zin van artikel 15, eerste lid, 4°, a), rapporteert aan de bevoegde autoriteit van de lidstaat die is bepaald overeenkomstig artikel 15, eerste lid, 4°, a), de in paragraaf 2 bedoelde inlichtingen met betrekking tot de rapportageperiode uiterlijk op 31 januari van het jaar dat volgt op het kalenderjaar waarin de verkoper als te rapporteren verkoper is aangemerkt. Indien er meer dan één rapporterende platformexploitant is, is eenieder onder hen die overeenkomstig het nationale recht kan aantonen dat dezelfde inlichtingen door een andere

rapporterende platformexploitant zijn gerapporteerd, vrijgesteld van de verplichting die inlichtingen te rapporteren.

Indien een rapporterende platformexploitant in de zin van artikel 15, eerste lid, 4°, a), in meer dan een lidstaat voldoet aan een van de daarin genoemde voorwaarden, kiest hij een van die lidstaten uit waarin hij aan de rapportageverplichtingen van dit artikel zal voldoen. Een rapporterende platformexploitant in die situatie stelt alle bevoegde autoriteiten van die lidstaten in kennis van zijn keuze en rapporteert de in paragraaf 2 genoemde inlichtingen met betrekking tot de rapportageperiode aan de bevoegde autoriteit van de lidstaat van zijn keuze uiterlijk op 31 januari van het jaar dat volgt op het kalenderjaar waarin de verkoper is aangemerkt als een te rapporteren verkoper. Indien er meer dan één rapporterende platformexploitant is, is eenieder onder hen die overeenkomstig het nationale recht kan aantonen dat dezelfde inlichtingen door een andere rapporterende platformexploitant zijn gerapporteerd in een andere lidstaat, vrijgesteld van de verplichting die inlichtingen te rapporteren.

Een rapporterende platformexploitant in de zin van artikel 15, eerste lid, 4°, b), rapporteert de in paragraaf 2 genoemde inlichtingen met betrekking tot de rapportageperiode aan de bevoegde autoriteit van de lidstaat van registratie, overeenkomstig artikel 16, § 4, 1°, uiterlijk op 31 januari van het jaar dat volgt op het kalenderjaar waarin de verkoper is aangemerkt als een te rapporteren verkoper.

Niettegenstaande het bepaalde in het vierde lid is een rapporterende platformexploitant in de zin van artikel 15, eerste lid, 4°, b), niet verplicht de in paragraaf 2 bedoelde informatie te verstrekken met betrekking tot gekwalificeerde relevante activiteiten die vallen onder een vigerende adequate overeenkomst tussen bevoegde autoriteiten, die reeds voorziet in de automatische uitwisseling van gelijkwaardige inlichtingen met een lidstaat over te rapporteren verkopers die ingezetene zijn van die lidstaat.

Een rapporterende platformexploitant verstrekt tevens de in § 2, 2° en 3°, bedoelde inlichtingen aan de te rapporteren verkoper waarop zij betrekking hebben, uiterlijk op 31 januari van het jaar dat volgt op het kalenderjaar waarin de verkoper is aangemerkt als een te rapporteren verkoper.

De inlichtingen met betrekking tot de tegenprestatie die is betaald of gecrediteerd in een fiduciaire valuta, worden gerapporteerd in de munt waarin zij is betaald of gecrediteerd. Ingeval de tegenprestatie is betaald of gecrediteerd in een andere vorm dan een fiduciaire valuta, worden de inlichtingen gerapporteerd in de lokale munt, omgezet of gewaardeerd op een door de rapporterende platformexploitant consistent vastgestelde wijze.

Inlichtingen over de tegenprestatie en andere bedragen worden gerapporteerd voor het kwartaal van de rapportageperiode waarin de tegenprestatie is betaald of gecrediteerd.

§ 2 – Elke rapporterende platformexploitant rapporteert de volgende inlichtingen:

1° naam, geregistreerd kantooradres, TIN en, in voorkomend geval, het op grond van artikel 16, § 4, 3°, toegewezen individueel identificatienummer van de rapporterende platformexploitant, alsook handelsnaam (-namen) van het platform (de platforms) waarover de rapporterende platformexploitant rapporteert;

2° met betrekking tot elke te rapporteren verkoper die een andere relevante activiteit heeft verricht dan de verhuur van een onroerend goed:

a) de inlichtingen die op grond van artikel 17, § 2, verzameld moeten worden;

b) de identificatiecode van de financiële rekening, voor zover bekend aan de rapporterende platformexploitant en voor zover de bevoegde autoriteit van de lidstaat waarvan de te rapporteren verkoper een ingezetene is in de zin van artikel 17, § 4, niet heeft bekendgemaakt dat zij niet voornemens is de identificatiecode van de financiële rekening voor dat doel te gebruiken;

c) indien verschillend van de naam van de te rapporteren verkoper, bovenop de identificatiecode van de financiële rekening, de naam van de houder van de financiële rekening waarop de tegenprestatie wordt betaald of gecrediteerd, voor zover bekend aan de rapporterende platformexploitant, alsook alle andere financiële identificatiegegevens waarover de rapporterende platformexploitant beschikt met betrekking tot die rekeninghouder;

d) elke lidstaat waarvan de te rapporteren verkoper voor de toepassing van dit decreet een ingezetene is als bepaald op grond van artikel 17, § 4;

e) de totale tegenprestatie die is betaald of gecrediteerd tijdens elk kwartaal van de rapportageperiode, en het aantal relevante activiteiten waarvoor deze is betaald of gecrediteerd;

f) alle honoraria, commissielonen of belastingen die door de rapporterende platformexploitant tijdens elk kwartaal van de rapportageperiode ingehouden of geheven werden;

3° met betrekking tot elke te rapporteren verkoper die een relevante activiteit in verband met de verhuur van onroerend goed verricht:

a) de inlichtingen die op grond van artikel 17, § 2, verzameld moeten worden;

b) de identificatiecode van de financiële rekening, voor zover bekend aan de rapporterende platformexploitant en voor zover de bevoegde autoriteit van de lidstaat waarvan de te rapporteren verkoper een ingezetene is in de zin van artikel 17, § 4, niet heeft bekendgemaakt dat zij niet voornemens is de identificatiecode van de financiële rekening voor dat doel te gebruiken;

c) indien verschillend van de naam van de te rapporteren verkoper: bovenop de identificatiecode van de financiële rekening, de naam van de houder van de financiële rekening waarop de tegenprestatie wordt betaald of gecrediteerd, voor zover bekend aan de rapporterende platformexploitant, alsook alle andere financiële identificatiegegevens waarover de rapporterende platformexploitant beschikt met betrekking tot die rekeninghouder;

d) elke lidstaat waarvan de te rapporteren verkoper voor de toepassing van dit decreet een ingezetene is als bepaald op grond van artikel 17, § 4;

e) het adres van elke eigendomslijst, vastgesteld op basis van de procedures als omschreven in artikel 17, § 5, en het respectieve kadasternummer of het equivalent daarvan in het nationale recht van de lidstaat waar het goed gelegen is, indien beschikbaar;

f) de totale tegenprestatie die is betaald of gecrediteerd tijdens elk kwartaal van de rapportageperiode, en het aantal relevante activiteiten dat is verricht voor elke eigendomslijst;

g) alle honoraria, commissielonen of belastingen die door de rapporterende platformexploitant tijdens elk kwartaal van de rapportageperiode ingehouden of geheven werden;

h) voor zover beschikbaar, het aantal dagen dat elke eigendomslijst werd verhuurd tijdens de rapportageperiode en het type van elke eigendomslijst.

Afdeling 3 – Spontane uitwisseling van inlichtingen

Art. 19 – Reikwijdte en voorwaarden

De bevoegde autoriteit verstrekt, in elk van de volgende gevallen, de in artikel 2, § 1, eerste lid, bedoelde inlichtingen aan de bevoegde autoriteit van elke andere betrokken lidstaat:

1° de bevoegde autoriteit heeft redenen om aan te nemen dat in de andere lidstaat een derving van belasting bestaat;

2° een belastingplichtige verkrijgt in de Duitstalige Gemeenschap een vrijstelling of vermindering van belasting die voor hem een belastingplicht of een hogere belasting in de andere lidstaat zou moeten meebrengen;

3° transacties tussen een belastingplichtige in de Duitstalige Gemeenschap en een belastingplichtige in de andere lidstaat worden over een land of meer andere landen geleid, op zodanige wijze dat daardoor in een van beide of in beide lidstaten een belastingbesparing kan ontstaan;

4° de bevoegde autoriteit heeft redenen om aan te nemen dat er belastingbesparing ontstaat door een kunstmatige verschuiving van winsten binnen een groep van ondernemingen;

5° de inlichtingen die door de buitenlandse bevoegde autoriteit zijn verstrekt, hebben informatie opgeleverd die van nut kan zijn voor de vaststelling van de belastingschuld in de andere lidstaat.

De bevoegde autoriteit kan met de buitenlandse bevoegde autoriteiten spontaan alle inlichtingen uitwisselen waarvan zij kennis heeft en die voor de buitenlandse bevoegde autoriteiten van nut kunnen zijn.

De bevoegde autoriteit die de in het eerste lid bedoelde inlichtingen beschikbaar krijgt, verstrekt deze inlichtingen zo snel mogelijk, en uiterlijk binnen een maand nadat deze beschikbaar zijn, aan elke betrokken buitenlandse bevoegde autoriteit.

Art. 20 – Ontvangstbevestiging

De ontvangst van de in artikel 19 bedoelde inlichtingen wordt door de bevoegde autoriteit onmiddellijk en in elk geval binnen zeven werkdagen na ontvangst, indien mogelijk langs elektronische weg, aan de verstrekende buitenlandse autoriteit bevestigd.

HOOFDSTUK 3 – ANDERE VORMEN VAN ADMINISTRATIEVE SAMENWERKING

Afdeling 1 – Aanwezigheid in de administratiekantoren en deelname aan administratief onderzoek

Art. 21 – Bevoegde autoriteit

Met het oog op de uitwisseling van de inlichtingen als bedoeld in artikel 2, § 1, eerste lid, kan de bevoegde autoriteit een buitenlandse autoriteit verzoeken dat bevoegde personeelsleden van eerstgenoemde overeenkomstig de door laatstgenoemde vastgestelde procedurele regelingen:

1° aanwezig zijn in de kantoren waar de administratieve autoriteiten van de aangezochte lidstaat hun taken vervullen;

2° aanwezig zijn bij administratieve onderzoeken op het grondgebied van de aangezochte lidstaat;

3° deelnemen aan de administratieve onderzoeken die worden uitgevoerd door de aangezochte lidstaat, waar passend met gebruikmaking van elektronische communicatiemiddelen.

De aangezochte autoriteit reageert binnen een termijn van zestig dagen na ontvangst van het verzoek op een verzoek overeenkomstig het eerste lid, waarbij de verzoekende autoriteit de inwilliging van het verzoek of de gemotiveerde weigering ervan wordt meegedeeld.

Art. 22 – Buitenlandse autoriteit

§ 1 – Met het oog op de uitwisseling van de inlichtingen als bedoeld in artikel 2, § 1, eerste lid, kan een buitenlandse autoriteit de bevoegde autoriteit verzoeken dat bevoegde personeelsleden van eerstgenoemde overeenkomstig de door laatstgenoemde vastgestelde procedurele regelingen:

1° aanwezig zijn in de kantoren waar de administratieve autoriteiten van de Duitstalige Gemeenschap hun taken vervullen;

2° aanwezig zijn bij administratieve onderzoeken die door de Duitstalige Gemeenschap worden verricht;

3° deelnemen aan de administratieve onderzoeken die worden uitgevoerd door de Duitstalige Gemeenschap, waar passend met gebruikmaking van elektronische communicatiemiddelen.

De bevoegde autoriteit reageert binnen een termijn van zestig dagen na ontvangst van het verzoek op een verzoek overeenkomstig het eerste lid, waarbij de buitenlandse autoriteit de inwilliging van het verzoek of de gemotiveerde weigering ervan wordt meegedeeld.

Indien de verlangde inlichtingen vermeld staan in bescheiden waartoe de personeelsleden van de bevoegde autoriteit toegang hebben, ontvangen de personeelsleden van de buitenlandse autoriteit een afschrift van die bescheiden.

§ 2 – Indien personeelsleden van de buitenlandse autoriteit aanwezig zijn tijdens een administratief onderzoek of daaraan met gebruikmaking van elektronische communicatiemiddelen deelnemen, mogen zij geen personen ondervragen en bescheiden onderzoeken.

§ 3 – Bevoegde personeelsleden van de verzoekende autoriteit dienen te allen tijde een schriftelijke opdracht te kunnen overleggen waaruit hun identiteit en hun officiële hoedanigheid blijken.

Afdeling 2 – Controles

Art. 23 – Gelijktijdige controles

§ 1 – In de gevallen waarin de Duitstalige Gemeenschap en een of meer lidstaten overeenkomen om gelijktijdig, elk op het eigen grondgebied, bij een of meer personen te wier aanzien zij een gezamenlijk of complementair belang hebben, controles te verrichten en de aldus verkregen inlichtingen uit te wisselen, is paragraaf 2 van toepassing.

§ 2 – De bevoegde autoriteit bepaalt autonoom welke personen zij voor een gelijktijdige controle wil voorstellen. Zij deelt de buitenlandse autoriteiten van de betrokken lidstaten met opgave van redenen mee welke dossiers zij voor een gelijktijdige controle voorstelt. Zij bepaalt binnen welke termijn die controles moeten plaatsvinden.

De bevoegde autoriteit beslist of zij aan een haar voorgestelde gelijktijdige controle wenst deel te nemen. Zij doet de buitenlandse autoriteit die de gelijktijdige controle voorstelt, binnen een termijn van zestig dagen na ontvangst van het voorstel een bevestiging van deelname of een gemotiveerde weigering toekomen.

De bevoegde autoriteit wijst een vertegenwoordiger aan die wordt belast met de leiding en de coördinatie van de controle.

Art. 24 – Gezamenlijke audits

§ 1 – Een buitenlandse autoriteit kan de bevoegde autoriteit verzoeken een gezamenlijke audit uit te voeren. De bevoegde autoriteit reageert op het verzoek om een gezamenlijke audit binnen een termijn van zestig dagen na ontvangst van het verzoek. De bevoegde autoriteit kan een verzoek door een buitenlandse autoriteit om een gezamenlijke audit om gemotiveerde redenen verwerpen.

De bevoegde autoriteit kan een of meer buitenlandse autoriteiten verzoeken een gezamenlijke audit uit te voeren.

§ 2 – De in paragraaf 1 bedoelde gezamenlijke audits worden op vooraf overeengekomen en gecoördineerde wijze, met inbegrip van taalregelingen, uitgevoerd door de bevoegde verzoekende en aangezochte autoriteiten, en in overeenstemming met de wetgeving en de procedurele voorschriften van de lidstaat waar de activiteiten van een gezamenlijke audit plaatsvinden. Indien de activiteiten van een gezamenlijke audit plaatsvinden op het grondgebied van de Duitstalige Gemeenschap, wijst de bevoegde autoriteit een vertegenwoordiger aan die verantwoordelijk is voor het toezicht op en de coördinatie van de gezamenlijke audit.

Indien de activiteiten van een gezamenlijke audit plaatsvinden op het grondgebied van de Duitstalige Gemeenschap, worden de rechten en plichten van de personeelsleden van lidstaten die deelnemen aan de gezamenlijke audit, in geval van hun aanwezigheid bij activiteiten die op het grondgebied van de Duitstalige Gemeenschap worden verricht, vastgesteld overeenkomstig de wetgeving van de Duitstalige Gemeenschap. De personeelsleden van een andere lidstaat voegen zich naar de wetgeving van de Duitstalige Gemeenschap, maar oefenen geen bevoegdheden uit die verder gaan dan de bevoegdheden die hun krachtens de wetgeving van hun lidstaat zijn verleend.

§ 3 – Onverminderd paragraaf 2 gelden de volgende maatregelen wanneer de activiteiten van de gezamenlijke audit plaatsvinden op het grondgebied van de Duitstalige Gemeenschap:

1° personeelsleden van andere lidstaten die deelnemen aan de activiteiten van de gezamenlijke audit, kunnen personen ondervragen en bescheiden onderzoeken in samenspraak met de personeelsleden van de Duitstalige Gemeenschap en met inachtneming van de procedurele regelingen die zijn vastgesteld door de bevoegde autoriteit;

2° bewijsmateriaal dat tijdens de activiteiten van de gezamenlijke audit is verzameld, kan worden beoordeeld, ook op de toelaatbaarheid ervan, onder dezelfde juridische voorwaarden als in het geval van een op het grondgebied van de Duitstalige Gemeenschap uitgevoerde audit waaraan alleen de personeelsleden van de Duitstalige Gemeenschap deelnemen, onder meer in de loop van eventuele klachten-, herzienings- of beroepsprocedures; en

3° de betrokkene heeft dezelfde rechten en plichten als in het geval van een audit waaraan alleen de personeelsleden van de Duitstalige Gemeenschap deelnemen, onder meer in de loop van eventuele klachten-, herzienings- of beroepsprocedures.

§ 4 – Indien de bevoegde autoriteiten van twee of meer lidstaten een gezamenlijke audit verrichten, trachten zij het eens te worden over de feiten en omstandigheden die relevant zijn voor de gezamenlijke audit, en streven zij naar overeenstemming over de fiscale positie van de geaudite persoon (personen) op basis van de resultaten van de gezamenlijke audit. De bevindingen van de gezamenlijke audit worden neergelegd in een eindverslag. Punten waarover de bevoegde autoriteiten het eens zijn, worden in het eindverslag opgenomen en worden in aanmerking genomen in de relevante instrumenten die de bevoegde autoriteiten van de deelnemende lidstaten naar aanleiding van die gezamenlijke audit uitvaardigen.

Met inachtneming van het eerste lid vinden de handelingen die de bevoegde autoriteiten van een lidstaat of een van zijn personeelsleden verrichten naar aanleiding van een gezamenlijke audit, alsmede eventuele verdere procedures in die lidstaat, zoals een besluit van de belastingautoriteiten, een beroepsprocedure of een daarmee verband houdende schikking, plaats overeenkomstig het nationaal recht van die lidstaat.

§ 5 – De geaudite persoon (personen) wordt (worden) binnen zestig dagen na het uitbrengen van het eindverslag in kennis gesteld van het resultaat van de gezamenlijke audit en krijgt (krijgen) een kopie van dat eindverslag.

Afdeling 3 – Administratieve kennisgeving

Art. 25 – Bevoegde autoriteit

De bevoegde autoriteit kan een buitenlandse autoriteit verzoeken om over te gaan tot kennisgeving aan de geadresseerde van alle door de administratieve autoriteiten van de bevoegde autoriteit afgegeven akten en besluiten die betrekking hebben op de toepassing op haar grondgebied van de wetgeving betreffende belastingen als vermeld in artikel 3. Deze kennisgeving geschiedt

overeenkomstig de in de aangezochte lidstaat geldende voorschriften voor de kennisgeving van soortgelijke akten.

Het verzoek tot kennisgeving vermeldt de naam en het adres van de geadresseerde, evenals alle overige informatie ter identificatie van de geadresseerde, en het onderwerp van de akte of het besluit waarvan kennis moet worden gegeven.

Het verzoek tot kennisgeving wordt door de bevoegde autoriteit slechts gedaan indien de kennisgeving van de akten niet volgens de regels van de Duitstalige Gemeenschap kan geschieden, of buitensporige problemen zou veroorzaken. De bevoegde autoriteit van een lidstaat kan, per aangetekende brief of langs elektronische weg, rechtstreeks van een document kennis geven aan een persoon op het grondgebied van een andere lidstaat.

Art. 26 – Buitenlandse autoriteit

Op verzoek van een buitenlandse autoriteit gaat de bevoegde autoriteit, overeenkomstig de in de Duitstalige Gemeenschap geldende voorschriften voor de kennisgeving van soortgelijke akten, over tot kennisgeving aan de geadresseerde van alle door de administratieve autoriteiten van de verzoekende lidstaat afgegeven akten en besluiten die betrekking hebben op de toepassing op haar grondgebied van wetgeving betreffende belastingen als vermeld in artikel 3.

De bevoegde autoriteit stelt de verzoekende autoriteit onverwijld in kennis van het aan het verzoek gegeven gevolg en, in het bijzonder, van de datum waarop de akte of het besluit de geadresseerde ter kennis is gebracht.

Afdeling 4 – Terugmelding

Art. 27 – Bevoegde autoriteit

De buitenlandse autoriteit die overeenkomstig artikel 8 of artikel 19 inlichtingen verstrekt, kan de ontvangende bevoegde autoriteit om terugmelding betreffende de ontvangen inlichtingen verzoeken. De bevoegde autoriteit doet in dat geval, zonder afbreuk te doen aan de geldende voorschriften inzake fiscale geheimhoudingsplicht en gegevensbescherming van de buitenlandse autoriteit, de terugmelding zo spoedig mogelijk, doch uiterlijk drie maanden nadat het resultaat van het gebruik van de verlangde inlichtingen bekend is.

De bevoegde autoriteit doet eenmaal per jaar, overeenkomstig bilateraal overeengekomen praktische afspraken, een terugmelding over de automatische inlichtingenuitwisseling naar de andere betrokken lidstaten.

Art. 28 – Buitenlandse autoriteit

Wanneer de bevoegde autoriteit overeenkomstig artikel 9 of artikel 19 inlichtingen verstrekt, kan ze de ontvangende buitenlandse autoriteit om terugmelding betreffende de ontvangen inlichtingen verzoeken.

HOOFDSTUK 4 – VOORWAARDEN VOOR DE ADMINISTRATIEVE SAMENWERKING

Afdeling 1 – Openbaarmaking van inlichtingen en bescheiden

Art. 29 – Bevoegde autoriteit

§ 1 – De inlichtingen waarover de bevoegde autoriteit krachtens dit decreet beschikt, vallen onder de geheimhoudingsplicht en genieten de bescherming waarin artikel 337 van het Wetboek van de Inkomstenbelastingen 1992 voorziet met betrekking tot soortgelijke inlichtingen.

§ 2 – De inlichtingen kunnen worden gebruikt:

1° voor de beoordeling, de toepassing en de handhaving van de regelgeving van de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot de in artikel 3 bedoelde belastingen, alsook met betrekking tot de btw en andere indirecte belastingen;

2° voor de vestiging en executie van andere belastingen en rechten vallend onder artikel 2 van Richtlijn 2010/24/EU en voor de vestiging en executie van verplichte socialezekerheidsbijdragen;

3° in mogelijk tot bestraffing leidende gerechtelijke en administratieve procedures wegens overtreding van de belastingwetgeving, onverminderd de algemene regels en de bepalingen betreffende de rechten van de verdachten en getuigen in dergelijke procedures.

Met toestemming van de buitenlandse autoriteit die op grond van dit decreet inlichtingen verstrekt, en enkel voor zover het uit hoofde van het recht van de Duitstalige Gemeenschap is toegestaan, kunnen de ontvangen inlichtingen en bescheiden voor andere dan de in het eerste lid bedoelde doeleinden worden gebruikt. Die inlichtingen mogen ook gebruikt worden door de bevoegde autoriteit indien ze in de lidstaat van de buitenlandse autoriteit voor soortgelijke doeleinden kunnen worden gebruikt.

De buitenlandse autoriteiten kunnen de bevoegde autoriteiten een lijst meedelen van andere dan in het eerste lid bedoelde doeleinden waarvoor overeenkomstig hun nationale recht de inlichtingen en bescheiden kunnen worden gebruikt. De bevoegde autoriteit die inlichtingen en bescheiden ontvangt, kan de ontvangen inlichtingen en bescheiden zonder de in het tweede lid bedoelde toestemming gebruiken voor alle doeleinden die de buitenlandse autoriteit heeft meegedeeld.

§ 3 – Als de bevoegde autoriteit van oordeel is dat de van de buitenlandse autoriteit verkregen inlichtingen de bevoegde autoriteit van een derde lidstaat van nut kunnen zijn voor de in § 2, eerste lid, beoogde doelen, mag ze de inlichtingen aan deze autoriteit doorgeven, op voorwaarde dat dat in overeenstemming is met de in dit decreet vastgelegde voorschriften en procedures. Zij stelt de buitenlandse bevoegde autoriteit van de inlichtingen verstreckende lidstaat in kennis van haar voornemen om die inlichtingen met een derde lidstaat te delen. De buitenlandse bevoegde autoriteit van de inlichtingen verstreckende lidstaat kan zich hiertegen verzetten binnen tien werkdagen na de datum van ontvangst van de kennisgeving van het voornemen om de inlichtingen te delen.

§ 4 – Inlichtingen, verslagen, verklaringen en andere bescheiden, alsook voor eensluidend gewaarmerkte afschriften of uittreksels daarvan, die door de aangezochte autoriteit zijn verkregen en overeenkomstig dit decreet aan de bevoegde autoriteit zijn doorgegeven, kunnen door de bevoegde autoriteit op dezelfde voet als bewijs worden aangevoerd als soortgelijke inlichtingen, verslagen, verklaringen en andere bescheiden die door een andere Belgische autoriteit zijn verstrekt.

Art. 30 – Buitenlandse autoriteit

De bevoegde autoriteit kan toestaan dat de in toepassing van dit decreet verstrekte inlichtingen en bescheiden in de lidstaat die ze ontvangt, gebruikt worden voor andere doeleinden dan de doeleinden vermeld in artikel 29, § 2, eerste lid. Dergelijke toestemming wordt verleend indien de inlichtingen in de Duitstalige Gemeenschap voor soortgelijke doeleinden kunnen worden gebruikt.

Indien een buitenlandse autoriteit haar voornemen bekendmaakt om de van de bevoegde autoriteit verkregen inlichtingen door te geven aan een derde lidstaat, omdat ze voor die lidstaat van nut kunnen zijn voor de doeleinden vermeld in artikel 29, § 2, eerste lid, kan de bevoegde autoriteit toestemming verlenen aan die buitenlandse autoriteit om deze inlichtingen door te geven aan de

derde lidstaat. Indien de bevoegde autoriteit niet instemt met het doorgeven van de inlichtingen, deelt ze dat mee binnen tien werkdagen na de datum van ontvangst van de kennisgeving van het voornemen om de inlichtingen te delen.

De bevoegde autoriteit kan voorts toestaan dat de inlichtingen afkomstig uit de Duitstalige Gemeenschap die overeenkomstig het tweede lid door een buitenlandse autoriteit aan een buitenlandse autoriteit van een derde lidstaat worden doorgegeven, in die derde lidstaat worden gebruikt voor andere doeleinden dan de doeleinden vermeld in artikel 29, § 2, eerste lid.

Afdeling 2 – Beperkingen, weigeringen en verplichtingen

Art. 31 – Beperkingen

Alvorens om de inlichtingen vermeld in artikel 8 te verzoeken, tracht de bevoegde autoriteit eerst de inlichtingen te verkrijgen uit alle gebruikelijke bronnen die zij in de gegeven omstandigheden kan aanspreken zonder dat het bereiken van de beoogde doelstellingen in het gedrang dreigt te komen.

Art. 32 – Weigeringen

De bevoegde autoriteit is niet verplicht onderzoek in te stellen of inlichtingen te verstrekken wanneer de in de Duitstalige Gemeenschap geldende wetgeving haar niet toestaat voor eigen doeleinden het onderzoek in te stellen of de gevraagde inlichtingen te verzamelen.

In elk van de volgende gevallen kan de bevoegde autoriteit weigeren inlichtingen te verstrekken:

- 1° indien de verzoekende autoriteit, op juridische gronden, soortgelijke inlichtingen niet kan verstrekken;
- 2° indien dit zou leiden tot de openbaarmaking van een handels-, bedrijfs-, nijverheids- of beroepsgeheim of een fabrieks- of handelswerkwijze;
- 3° indien het inlichtingen betreft waarvan de onthulling in strijd zou zijn met de openbare orde.

De bevoegde autoriteit deelt de verzoekende autoriteit mee op welke gronden zij het verzoek om inlichtingen afwijst.

Art. 33 – Verplichtingen

De bevoegde autoriteit wendt de middelen aan waarover zij beschikt om de gevraagde inlichtingen te verzamelen, zelfs indien zij de inlichtingen niet voor eigen belastingdoeleinden nodig heeft. Die verplichting geldt onverminderd het eerste en tweede lid van artikel 32, die, wanneer er een beroep op wordt gedaan, in geen geval zo kunnen worden uitgelegd dat de bevoegde autoriteit kan weigeren inlichtingen te verstrekken uitsluitend omdat zij geen binnenlands belang bij deze inlichtingen heeft.

In geen geval wordt artikel 32, eerste lid, en tweede lid, 2° en 3°, zo uitgelegd dat de bevoegde autoriteit kan weigeren inlichtingen te verstrekken, uitsluitend op grond dat deze berusten bij een bank, een andere financiële instelling, een gevolmachtigde of een persoon die als vertegenwoordiger of trustee optreedt, of dat zij betrekking hebben op eigendomsbelangen in een persoon.

Onverminderd het tweede lid kan de bevoegde autoriteit weigeren de gevraagde inlichtingen toe te zenden indien deze betrekking hebben op belastingtijdvakken vóór 1 januari 2011 en de toezending van de inlichtingen geweigerd had kunnen worden op grond van artikel 8, lid 1, van Richtlijn 77/799/EEG indien daarom was verzocht vóór 11 maart 2011.

Afdeling 3 – Verder reikende samenwerking

Art. 34 – Uitbreiding

Indien de Duitstalige Gemeenschap voorziet in een samenwerking met een derde land die verder reikt dan de bij dit decreet geregelde samenwerking, kan zij de verder reikende samenwerking niet weigeren aan een andere lidstaat die met haar deze verder reikende, wederzijdse samenwerking wenst aan te gaan.

Afdeling 4 – Standaardformulieren, geautomatiseerde formaten en CCN-netwerk

Art. 35 – Standaardformulieren en geautomatiseerde formaten

§ 1 – Het verzoek om inlichtingen of om een administratief onderzoek op grond van artikel 8 en het desbetreffende antwoord, de ontvangstbevestiging, het verzoek om aanvullende achtergrondinformatie en de mededeling dat aan een verzoek niet kan of zal worden voldaan, zoals bepaald in artikel 11, worden voor zover mogelijk verzonden met gebruikmaking van een door de Europese Commissie vastgesteld standaardformulier.

Het standaardformulier kan vergezeld gaan van verslagen, verklaringen en andere bescheiden, of van voor eensluidend gewaarmerkte afschriften of uittreksels daarvan.

§ 2 – Het in paragraaf 1 bedoelde standaardformulier bevat ten minste de volgende door de verzoekende autoriteit te verstrekken informatie:

- 1° de identiteit van de persoon naar wie het onderzoek of de controle is ingesteld en, in het geval van een groepsverzoek als bedoeld in artikel 10, § 3, een gedetailleerde beschrijving van de groep;
- 2° het fiscale doel waarvoor de informatie wordt opgevraagd.

De verzoekende autoriteit kan namen en adressen van personen die worden verondersteld in het bezit te zijn van de verlangde informatie, alsook andere elementen die het verzamelen van de informatie door de aangezochte autoriteit vereenvoudigen, doorgeven, voor zover deze bekend zijn en deze praktijk aansluit bij internationale ontwikkelingen.

§ 3 – Voor de spontane uitwisseling van inlichtingen en de desbetreffende ontvangstbevestiging op grond van respectievelijk de artikelen 19 en 20, verzoeken tot administratieve kennisgeving op grond van de artikelen 25 en 26, terugmeldingen op grond van de artikelen 27 en 28, en de inlichtingen op grond van artikel 29, § 2, tweede en derde lid, en § 3, en op grond van artikel 37, tweede lid, wordt gebruikgemaakt van het door de Europese Commissie vastgestelde standaardformulier.

§ 4 – Bij de automatische inlichtingenuitwisseling op grond van de artikelen 12 en 16 wordt gebruikgemaakt van het door de Europese Commissie vastgestelde standaardformaat.

Art. 36 – Nadere regels

De krachtens dit decreet verstrekte inlichtingen worden zoveel mogelijk verzonden langs elektronische weg, via het CCN-netwerk.

De bevoegde autoriteit stelt elke individuele te rapporteren persoon in kennis van een schending van de beveiliging van zijn gegevens wanneer die schending afbreuk kan doen aan de bescherming van zijn persoonsgegevens of persoonlijke levenssfeer.

Het verzoek om samenwerking, waaronder het verzoek tot kennisgeving, en de bijgevoegde bescheiden kunnen in elke door de aangezochte en de verzoekende autoriteit overeengekomen taal zijn gesteld. Het verzoek gaat slechts in bijzondere gevallen, op met redenen omkleed verzoek van de aangezochte autoriteit, vergezeld van een vertaling in een van de officiële talen van België.

HOOFDSTUK 5 – BETREKKINGEN MET DERDE LANDEN

Art. 37 – Betrekkingen met derde landen

Indien de bevoegde autoriteit van een derde land inlichtingen ontvangt welke naar verwachting van belang zijn voor de administratie en de handhaving van de wetgeving van de Duitstalige Gemeenschap betreffende de in artikel 3 bedoelde belastingen, kan ze deze inlichtingen verstrekken aan de buitenlandse autoriteiten voor welke die inlichtingen van nut kunnen zijn, en aan elke verzoekende autoriteit, mits dat krachtens een overeenkomst met dat derde land is toegestaan.

De bevoegde autoriteit kan, met inachtneming van de geldende voorschriften betreffende gegevensbescherming, de overeenkomstig dit decreet ontvangen inlichtingen doorgeven aan een derde land, op voorwaarde dat aan elk van de volgende voorwaarden is voldaan:

1° de buitenlandse bevoegde autoriteit van de lidstaat waaruit de inlichtingen afkomstig zijn, heeft daarin toegestemd;

2° het derde land heeft zich ertoe verbonden de medewerking te verlenen die nodig is om bewijsmateriaal bijeen te brengen omtrent het ongeoorloofde of onwettige karakter van verrichtingen die blijken in strijd te zijn met of een misbruik te vormen van de belastingwetgeving.

HOOFDSTUK 6 – VERTROUWELIJKHEID EN GEGEVENSBESCHERMING

Art. 38 – Vertrouwelijkheid

Onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de bevoegde autoriteit en andere personen die bij de uitvoering van dit decreet betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen.

Art. 39 – Verwerking van persoonsgegevens

§ 1 – Elke uitwisseling van inlichtingen op grond van dit decreet is onderworpen aan de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

§ 2 – Intermediairs, rapporterende platformexploitanten en de bevoegde autoriteit worden als verwerkingsverantwoordelijken beschouwd voor de vermelde verwerking van persoonsgegevens wanneer zij, alleen of gezamenlijk, de doelen en middelen van de verwerking van persoonsgegevens bepalen in de zin van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

De verwerking van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de toepasselijke wetgeving betreffende gegevensbescherming.

Art. 40 – Gegevenscategorieën

§ 1 – Intermediairs, rapporterende platformexploitanten en de bevoegde autoriteit kunnen de volgende categorieën gegevens verwerken overeenkomstig artikel 39:

1° identiteitsgegevens en contactinformatie, waaronder het rijksregisternummer of het identificatienummer van de sociale zekerheid en andere identificatiegegevens zoals het fiscaal identificatienummer;

2° gegevens over de samenstelling van het gezin.

De Regering kan de in het eerste lid vermelde gegevenscategorieën preciseren.

§ 2 – In het kader van artikel 14 is het verwerkingsdoeleinde van de uitwisseling van deze inlichtingen tussen de lidstaten, onder andere de fiscale autoriteiten vroegtijdig inzicht te geven in potentieel agressieve fiscale planningen en het mogelijk te maken de fiscale risico's van bepaalde gevallen op te sporen en te zorgen voor een fiscaalrechtelijk afschrikkend effect met het oog op de successieplanning.

In het kader van de bepalingen van dit decreet, met uitzondering van artikel 14, bestaat het verwerkingsdoeleinde van de uitwisseling van deze inlichtingen tussen de lidstaten, onder andere uit de wettelijke taken van de personeelsleden van de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot het verzamelen, onderzoeken, controleren, vastleggen, invorderen en met betrekking tot geschillen inzake belastingen. Deze taken worden uitgevoerd in het openbaar belang om belastingfraude en belastingontwijking te bestrijden, belastinginkomsten veilig te stellen en een eerlijke belastingheffing te bevorderen.

§ 3 – De personeelsleden van de Duitstalige Gemeenschap en de personeelsleden van behoorlijk gemachtigde derden hebben slechts toegang tot dossiers, gegevens en toepassingen, als dat passend, relevant en evenredig is gelet op de vervulling van de taken die aan hen werden toevertrouwd in het kader van de wettelijke verwerkingsdoeleinden bedoeld in paragraaf 2.

§ 4 – Ongeacht artikel 39, § 1, zorgt elke intermediair of elke rapporterende platformexploitant op het grondgebied van de Duitstalige Gemeenschap ervoor dat:

1° elke betrokken natuurlijke persoon ervan in kennis gesteld wordt dat inlichtingen met betrekking tot zijn persoon overeenkomstig dit decreet kunnen worden verzameld en doorgegeven; en

2° alle inlichtingen waarop hij van de verwerkingsverantwoordelijke recht heeft, tijdig worden verstrekt, zodat die natuurlijke persoon zijn rechten inzake gegevensbescherming kan uitoefenen en, in elk geval, voordat de inlichtingen worden gerapporteerd.

Ongeacht het eerste lid, 2°, stellen de rapporterende platformexploitanten te rapporteren verkopers in kennis van de gerapporteerde tegenprestatie.

Art. 41 – Duur van de gegevensverwerking

De in artikel 40 vermelde gegevens worden onverminderd andere wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen die eventueel voorzien in een langere bewaringstermijn, niet langer dan noodzakelijk is voor de verwezenlijking van de doelstellingen waarvoor ze werden verzameld, bewaard in een vorm die de mogelijkheid biedt de betrokken personen te identificeren.

De bewaringstermijn eindigt uiterlijk een jaar na de verjaring van alle vorderingen die tot de bevoegdheid van de verwerkingsverantwoordelijke behoren, en in voorkomend geval, de definitieve beëindiging van de administratieve, gerechtelijke en buitengerechtelijke procedures en beroepen die voortvloeien uit de verwerking van die gegevens alsmede de volledige betaling van alle daarmee verbonden bedragen.

Art. 42 – Beperking van het toepassingsgebied – Recht op informatie

§ 1 – In afwijking van artikel 39, § 1, en de artikelen 13 en 14 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming kan het recht op informatie met betrekking tot de verwerking van persoonsgegevens worden vertraagd, beperkt of uitgesloten als het gaat om gegevens waarvoor de Duitstalige Gemeenschap de verwerkingsverantwoordelijke is en voor zover in het concrete geval artikel 14, lid 5, onder d), van de Algemene Verordening Gegevensbescherming niet kan worden ingeroepen.

De doeleinden van de in het eerste lid genoemde verwerkingen zijn de voorbereiding, de organisatie, het beheer en het opvolgen van onderzoeken door de bevoegde personeelsleden van de Duitstalige Gemeenschap, met inbegrip van de procedures die in voorkomend geval leiden tot de oplegging van een administratieve geldboete of een administratieve straf.

§ 2 – Deze uitzonderingen gelden voor de periode waarin de betrokken persoon het voorwerp uitmaakt van een controle, een onderzoek of handelingen ter voorbereiding daarvan door personeelsleden van de Duitstalige Gemeenschap, die worden verricht in het kader van de vervulling van hun wettelijke taken, alsmede voor de periode waarin van deze personeelsleden afkomstige documenten worden verwerkt met het oog op vervolging.

Deze uitzonderingen zijn van toepassing voor zover de aanwending van dit recht de controle, het onderzoek of de voorbereidende handelingen nadelig zou beïnvloeden of het geheim van het strafrechtelijk onderzoek zou schaden of de veiligheid van personen zou schenden.

De duur van de in het tweede lid genoemde voorbereidende handelingen, tijdens welke de artikelen 13 en 14 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming niet van toepassing zijn, mag niet langer zijn dan één jaar vanaf de ontvangst van een verzoek om informatie overeenkomstig de genoemde artikelen 13 en 14.

De beperking genoemd in § 1, eerste lid, geldt niet voor inlichtingen die niet het voorwerp uitmaken van een onderzoek dat of controle die de weigering of beperking van de informatie rechtvaardigt.

§ 3 – Na ontvangst van een verzoek om informatie overeenkomstig § 2, derde lid, bevestigt de functionaris voor gegevensbescherming van de verwerkingsverantwoordelijke de ontvangst ervan.

De functionaris voor gegevensbescherming van de verwerkingsverantwoordelijke stelt de persoon onverwijld, in elk geval echter binnen een maand na ontvangst van het verzoek, schriftelijk in kennis van elke weigering of beperking van de inlichtingen en de redenen achter die weigering of beperking. Deze informatie over de weigering of beperking kan niet worden verstrekt indien de mededeling daarvan een van de verwerkingsdoeleinden genoemd in § 1, tweede lid, zou kunnen schaden. Indien noodzakelijk kan deze termijn met twee maanden worden verlengd, al naargelang de complexiteit en het aantal verzoeken. De verwerkingsverantwoordelijke stelt de betrokken persoon binnen een maand na ontvangst van het verzoek in kennis van deze verlenging en de redenen daarachter.

De functionaris voor gegevensbescherming van de verwerkingsverantwoordelijke informeert de persoon over de mogelijkheid bij de Gegevensbeschermingsautoriteit een bezwaar in te dienen en een gerechtelijk rechtsmiddel aan te wenden.

De functionaris voor gegevensbescherming van de verwerkingsverantwoordelijke legt de zakelijke of juridische gronden vast waarop de beslissing steunt. Deze informatie wordt ter beschikking gesteld van de Gegevensbeschermingsautoriteit.

Wanneer de personeelsleden van de Duitstalige Gemeenschap gebruikgemaakt hebben van de uitzondering genoemd in § 1, eerste lid, behalve in de gevallen genoemd in het zesde en zevende lid, wordt de uitzondering opgeheven zodra de controle of het onderzoek is afgesloten. De functionaris

voor gegevensbescherming van de verwerkingsverantwoordelijke stelt de betrokken persoon onmiddellijk daarvan in kennis.

Als een dossier wordt doorgegeven aan de gerechtelijke instanties, worden de rechten van de betrokken persoon pas hersteld nadat de gerechtelijke instanties daarmee hebben ingestemd of nadat de gerechtelijke procedure ten einde is en, in voorkomend geval, nadat de bevoegde dienst een beslissing heeft genomen. De inlichtingen die werden verzameld bij de vervulling van de door de gerechtelijke instanties voorgeschreven plichten, worden echter slechts verstrekt met de uitdrukkelijke toestemming van de instanties.

Wanneer een dossier wordt doorgegeven aan een ander personeelslid van de Duitstalige Gemeenschap of aan de dienst die bevoegd is voor de bevindingen van het onderzoek, worden de rechten van de betrokken persoon pas hersteld als dat personeelslid of de bevoegde dienst een beslissing heeft genomen over de bevinding van het onderzoek.

Art. 43 – Beperking van het toepassingsgebied – Recht op inzage

§ 1 – In afwijking van artikel 39, § 1, en artikel 15 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming kan het recht op inzage in persoonsgegevens worden vertraagd of volledig of deels worden beperkt als het gaat om de verwerking van persoonsgegevens waarvoor de Duitstalige Gemeenschap de verwerkingsverantwoordelijke is.

De doeleinden van de in het eerste lid genoemde verwerkingen zijn de voorbereiding, de organisatie, het beheer en het opvolgen van onderzoeken door de bevoegde personeelsleden van de Duitstalige Gemeenschap, met inbegrip van de procedures die mogelijk leiden tot de oplegging van een administratieve geldboete of een administratieve straf.

§ 2 – Deze uitzonderingen gelden voor de periode waarin de betrokken persoon het voorwerp uitmaakt van een controle, een onderzoek of handelingen ter voorbereiding daarvan door personeelsleden van de Duitstalige Gemeenschap, die worden verricht in het kader van de vervulling van hun wettelijke taken, alsmede voor de periode waarin van deze personeelsleden afkomstige documenten worden verwerkt met het oog op vervolging.

Deze uitzonderingen zijn van toepassing voor zover de aanwending van dit recht de controle, het onderzoek of de voorbereidende handelingen nadelig zou beïnvloeden of het geheim van het strafrechtelijk onderzoek zou schaden of de veiligheid van personen zou schenden.

De duur van de in het tweede lid genoemde voorbereidende handelingen, tijdens welke artikel 15 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming niet van toepassing is, mag niet meer bedragen dan één jaar vanaf de ontvangst van een verzoek overeenkomstig het genoemde artikel 15.

De beperking genoemd in § 1, eerste lid, geldt niet voor inlichtingen die niet het voorwerp uitmaken van een onderzoek dat of controle die de weigering of beperking van de inzage rechtvaardigt.

§ 3 – Na ontvangst van een verzoek om informatie overeenkomstig § 2, derde lid, bevestigt de functionaris voor gegevensbescherming van de verwerkingsverantwoordelijke de ontvangst ervan.

De functionaris voor gegevensbescherming van de verwerkingsverantwoordelijke stelt de persoon onverwijld, in elk geval echter binnen een maand na ontvangst van het verzoek, schriftelijk in kennis van elke weigering of beperking van zijn recht op inzage en van de redenen achter die weigering of beperking. Deze informatie over de weigering of beperking kan niet worden verstrekt indien de mededeling daarvan een van de verwerkingsdoeleinden genoemd in § 1, tweede lid, zou kunnen schaden. Indien noodzakelijk kan deze termijn met twee maanden worden verlengd, al naargelang de

complexiteit en het aantal verzoeken. De verwerkingsverantwoordelijke stelt de betrokken persoon binnen een maand na ontvangst van het verzoek in kennis van deze verlenging en de redenen daarachter.

De functionaris voor gegevensbescherming van de verwerkingsverantwoordelijke informeert de persoon over de mogelijkheid bij de Gegevensbeschermingsautoriteit een bezwaar in te dienen en een gerechtelijk rechtsmiddel aan te wenden.

De functionaris voor gegevensbescherming van de verwerkingsverantwoordelijke legt de zakelijke of juridische gronden vast waarop de beslissing steunt. Deze informatie wordt ter beschikking gesteld van de Gegevensbeschermingsautoriteit.

Wanneer de personeelsleden van de Duitstalige Gemeenschap gebruikgemaakt hebben van de uitzondering genoemd in § 1, eerste lid, behalve in de gevallen genoemd in het zesde en zevende lid, wordt de uitzondering opgeheven zodra de controle of het onderzoek is afgesloten. De functionaris voor gegevensbescherming van de verwerkingsverantwoordelijke stelt de betrokken persoon onmiddellijk daarvan in kennis.

Als een dossier wordt doorgegeven aan de gerechtelijke instanties, worden de rechten van de betrokken persoon pas hersteld nadat de gerechtelijke instanties daarmee hebben ingestemd of nadat de gerechtelijke procedure ten einde is en, in voorkomend geval, nadat de bevoegde dienst een beslissing heeft genomen. De inlichtingen die werden verzameld bij de vervulling van de door de gerechtelijke instanties voorgeschreven plichten, worden echter slechts verstrekt met de uitdrukkelijke toestemming van de instanties.

Wanneer een dossier wordt doorgegeven aan een ander personeelslid van de Duitstalige Gemeenschap of aan de dienst die bevoegd is voor de bevindingen van het onderzoek, worden de rechten van de betrokken persoon pas hersteld als dat personeelslid of de bevoegde dienst een beslissing heeft genomen over de bevinding van het onderzoek.

Art. 44 – Veiligheidsmaatregelen

De Regering legt zo nodig passende veiligheidsmaatregelen vast voor de in dit hoofdstuk bedoelde verwerking van persoonsgegevens.

HOOFDSTUK 7 – SANCTIES

Art. 45 – Strafbepaling

§ 1 – Het niet nakomen van de in artikel 14 vastgelegde plicht tot het verstrekken van inlichtingen, door de inlichtingen vermeld in artikel 14, § 13, niet, onvolledig of niet tijdig te verstrekken, wordt bestraft met een fiscaalrechtelijke geldboete van 2.500 euro tot 25.000 euro.

Voor een dergelijke overtreding begaan met bedrieglijk opzet of met het oogmerk te schaden, kan een fiscaalrechtelijke boete van 5.000 euro tot 50.000 euro worden opgelegd.

§ 2 – De in paragraaf 1 genoemde geldboeten worden op dezelfde wijze bepaald en ingevorderd als de belastingen, waarvoor de dienst vervuld wordt door de Duitstalige Gemeenschap.

§ 3 – De door de Regering aangewezen dienst beslist in eerste en laatste instantie over verzoeken aangaande het opleggen of het verlagen van de geldboeten genoemd in paragraaf 1.

De in het eerste lid genoemde verzoeken worden schriftelijk en met redenen omkleed bij de door de Regering aangewezen dienst ingediend door de belastingplichtige of de personen op wier vermogen de in paragraaf 1 genoemde geldboeten worden ingehouden.

Een overeenkomstig het eerste lid ingediend verzoek is niet-ontvankelijk indien:

1° de eventueel van toepassing zijnde termijnen voor administratieve bezwaren nog niet verstreken zijn; of

2° de eventueel van toepassing zijnde administratieve geschillen nog niet afgesloten zijn.

HOOFDSTUK 8 – SLOTBEPALINGEN

Art. 46 – Opheffingsbepaling

Het decreet van 5 mei 2014 betreffende de administratieve samenwerking op het gebied van belastingen wordt opgeheven.

Art. 47 – Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2024.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

BIJLAGE

Concordantietabellen

Bepalingen van het voorliggende ontwerp van decreet	Bepalingen van RL 2011/16/EU, zoals laatstelijk gewijzigd bij RL 2021/514
Art. 1	Art. 29, lid 1, vierde alinea
Art. 2	Art. 1, lid 1, 2 en 3
Art. 3	Art. 2, lid 1, 3 en 4
Art. 4	Art. 3
Art. 5	Bijlage IV
Art. 6	Art. 4, lid 6
Art. 7	Art. 4, lid 7
Art. 8	Art. 5 en art. 6, lid 2 en 4
Art. 9	Art. 5 en art. 6, lid 1, 2, 3 en 4
Art. 10	Art. 5 bis
Art. 11	Art. 7
Art. 12	Art. 8, lid 1 en 6
Art. 13	Art. 8 bis
Art. 14	Art. 8 bis ter
Art. 15	Bijlage V, deel I
Art. 16	Art. 8 bis quater en bijlage V, deel IV
Art. 17	Bijlage V, deel II
Art. 18	Bijlage V, deel III
Art. 19	Art. 9 en art. 10, lid 1
Art. 20	Art. 10, lid 2
Art. 21	Art. 11, lid 1
Art. 22	Art. 11, lid 1, 2 en 3
Art. 23	Art. 12
Art. 24	Art. 12 bis
Art. 25	Art. 13, lid 1, 2 en 4
Art. 26	Art. 13, lid 1 en 3
Art. 27	Art. 14, lid 1 en 2
Art. 28	Art. 14, lid 1
Art. 29	Art. 16, lid 1, 2, 3 en 5
Art. 30	Art. 16, lid 2, 3 en 4
Art. 31	Art. 17, lid 1
Art. 32	Art. 17, lid 2, 3, 4 en 5
Art. 33	Art. 18
Art. 34	Art. 19
Art. 35	Art. 20, lid 1, 2, 3 en 4
Art. 36	Art. 21, lid 1, eerste alinea, lid 2, derde alinea, en lid 4
Art. 37	Art. 24
Art. 38	-
Art. 39	Art. 25, lid 1, eerste zin, en lid 3

Art. 40	Art. 25, lid 4
Art. 41	Art. 25, lid 5
Art. 42	Art. 25, lid 1, tweede zin
Art. 43	Art. 25, lid 1, tweede zin
Art. 44	-
Art. 45	Art. 25 bis
Art. 46	-
Art. 47	-

Bepalingen van RL 2011/16/EU, zoals laatstelijk gewijzigd bij RL 2021/514	Bepalingen van het voorliggende ontwerp van decreet
Art. 1	Art. 2
Art. 2	Art. 3
Art. 3	Art. 4, § 1
Art. 4, lid 1 tot 5	Behoeft geen omzetting
Art. 4, lid 6	Art. 6
Art. 4, lid 7	Art. 7
Art. 5	Art. 8, eerste lid, en art. 9, eerste lid
Art. 5 bis	Art. 10
Art. 6, lid 1	Art. 9, tweede lid
Art. 6, lid 2	Art. 8, tweede lid, eerste zin, en art. 9, derde lid
Art. 6, lid 3	Art. 9, vierde lid
Art. 6, lid 4	Art. 8, tweede lid, tweede zin, en art. 9, vijfde lid
Art. 7	Art. 11
Art. 8, lid 1	Art. 12, eerste en tweede lid
Art. 8, lid 2 tot 5	Behoeft geen omzetting
Art. 8, lid 6 tot 8	Art. 12, derde lid
Art. 8 bis	Art. 13
Art. 8 bis bis	Behoeft geen omzetting
Art. 8 bis ter	Art. 14
Art. 8 bis quater	Art. 16
Art. 8 ter	Behoeft geen omzetting
Art. 9	Art. 19, eerste en tweede lid
Art. 10, lid 1	Art. 19, derde lid
Art. 10, lid 2	Art. 20
Art. 11, lid 1	Art. 21 en 22
Art. 11, lid 2	Behoeft geen omzetting
Art. 12	Art. 23
Art. 12 bis	Art. 24
Art. 13	Art. 25 en 26
Art. 14	Art. 27 en 28
Art. 15	Behoeft geen omzetting
Art. 16, lid 1	Art. 29, § 1, en § 2, eerste lid

Art. 16, lid 2, eerste alinea	Art. 29, § 2, tweede lid, en art. 30, eerste lid
Art. 16, lid 2, tweede alinea	Art. 29, § 2, derde lid
Art. 16, lid 3	Art. 29, § 3, en art. 30, tweede lid
Art. 16, lid 4	Art. 30, derde lid
Art. 16, lid 5	Art. 29, § 4
Art. 16, lid 6	Behoeft geen omzetting
Art. 17	Art. 31 en 32
Art. 18	Art. 33
Art. 19	Art. 34
Art. 20, lid 1 tot 4	Art. 35
Art. 20, lid 5 en 6	Behoeft geen omzetting
Art. 21, lid 1, eerste alinea, lid 2, derde alinea, en lid 4	Art. 36
Art. 21, lid 1, tweede alinea lid 2, eerste tot tweede alinea en vierde alinea, lid 3 en lid 5 tot 7	Behoeft geen omzetting
Art. 22	Behoeft geen omzetting
Art. 23	Behoeft geen omzetting
Art. 23 bis	Behoeft geen omzetting
Art. 24	Art. 37
Art. 25, lid 1	Art. 39, § 1, en art. 42 en 43
Art. 25, lid 2	Behoeft geen omzetting
Art. 25, lid 3	Art. 39, § 2
Art. 25, lid 4	Art. 40
Art. 25, lid 5	Art. 41
Art. 25, lid 6	Behoeft geen omzetting
Art. 25, lid 7	Behoeft geen omzetting
Art. 25 bis	Art. 45
Art. 26	Behoeft geen omzetting
Art. 27	Behoeft geen omzetting
Art. 27 bis	Behoeft geen omzetting
Art. 27 ter	Behoeft geen omzetting
Art. 28	Behoeft geen omzetting
Art. 29, lid 1, vierde alinea	Art. 1
Art. 30	Behoeft geen omzetting
Art. 31	Behoeft geen omzetting
Bijlage I	Behoeft geen omzetting
Bijlage II	Behoeft geen omzetting
Bijlage III	Behoeft geen omzetting
Bijlage IV	Art. 5
Bijlage V, deel I	Art. 15
Bijlage V, deel II	Art. 17
Bijlage V, deel III	Art. 18
Bijlage V deel IV	Art. 16